

Aalener Jahrbuch

2006-08

Themenschwerpunkt:
Aalen in der Zeit
des Nationalsozialismus
1934 – 1939

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

Zwischen Abhängigkeit, Ideologie und Selbstbehauptung

Die Stadtverwaltung in den Jahren 1935-1939

Als am 20. November 1934 der Aalener Gemeinderat Wilhelm Auwärter als Bewerber für den Bürgermeisterposten vorschlug, werteten dies auch Kenner der lokalpolitischen Verhältnisse als ein deutliches Zeichen der Entspannung. Sie wussten um die Gründe für die monatelange Hängepartie, die der Stadtverwaltung immerhin eine Ermahnung des Innenministeriums eingebracht hatte, das Auswahlverfahren endlich zu beschleunigen. Der stellvertretende Bürgermeister und NS-Ortsgruppenleiter Barth interesselte sich selbst für den Posten des Verwaltungschefs, was wiederum Kreisleiter Adolf Kling zu verhindern trachtete.¹

Mit dem Vorschlag des Gemeinderats, den Bürgermeister der neu gebildeten Gemeinde Bad Friedrichshall auf den Chefsessel im Rathaus zu berufen, schienen die beiden höchsten Funktionäre der NSDAP in der Kocherstadt schließlich doch noch zu einer Einigung gefunden zu haben. In den nächsten 8 Wochen wurde jedoch immer deutlicher, dass Adolf Kling seine weitreichenden Verbindungen in der Landeshauptstadt nutzte, um den Kandidaten nach Aalen zu bringen, den er selbst für den Bürgermeisterposten vorgesehen hatte.

Im zweiten Anlauf

Den ersten Erfolg konnte der Kreisleiter bereits am 13. Dezember 1934 verbuchen. Mit der Begründung, er wolle auf „Wunsch des Innenministeriums“ nun doch am jetzigen Dienstort bleiben, zog Wilhelm Auwärter seine Bewerbung zurück. Freilich war die Personalsituation in Friedrichshall schwierig und die Neubildung der Gemeinde noch nicht ganz abgeschlossen. Insofern erscheint die Absicht der Abteilung für Kommunal- und Körperschaftsverwaltung, weitere Veränderungen zu vermeiden, durchaus nachvollziehbar.

Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass ihr Leiter, der aus Crailsheim stammende Regierungsrat Georg Stümpfig im Frühjahr 1933 als Staatskommissar von den neuen Machthabern in das Innenministerium gesetzt worden war, um im Sinne des Nationalsozialismus die „Generalrevision der Personalverhältnisse“ in den Verwaltungen der Gemeinde und Körperschaften zu koordinieren, also die sogenannten „politisch Untragbaren“ zu entlassen und die Stellen neu zu besetzen.² Seine Ernennung zum Gauamtsleiter für Kommunalpolitik im Juli 1934 verschaffte den „Wünschen“ der Abteilung zusätzlich das politische Gewicht und machte sie zu Anordnungen, denen man sich nicht ohne erhebliches Risiko widersetzte.

Dies war wiederum für die Pläne Adolf Klings sehr nützlich. Als „alte Kämpfer“ hatten er und Stümpfig bereits in der NSDAP-Landtagsfraktion

Regierungsrat Georg Stümpfig, Leiter des NS-Gauamts für Kommunalpolitik und Leiter des Staatskommissariats für Körperschaftsverwaltung im Innenministerium.



zusammengearbeitet. Vor der rigorosen Vorgehensweise der beiden Männer hatte schon Oberbürgermeister Friedrich Schwarz im April 1933 kapituliert und den Vorsitz im Stromverbund Jagstkreis (UJAG) abgegeben.³ Dass nun auch der Aalener Ortsgruppenleiter und Amtsverweser Karl Barth dem verdeckt und effizient arbeitenden Tandem Stümpfig-Kling nichts entgegensetzen konnte, verdeutlicht der weitere Ablauf des „Findungsverfahrens“.

Zusammen mit den Gemeinderäten Haug und Wiedmann fuhr Barth am 18. Dezember 1934 auf „Ersuchen des Innenministeriums“ nach Stuttgart, um ein Gespräch mit dem Staatskommissar zu führen. Als Ergebnis wurde vereinbart, dass beide Seiten, die Kandidatensuche fortsetzen sollten. Fast auf den Tag genau begleitete Kreisleiter Kling vier Wochen später den Justizreferendar Dr. jur. Karl Schübel ins Aalener Rathaus. Wiederum auf Vorschlag Stümpfigs war kurzfristig für den 19. Januar 1935 eine Gemeinderatssitzung anberaumt worden, in der sich der Kandidat vorstellen sollte.⁴ Spätestens jetzt bemerkte auch Ortsgruppenleiter Karl Barth, dass er dem Staatskommissar auf den Leim gegangen war und schon zum Zeitpunkt des Besuchs jeden Einfluss auf den weiteren Gang der Entwicklung verloren hatte. Entsprechend kühl verlief die Sitzung. Zwar nahmen die Gemeinderäte die hervorragende Qualifikation Dr. Schübels zur Kenntnis und übersahen bei aller Übereinstimmung der Bildungswege und des jeweiligen beruflichen Werdegangs nicht, dass der Justizreferendar bereits „namhaft“ in Erscheinung getreten war.

Ohne Zweifel hatte er mehr vorzuweisen als der zudem acht Jahre ältere Bürgermeister von Bad Friedrichshall. Neben seiner Dissertation zur „Stellung des Ortsvorstehers in der Württembergischen Gemeindeverfassung“ zählten hierzu eine ganze Reihe von Veröffentlichungen in der „Württembergischen Gemeindezeitung“ sowie eine wiederholte Kursleitertätigkeit an der Höheren Verwaltungsschule bzw. an der Volkshochschule in Stuttgart. Bezeichnenderweise verlangte jedoch niemand im Gremium nach „vertiefenden Informationen“. Im Gegensatz zum vorangegangenen Auswahlverfahren gab es keine offenen Fragen. Ohne Beratung erfolgte der Beschluss, dem Innenministerium die Ernennung von Dr. Karl Schübel zum Bürgermeister vorzuschlagen. Knapper ging es nicht mehr.

Auch der Justizreferendar bemerkte sehr wohl die Zurückhaltung auf Seiten der Zuhörer und zögerte, seine Bewerbung abzugeben. Erst am 28. Januar 1935 reichte er seine Papiere mit der bezeichnenden Feststellung ein: „Bezugnehmend auf die mit Herrn leitenden Regierungsrat Stümpfig vom Württembergischen Innenministerium stattgehabten Unterredungen, bewerbe ich mich um die Bürgermeisterstelle in Aalen“.⁵ Damit die Besetzung des Bürgermeisterpostens im zweiten Anlauf nicht scheiterte, war also noch erhebliche Überzeugungsarbeit durch die kommunalen Aufsichts-

*Justizreferendar
Dr. jur. Karl Schübel im
Sitzungssaal des Aalener
Rathauses.*



behörde notwendig gewesen. Eine Bemerkung des nachmaligen Bürgermeisters Schübel aus dem Jahr 1937, Adolf Kling habe ihn nach Aalen gebracht und sei der einzige ihm bekannte Mann aus der Kocherstadt gewesen, unterstreicht den wesentlichen Anteil, der auch hierbei dem Kreisleiter zuzuschreiben ist.⁶

Welchen Vorrang Adolf Kling dabei dem Aspekt der Verwaltungserfahrung des Bewerbers einräumte, ist bemerkenswert. Offenbar schien ihm der Handlungsbedarf im Aalener Rathaus so groß, dass er die erst zwanzig Monate alte Parteimitgliedschaft Dr. Schübels als zweitrangig betrachtete. Dieser war zum 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und zählte damit zu dem Personenkreis, den man spöttisch als „Märzgefallene“ bezeichnete. Viele von den Neulingen hatten sich erst nach dem eindeutigen Votum für Hitler und seine Partei bei der Reichstagswahl am 5.3.1933 - und dabei auch mehr mit Blick auf ihre berufliche Zukunft, als aus ideologischen Gründen - zum Eintritt in die NSDAP entschlossen.

Wie später noch zu zeigen sein wird, war dies durchaus ein Problem für manchen der „alten Kämpfer“ im Gemeinderat bzw. im Gremium der Ratsherren, das nach der Vorgabe der Deutschen Gemeindeordnung ab September 1935 den „Führer auf der unteren Verwaltungsebene“ unterstützen sollte. Zunächst aber war Adolf Kling als „politischer Beauftragter der NSDAP im Kreis Aalen“ zufrieden mit seiner Lösung der Personalfrage. Hatte der promovierte Verwaltungsjurist Dr. Schübel die Funktion des Bürgermeisters in der alten württembergische Gemeindeverfassung eingehend untersucht,⁷ so bot sich ihm jetzt die Gelegenheit, die Grenzen und Möglichkeiten der seit 1. Januar 1935 reichsweit geltenden Gemeindeverfassung in der Praxis auszuloten. Es entsprach durchaus seiner Persönlichkeit und seiner Auffassung vom Wesen des Beamtentums, dass er diese Chance ergriff und nutzte.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Um im Abstand von 70 Jahren die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse in Aalen nachvollziehen zu können, ist vorab ein kurzer Blick auf die wesentlichen Inhalte der neuen Gemeindeverfassung hilfreich.⁸

An die Stelle der bisherigen gemeindlichen Verwaltungsformen, die als „ausnahmslos beseitigt“ galten, trat der „Grundsatz der unbeschränkten Führerverantwortlichkeit“. Damit waren sowohl die politische Willensbildung wie auch ihr Vollzug in die Hände des Bürgermeisters gelegt. Mochte auch der „politische Beauftragte der NSDAP“ - in der Regel der Kreisleiter - nicht direkt in die Gemeindegarbeit einbezogen sein, so schrieb die DGO seine Beteiligung in „wichtigen Angelegenheiten“ vor. Dies waren

Die rechtliche Stellung des Ortsvorstehers im Württ. Gemeinderecht

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Höheren Rechts-
und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Rechtswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität
zu Tübingen
vorgelegt von
Karl Schübel
Referendar aus Hattenbach

*Titel der von Karl Schübel
am 4.08.1932 vorgelegten
Doktorarbeit.*

Die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) bildete ab Januar 1935 die einheitliche Grundlage der kommunalen Verwaltungsarbeit.

Die Deutsche Gemeindeordnung.

Rom 30. Januar 1935.

Die Deutsche Gemeindeordnung will die Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit Partei und Staat zu höchsten Leistungen befähigen und sie damit ins Land setzen, im wahren Geiste des Schöpfers gemeindlicher Selbstverwaltung, des Reichsführers vom Stein, mitzuwirken an der Erreichung des Staatszieles: in einem einheitlichen, vom nationalen Willen durchdrungenen Volke die Gemeinschaft wieder vor das Einzelschicksal zu stellen, Gemeinnutz vor Eigennutz zu setzen und unter Führung der Besten des Volkes die wahre Volksgemeinschaft zu schaffen, in der auch der letzte willige Volksgenosse das Gefühl der Zusammengehörigkeit findet.

Die Deutsche Gemeindeordnung ist ein Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates. Auf dem von ihr bereiteten Boden wird sich der Neubau des Reiches vollenden.

Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz erlassen, das hiermit verkündet wird:

Erster Teil

Grundlagen der Gemeindeverfassung

§ 1

(1) Die Gemeinden fassen die in der örtlichen Gemeinschaft lebendigen Kräfte des Volkes zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat zusammen.

(2) Die Gemeinden sind öffentliche Gebietskörperschaften. Sie verwalten sich selbst unter eigener Verantwortung. Ihr Wirken muß im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung stehen.

§ 2

(1) Die Gemeinden sind berufen, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern und die geschichtliche und heimatlliche Eigenart zu erhalten.

(2) Die Gemeinden haben in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben unter eigener Verantwortung zu verwalten, soweit die Aufgaben nicht nach gesetzlicher Vorschrift anderen Stellen ausdrücklich zugewiesen sind oder auf Grund gesetzlicher Vorschrift von anderen Stellen übernommen werden.

(3) Den Gemeinden können durch Gesetz staatlliche Aufgaben zur Erfüllung nach Anweisung übertragen werden. Sie stellen die zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Dienstkräfte, Einrichtungen und Mittel zur Verfügung, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen.

(4) Neue Pflichten können den Gemeinden nur durch Gesetz aufgelegt werden; Eingriffe in die Rechte der Gemeinden sind nur im Wege des Gesetzes zulässig. Verordnungen zur Durchführung solcher Gesetze bedürfen der Zustimmung des Reichsministers des Innern.

§ 3

(1) Die Gemeinden können ihre eigenen Angelegenheiten durch Satzungen regeln, soweit die Gesetze keine Vorschriften enthalten oder den Erlaß von Satzungen ausdrücklich gestatten.

(2) Jede Gemeinde hat eine Satzfassung zu erlassen, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. In der Satzfassung ist das zu ordnen, was nach den Vorschriften dieses Gesetzes der Satzfassung vorbehalten ist.

z.B. Personalentscheidungen, Änderungen der Hauptsatzung oder Fragen zur Ehrung einzelner Bürger. Die Frage, ob sich der NS-Kreisleiter in der Praxis an diese Vorgaben hielt bzw. welche Gegenmaßnahmen der Chef der Verwaltung zu ergreifen bereit war, um eine Einschränkung seines Frei-raums zu verhindern, sollte auch in Aalen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Nach der Formel Staat=Partei=Volk sah die DGO zudem eine Mitwirkung der Bürgerschaft an der kommunalen Selbstverwaltung durch die sogenannten Ratsherren gewährleistet. Die Ehrenbeamte „zum überwie-genden Teil Funktionäre auf Kreisamtsebene der NSDAP“ - wurden in Ab-stimmung mit dem politischen Beauftragten durch den Bürgermeister be-rufen. Sie bildeten zwar kein Kollegium, das abstimmen und Mehrheitsbe-schlüsse fassen konnte. Aus der Tätigkeit leitete sich auch kein Vertretungs-recht für die Gemeinde ab. Aber trotzdem war es von großer politischer Be-deutung, wie der Bürgermeister mit seinen „Beratern“ auskam oder ob sie ausschließlich der verlängerte Arm der Kreisleitung blieben. Keinerlei Ent-scheidungsspielraum bestand dagegen bei den sogenannten „staatlichen Auftragsangelegenheiten“. Dies waren Aufgaben, die das Reich den Ge-meinden auf dem Verordnungsweg zur Erfüllung übertrug.

„Mit Gottes Hilfe!“

Wie Kreisleiter Adolf Kling bei der Amtseinsetzung des neuen Bürgermeisters am 23. März 1935 im Sitzungssaal des Aalener Rathauses feststellte, konnten diese Vorgaben der DGO durchaus „kritische Augenblicke“ hervorrufen. Nachdem aber „das Leben des neuen Bürgermeisters keine Rosinen mit sich brachte und nur Kampf und Arbeit bedingte“, zeigte er sich sehr zuversichtlich, dass Dr. Karl Schübel allen Anforderungen gerecht werden konnte.⁹

Diese wurden – wenn auch erst in der rhetorisch abgeschwächten Form der „guten Wünsche und Hoffnungen“ – noch während der Einsetzungsfest dem gerade ernannten Bürgermeister unterbreitet. Oberstudiendirektor Haug wollte in Zukunft das „Wohl des gesamten Schulwesens“ in Aalen stärker berücksichtigt sehen, während der evangelische Dekan Langbein das soziale Fürsorgewesen in das Zentrum seiner Glückwünsche rückte. Sein katholischer Kollege, Stadtpfarrer Ruß verwies in einem kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung der katholischen Pfarrgemeinde und stellte fest, dass sie die Hälfte der Einwohnerschaft der Stadt ausmache. Als ihr Vertreter rechnete auch er „auf eine verständnisvolle Würdigung ihrer Belange“. Landrat Gutekunst überbrachte die Glückwünsche der Staatlichen Bezirksverwaltungsbehörde mit der Hoffnung auf eine segensreiche Zusammenarbeit. Regierungsrat Dr. Hohloch, der für die in Aalen ansässigen Reichsbehörden, insbesondere das Finanzamt, sprach, wünschte, dass die Stadt Aalen „unter der neuen Führung nicht nur im Al-



*Ministerialrat Pfeleiderer
vereidigte am 23. März
1935 Dr. jur. Karl Schübel
als neuen Bürgermeister
der Stadt Aalen.*

*Die erste Ansprache von
Bürgermeister Dr. Karl
Schübel. Links von ihm
Gauamtsleiter der NSV und
Kreisleiter Adolf Kling,
rechts von ihm der Vertreter
des Innenministeriums,
Ministerialdirektor Dr. Dill.*



phabet“, sondern vor allem bald im finanziellen Sinne als erste genannt werden könne. Dass „die Finanzen der Stadt nicht in bester Ordnung sind“ deutete er freilich nur an. In seiner Entgegnung beschränkte sich Dr. Schübel nicht nur auf den Dank für die vielen Begrüßungs- und Glückwunschworte, sondern hob auf die neue Gemeindeordnung ab, die ihm „als Leiter der Gemeinde die ausschließliche Verantwortung in die Hände gab“. „Das verantwortungsvolle Amt wird deshalb ab 1. 4. einen Menschen brauchen, der mit Tatkraft an dieses herantritt. Wir werden versuchen, getreu dem Vorwort der Deutschen Gemeindeordnung, zu wirken im Sinne des Schöpfers der Selbstverwaltung des Reichs Freiherrn vom Stein, und dabei arbeiten an der Erreichung des Zieles, die Gemeinschaft wieder vor das Einzelinteresse zu stellen. Lust und Liebe sind die Fittiche zu allem Gelingen. Die Stadt muss im Herzen Schwabens den Stand erreichen, der ihr kraft seiner Verhältnisse zukommt. Ich werde die Gerechtigkeit sehen, denn die Gerechtigkeit wird mir Leitstern sein. Auch wird die Gerechtigkeit manchmal Wunden schlagen, aber ich weiß, dass solche Wunden rasch heilen werden. Ohne Gerechtigkeit gehen die Menschen in die Irre. Oder soll denn die Gemeinde anders denken als das Volk? Darin erblicke ich auch das Programm des Nationalsozialismus. Wie mir die nationalsozialistische Weltanschauung auch Grundlage bilden wird. [...] Ich werde nur solche Maßnahmen treffen, die das Wohl der Stadt tatsächlich zu fördern vermögen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf ich des Vertrauens der Partei, des Gemeinderats und nicht zuletzt der gesamten Bürgerschaft. [...] Wir werden auch dem ärmsten Volksgenossen das Heimatgefühl bieten, das ih-

nen ein vergangenes Zeitalter geraubt hat. In diesem Sinne möchte ich das Gelöbnis aussprechen, die Stadt Aalen mit Gottes Hilfe, die mir bisher immer zuteil wurde, einer glücklichen Zukunft entgegen zu führen.“ Das obligatorische Hoch auf das „deutsche Vaterland und seinen herrlichen Führer“ konnte die bemerkenswerten Zwischentöne in dieser Antrittsrede nicht überdecken. Betrachtete es ein überzeugter Nationalsozialist aber tatsächlich als sein oberstes Ziel, mit Gottes Hilfe das Wohl der Stadt fördern zu wollen, für Gerechtigkeit zu sorgen oder die Gemeindepolitik an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten? Da hatte man auf den Parteiversammlungen in Aalen schon ganz andere Töne gehört. Während vor allem die kirchlichen Vertreter diese Absichten erfreut begrüßten, übernahm es die örtliche NS-Presse, nach einer Anstandsfrist erste Zweifel gegenüber den Plänen des jungen Verwaltungschefs zu äußern.

Verhaltene Kritik

Der 1. April 1935 bot eine geeignete Möglichkeit, in Form einer Zeitungsglosse die neuen Ziele ins Lächerliche zu ziehen. Unter dem Titel „Neue Besen kehren gut“ wurde eine Veränderung der Verkehrsverhältnisse innerhalb der Stadt und zwischen den Nachbargemeinden Wasseraffingen und Unterkochen angekündigt, als Folge der „kraftvollen Initiative unseres neuen Bürgermeisters“. ¹⁰ Nicht nur, dass die altvertrauten Omnibusse der OVA aus dem Verkehr gezogen würden, vielmehr sei um den Straßenverkehr zu entlasten eine „elektrische Schnellbahn unter der Erdoberfläche“ in Planung.

Die Bahnstrecke Aalen „Nördlingen sollte in Zukunft durch ein „riesiges Tunnel“ durch den Brauenberg bis nach Bopfingen führen. In Anspielung auf die touristischen Pläne von Bürgermeister Schübel empfahl der Artikel einen unterirdischen Bahnhof, von dem aus Röthardt per Aufzug erreicht werden könnte. „Durch diese neue Bahn wird der Ausflugsverkehr auf den Brauenberg selbstverständlich gewaltig gehoben“. Auch das Projekt, den Rhein mit der Donau durch einen Kanal durch das Kocher- und Brenztal zu verbinden, wurde nicht ausgelassen. „Aalens Bedeutung in der Luft zu heben“, sah der Artikelschreiber nur als logische Konsequenz der Bestrebungen an und empfahl der Errichtung eines riesigen Flachdachkomplexes als Flughafengebäude. Das ironische Fazit, es würde seitens der neuen Stadtverwaltung „mit Erfolg daran gearbeitet, Aalen im Kranz der Städte nicht nur dem Alphabet nach, sondern auch der Bedeutung entsprechend auf den ersten Platz zu bringen“, umschreibt die Ausgangssituation für den neuen Bürgermeister: Er konnte nicht davon ausgehen, mit seinen Plänen auf unvoreingenommene Zustimmung zu stoßen.

Bereits um 1910 war der Brauenberg im Visier scherzhafter Zukunftsvisionen.



Die ersten 100 Tage

Wohnraum schaffen

Mit der Gründung der Wohnungsbau GmbH am 10. Mai 1935 stellte Dr. Schübel jedoch klar, dass ihm allen Unkenrufen zum Trotz daran gelegen war, möglichst zügig die Probleme in der Kocherstadt anzugehen. Nach wie vor war der Wohnraum äußerst knapp. Die Erklärung Aalens zum Notstandsgebiet, die mit Hilfe des Innenministeriums erfolgt war, um den Zuzug stark einzuschränken, erwies sich zunehmend als hinderlich. Die lokalen Industriebetriebe benötigten dringend Arbeitskräfte, die nur von Außen kommen konnten. Um Wohnungen für weitere Arbeiter frei zu bekommen, sollte „demjenigen Teil der werktätigen Bevölkerung, der über ein gewisses Eigenkapital verfügt, zu einem eigenen Heim verholffen werden“. Wohnungsnot durch weitere Holzbauten zu beheben, lehnte der Bürgermeister aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ab. Die Baracken im Schlauch und auf dem alten Turnplatz waren für ihn lediglich eine Notlösung, die möglichst schnell beseitigt werden sollte.¹¹ Die Alternative der Wohnungsbau GmbH bestand aus einem Haus mit 3 Zimmern samt Küche, Keller, Waschküche, Kohlen- und Geräteraum. Außerdem gab es die Möglichkeit, 2 weitere Kammern im Dachgeschoss einzubauen. Auf einem Grundstück von ca. 6 Ar gelegen, sollte das Gebäude samt Grundstück ca. 7.500 RM kosten. Die Baulustigen hatten 20% dieses Betrags als Eigenkapital bzw. als Arbeitgeberdarlehen aufzubringen. Die Kreissparkasse, die Landeskreditanstalt, aber auch die Wohnungsbau selbst übernahmen die hypothekarische Absicherung der Baukosten, die wiederum durch Eigenleistung gesenkt werden konnten. Die Idee, durch Eigenheimbau „für andere Volksgenossen Mietwohnungen frei zu machen“ fand große Unter-



Wohnbaracke auf dem alten Turnplatz (heute Spielplatz Jahnstraße oberhalb Samariterstift).

stützung unter den Aalener Betrieben. Um die Gemeinnützigkeit des Unternehmens nicht zu gefährden, sollten allerdings nur diejenigen Gesellschafter werden können, die nicht in Verbindung mit dem Baugewerbe standen. Hierzu zählten die Ostertagwerke ebenso wie die Schokoladenfabrik Wilhelm Bader, die Aktiengesellschaft Union, die Zuckerwarenfabrik Gustav Pahl, die Brauerei Karl Koepf oder die Trikotwarenfabrik Hengel & Co. Auch die Maschinenfabrik Alfing in Wasseralfingen beteiligte sich mit einer Einlage.¹² Insgesamt beliefen sich die Anteile der heimischen Industrie auf 25%, die Stadt übernahm zunächst 28.500 RM, wovon 17.500 RM auf den eingebrachten Baugrund im Zebert entfielen. Um die angestrebte Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden, ließ sich die Stadt noch im Mai 1935 den Anteil der Ziegelwarenfabrik übertragen. Bereits am 12. Juni 1935 konnte mit dem Bau der ersten Häuser begonnen werden.

Wirtschaftsfaktor Militär

Zu diesem Zeitpunkt hatte schon ein weiteres Projekt konkrete Formen angenommen. Nach intensiven Verhandlungen mit der Heeresverwaltung des Wehrkreises 5 in Stuttgart, waren nahezu alle Voraussetzungen für einen Entwicklungsschritt getroffen, den die Stadtverwaltung bereits vor dem 1. Weltkrieg angestrebt hatte: Aalen sollte Garnisonsstadt werden.

Ähnlich wie im Jahr 1913 wurden im Zusammenhang mit dem Neuaufbau der Wehrmacht Kommunen gesucht, die als Standorte in Frage kamen und sich vom Militär neue Impulse für die lokale Wirtschaft erhofften.¹³ Waren die Bemühungen von Oberbürgermeister Schwartz damals noch ins Leere gelaufen, entwickelten sich jetzt die Dinge besser als erwartet. Bereits am 4. Januar 1935 hatte ein Vertreter des Wehrkreiskommandos V das seit 3 Jahren geschlossene Riegerwerk besichtigt. Nach seinem Befinden war es für eine „Remonteanstalt“ geeignet, d.h. das Areal bot genügend Platz, um ca. 200 Pferde für den Heeresdienst ausbilden zu können. Amtsverweser Karl Barth hatte bereits Entgegenkommen der Stadtgemeinde in Aussicht gestellt. Das Alexanderwerk in Remscheid war als Eigentümerin des Areals bereit, über einen günstigen Kaufpreis zu verhandeln.

Dass der neue Verwaltungschef nicht nur auf den Zug aufsprang, sondern ihm auch eine eigene Richtung zu geben versuchte, nahmen die Gemeinderäte am 21. Juni 1935 „mit Erstaunen und großer Freude“ zur Kenntnis. Wie Dr. Schübel in der Sitzung bekannt gab, bestanden realistische Aussichten auf eine weitere Heereseinrichtung in Aalen. Als Voraussetzung sollte die Stadt jedoch in Vorleistung treten und „ihre Grundstücke“ in den Schaf- und Erlauwiesen (zwischen Walk- und Neuer Heidenheimer Straße) zur Verfügung stellen. Bereits am 25. Juni wollte die Heeresverwaltung die

Blick auf Industriebahn, Union AG („Wichse“, Bildmitte links) und beginnende Erlauwiesen Ecke Walk- und Alte Heidenheimerstraße (Bildmitte rechts), 1933.



Baupläne zur Genehmigung einreichen. Der Stadt blieben somit 3 Tage Zeit, um die Kaufverhandlungen für die Grundstücke zu führen, die zwar dringend gebraucht wurden, ihr aber noch gar nicht gehörten. Sofort billigten die Gemeinderäte die Aufnahme der Kaufverhandlungen in einem Rahmen von 1 bis 1,80 RM pro qm. Wie Bürgermeister Dr. Schübel am 4. Juli 1935 in der Sitzung bekannt gab, belief sich der Gesamtkaufpreis für das Gelände auf 69.773 RM. Gleichzeitig versicherte er, dass durch den Grunderwerb keinerlei Erhöhung der Gemeindeumlage zu befürchten sei, denn das Baugelände für die Wehrkreisremonteschule sollte zum Verkaufspreis von 65.000 RM an das Reich abgegeben werden. Außerdem war daran gedacht, ein 3,58 ha großes Areal an der Nordseite des Riegerwerks ebenfalls auf das Reich zu übertragen. Der Durchschnittspreis für den Quadratmeter sollte hier bei max. 1 RM liegen. Sämtliche Kosten, die über 25.000 RM hinausgingen wollte die Staatskasse selbst übernehmen.

Blick auf die Alexanderwerke (Bildmitte) und die Eberhardstrasse (heute Curfußstraße) mit Kocherbrücke, um 1930.



Haushaltskonsolidierung

Dass Aalen innerhalb kürzester Zeit gleich zwei große Heeresanlagen erhalten würde, hatte am Anfang des Jahres noch niemand in der Stadt erwartet. Der Erfolg gründete nicht zuletzt auf der geschickten Ausnutzung der gebotenen Möglichkeiten. Ein wesentlicher Anteil daran ist aber auch der Risikobereitschaft des im kommunalen Finanzfach versierten Rathauschefs zuzuschreiben. Innerhalb kürzester Zeit mussten erhebliche Defizite innerhalb der Verwaltung erkannt und überbrückt werden. Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte Dr. Schübel feststellen müssen, dass es keinen verlässlichen Überblick über die finanziellen Verhältnisse der Stadt gab.¹⁴ Erst auf sein massives Drängen wurden noch im Mai 1935 der Rechnungsabschluss für das Jahr 1932 fertiggestellt und der Abschluss 1933 in Angriff genommen. Dabei kam heraus, dass ein Fehlbetrag zu Ungunsten der Stadt in Höhe von 160.000 RM über mehrere Jahre verbucht worden war. Der erste Eindruck, „dass der Steuerzahler nicht erwarten kann, dass er seine Gelder an eine geordnete Verwaltung zahlt“ vertiefte sich, als immer deutlicher wurde, dass die Rechnungsjahrgänge 1928 bis 1931 weder vom städtischen Revisorat noch von der Gemeindeprüfungsanstalt ordnungsgemäß „abgehört“ worden waren. Außerdem gab es in der Aalener Stadtverwaltung zu diesem Zeitpunkt keinerlei geregeltes Beschaffungs- oder Vergabewesen. Exakt geführte Inventare fehlten und die Liegenschaftsbeschreibung stand nicht im Einklang mit dem Grundbuch. Außerdem erschwerten strukturelle Mängel aus der Amtszeit des Ortsgruppenleiters Karl Barth den Überblick. Seit 1. April 1934 wurde der Stadtpflegebuchhalter nur noch zu „schwierigen Verrechnungen an Abschlussarbei-



ten“ zugezogen, ansonsten waren die Kassen des städtischen Wohlfahrtsamtes und des Gaswerks für die Hauptbuchführung zuständig. Wie der Bürgermeister gegenüber dem Gemeinderat rückblickend erklärte, führten „die drei Stellen geradezu ein Eigendasein, ohne sich eigentlich über den Endzweck ihrer Arbeit, nämlich der Erstellung eines vorschriftsmäßigen Rechnungswerkes bewusst zu sein. [...] Wenn man berücksichtigt, dass neben dem Stadtpfleger 2 Beamte auf der Buchhaltung tätig waren und dass die Stadtkasse eine Reihe von Aufgaben erledigte, die ihr gesetzlich nicht zukamen, so hätte man annehmen müssen, dass wenigstens die Arbeiten dieser beiden Stellen ordnungsmäßig und insbesondere rechtzeitig erledigt worden wären. Wenn das nicht der Fall war, so kann heute die Frage, ob hier Unfähigkeit oder Lässigkeit die Hauptrolle gespielt haben, dahingestellt bleiben, die Tatsache aber steht fest.“¹⁵ An Zielvorgaben des „Neuen“ mangelte es freilich nicht. Auf der Grundlage der „geltenden Gesetze“ sollten die Vorgänge so schnell und vollständig wie möglich erledigt werden. Ab sofort war „mit geringstem Kostenaufwand zum Wohl der Allgemeinheit zu wirken“. Ausgaben ohne Deckung gab es nicht mehr. Zudem dachte der Bürgermeister an eine gezielte Senkung der Gemeindeumlage und der Bürgersteuer, um die Steuerzahler zu entlasten und durch ein auf diese Weise gesteigertes Zahlungsaufkommen, Mehreinnahmen zu erlangen. Daneben sollte durch eine „gesunde Rücklagenpolitik“ die Grundlage für weitere Investitionen geschaffen werden. Angesichts der offensichtlichen Defizite in der Verwaltung war jedoch kaum zu erwarten, dass dieses Programm ohne strukturelle und personelle Veränderungen umzusetzen war. Der Bürgermeister wusste, dass er dazu einen langen Atem benötigte. Was aber sofort geschehen konnte, wurde auch sofort in die Wege geleitet.

Bei der Stadtverwaltung Aalen arbeiteten im Frühjahr 1935 ca. 80 Personen. Seit 1907 wurde das ehemalige Gasthaus „Krone-Post“ als Rathaus, das reichsstädtische Rathaus mit dem Spionenturm für gewerbliche Zwecke genutzt.

Um die offensichtlichen Reibungen zwischen der Stadtpflege und der Stadtkasse abzustellen, nahm Dr. Schübel letztere unter seine direkte Aufsicht und betraute sie mit dem Mahn- und Beitreibungswesen. Ein großer Teil der städtischen Darlehensnehmer hatte in den letzten Jahren - wohl auch aus mangelnder Liquidität - die erforderlichen Zinszahlungen nicht mehr geleistet. Erstaunt zeigten sich jedoch die Gemeinderatsmitglieder, als ihnen der neue Bürgermeister die Liste der säumigen Zahler vorlegte. Wie festgestellt wurde, waren viele Personen darunter, die „nach ihren Einkommensverhältnissen ohne weiteres ihre Zahlung hätten leisten können“. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935, den Dr. Schübel bereits sechs Wochen nach seiner Amtseinführung vorlegte, wurde zwar durch diese Beträge nicht wesentlich entlastet. Doch die Signalwirkung war wichtig: der „Schlendrian“ sollte ab sofort aufhören. Insgesamt waren für das Jahr 1935 Ausgaben in Höhe von 1,3 Millionen vorgesehen¹⁶. Der Abmangel sollte 401.000 RM betragen. Durch eine Gemeindeumlage von 24% konnten hiervon 354.000 RM gedeckt werden.

Die noch fehlenden 46.000 RM plante der Bürgermeister durch Mittel aus dem Schuletat auszugleichen bzw. dem Ausgleichsstock zu entnehmen. Um diese Ansätze zu erreichen, waren der Hochbauetat um 28% und der Tiefbauetat um 13,4% gekürzt worden. Aus den Kassen des Gaswerks, des E-Werks und des Wasserwerks wurden insgesamt 195.000 RM in den städtischen Haushalt überführt, was immerhin einem Anteil von 15% entsprach. Gleichzeitig sorgten die rückläufigen Fürsorgezahlen für einen deutlichen Kostenrückgang im Bereich des städtischen Wohlfahrtsamtes, so dass hier eine Senkung des Betriebskapitals von 38.000 RM auf 25.000 RM möglich war. Weitere Entlastungen wurden vom Finanzfachmann Dr. Schübel durch Umschuldungsmaßnahmen, die Rückzahlung kleinerer Darlehensbeträge und die bereits erwähnte Einforderung der Außenstände erzielt. Eine wesentliche Stütze bei der Neuordnung des städtischen Finanzwesens war ab 1. September 1935 der aus Tuttlingen stammende Obersekretär Oskar Rebmann. Mit großem Fleiß bewältigte er das gewaltige Arbeitspensum und legte Zug um Zug die fehlenden Jahresabschlüsse vor. Es lag in der Natur der Sache, dass der bisherige Stadtpfleger Schönlin mit dieser Personalentscheidung des Bürgermeisters nicht einverstanden sein konnte. In der Ratsherrensitzung vom 12. Dezember 1935 verlas der Verwaltungschef sein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand, dem ein Vierteljahr später entsprochen wurde. Auf der Tagesordnung stand aber auch der Nachtragshaushalt für 1935 und hier gab es erste Erfolge zu vermelden. Die Einnahmesteigerung von 54.408 auf 111.108 RM, die weiter zurückgehenden Sozialausgaben, sowie die Senkung der Bürgersteuer von 800% auf 500% waren deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Finanzlage zunehmend entspannte.

Kommunale Arbeitsfelder I: Finanzwesen

Produktive Sparsamkeit

Sparen sollte keineswegs Selbstzweck sein, sondern die Grundlage für eine weitgehende finanzielle Eigenständigkeit bilden. Nach den Plänen von Bürgermeister Dr. Schübel verlangte die zweckmäßige Versorgung der Einwohner von Aalen mit Wasser, Gas und elektrischem Strom erhebliche Investitionen. Die Kanalisation musste dringend erweitert und das Wohnungs- und Siedlungswesen vorangebracht werden. Kostenbewusstsein bedeutete also, die Finanzmittel gezielt für die weitere Entwicklung Aalens einzusetzen. Es ist durchaus bemerkenswert, dass auch die Themen Kultur und Stadtwerbung in diesem Zusammenhang zur Chefsache wurden. „Gerade wenn die Stadt Aalen vorwärts kommen will“, erläuterte Dr. Schübel in der Sitzung am 24.10.1935 „ist es doppelt notwendig, sich vor der Welt nicht abzuschließen, sondern dass die Stadt Aalen auch das ihrige tut für eine verkehrsfördernde Tätigkeit“.¹⁷

Der im Mai 1936 vorgelegte Abschluss der Jahresrechnung 1934 bestätigte, dass dies durchaus leistbar war.¹⁸ Bürgersteuer und Gemeindeumlage hatten Mehreinnahmen in Höhe von 90.000 RM in die Kasse gebracht. Mit welcher Geschwindigkeit die Haushaltssanierung vorangetrieben wurde, zeigt nicht zuletzt die dritte Nachtragssatzung für den Haushalt 1936. Sie sah eine Ausgabenerhöhung um 184.500 RM vor. Neben veranschlagten Mehreinnahmen von 44.800 RM aus 1936 sorgten Ausgabeersparnisse und Restmittel aus dem Haushaltsjahr 1935 für eine Deckung in Höhe von 139.700 RM. Neben der vorgeschriebenen Betriebsmittel- und Steuerausgleichsrücklage wurden im Mai 1937 für insgesamt 350.000 RM Rücklagen in den Bereichen Wohnungsbau, Jugendförderung, Altstadtsanierung, militärische Bauten und Ausbau der Infrastruktur gebildet.

Dass diese Sparsamkeit sich als so „produktiv“ erweisen konnte, lag vorerst auch noch an der fundamentalen Umstellung des gemeindlichen Steuersystems im Jahr 1937.

Neue Finanzielle Spielräume

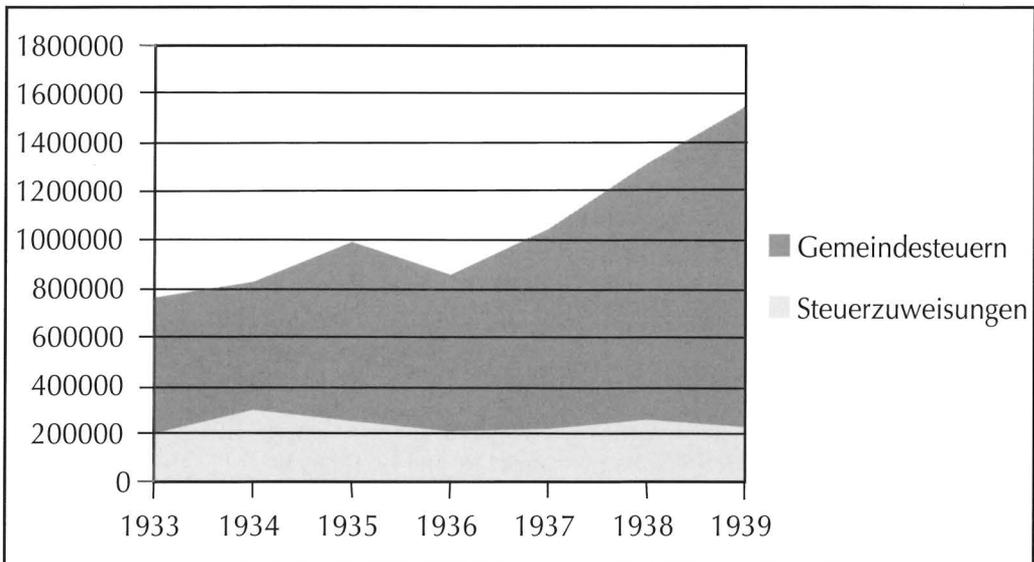
Der erste Schritt der umfassenden Finanzausgleichsreform auf dem Gebiet der Gemeinden bestand in der Einführung der Gewerbe- und Grundsteuer in den Haushaltsjahren 1937 und 1938.¹⁹ Im Zuge der Unterordnung der Länder unter das Reich waren diesen schrittweise eigene Steuern entzogen und durch Zuweisungen aus Berlin ersetzt worden. Auch die Gemeinden

sollten eigene Steuern erhalten, die enger mit ihrem Aufgaben- und Lastenbereich zusammenhingen. Freilich wurden auch hier die bisherigen Überweisungssteuern in Finanzaufweisungen umgewandelt und deren Höhe stetig verringert. Für Gemeinden mit entsprechender Industrie ergab sich hieraus durchaus ein Handlungsspielraum, der genutzt werden konnte. Wie Bürgermeister Dr. Schübel am 4. Mai 1937 in der Sitzung der Ratsherren feststellte, würde „in Zukunft der Haushalt der Stadt mehr auf den Gemeindesteuern als auf den Steuerüberweisungen aufgebaut werden müssen. Hierin liegt zweifellos eine Steigerung der uns zukommenden Gewalt im Rahmen der Selbstverwaltung. Es bedeutet dies aber auch eine erhebliche Steigerung der Verantwortung, die wir auf steuerlichem Gebiet nunmehr gegenüber früher mehr haben als bisher.“²⁰

Der im Mai 1937 festgelegte Gewerbesteuerhebesatz von 400% wurde bereits Anfang November auf 360% gesenkt. Da ihre Reinerträge unter der Mindestgrenze lagen, zahlten 340 der insgesamt 760 steuerpflichtigen Betriebe in Aalen keine Abgaben.

Betriebe mit mittleren und größeren Erträgen hatten dagegen mit einer höheren Belastung zu rechnen. Obwohl er skeptisch war und Gewinne nicht gleich zur Steuersenkung verwenden wollte, sprach sich der Rathauschef noch im März 1938 für eine weitere Verringerung des Hebesatzes auf 300% aus, Zweigstellenbetriebe und Warenhäuser sollten dagegen mit 390% veranschlagt werden. Wie die folgende Grafik verdeutlicht, stiegen die Steuereinnahmen bis 1939 kontinuierlich an.

Steigende Steuereinnahmen führten ab 1936 zu einer deutlich verbesserten Haushaltslage.



Bereits ab Juli 1938 wurde der finanzielle Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene durch die Änderung des Finanzausgleichs erheblich eingeschränkt. Um seinen Finanzbedarf, der im Rahmen der Rüstungspolitik drastisch anstieg, zu decken, beließ es das Reich nicht bei den ursprünglich gemeindlichen Steuern. 1938 wurde die Gemeindebiersteuer, die immerhin im Jahre 1937 über 79.000 RM in die Aalener Stadtkasse gespült hatte, in die neue Reichsbiersteuer eingebaut. Bis zum Entzug der Bürgersteuer, die 1939 noch bei 149.673 RM gelegen war, sollte es nur noch 3 Jahre dauern. Wie Bürgermeister Dr. Schübel in seinem Bericht über die Finanzwirtschaft der Stadt am 16. Mai 1939 feststellte, verlangte der „Finanz- und Lastenausgleich von unserer Stadt ganz empfindliche Opfer“. Eine weitere Senkung der Steuersätze kam daher für ihn nicht mehr in Frage. Trotz dieser Wehrmutstropfen bleibt festzustellen, dass es innerhalb von vier Jahren gelungen war, das Finanzwesen der Stadt Aalen zu ordnen und neu zu strukturieren.

Bei den Hebesätzen unterschied man sich nicht grundlegend von anderen Städten in Württemberg. Im wesentlichen begünstigt und beschleunigt wurde diese Entwicklung durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung und die sehr starke Bautätigkeit in der Stadt. Die Rücklagenbildung konnte sich ebenso wie die Schuldentilgung sehen lassen. Hatte der Schuldenstand im März 1935 noch über 2 Millionen betragen, so belief er sich zum 1. April 1939 auf 1.629.148 RM. Abzüglich der ausgeliehenen Baudarlehen in Höhe von 839.516 RM blieb ein reiner Schuldenstand von 789.632 RM.

Hieraus ergab sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von 50 RM. Damit lag Aalen deutlich unter dem Reichsdurchschnitt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 200 RM.²¹

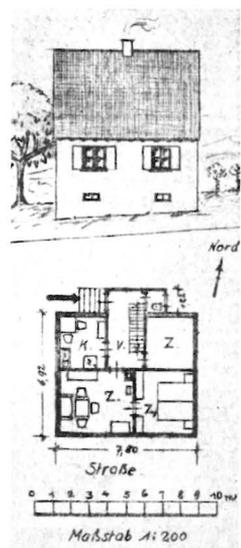
Entsprechend positiv fiel die Prognose von Dr. Schübel gegenüber den Ratsherren aus: „wenn die Stadt jährlich 100.000 RM tilgt, dann ist ihr effektiver Schuldenstand in rd. 8 Jahren gleich null zu veranschlagen. Es wird keinem einsichtigen Menschen einfallen, den Schuldenstand unserer Stadt als hoch zu bezeichnen.“

Kommunale Arbeitsfelder II: Stadtplanung und Stadtentwicklung

Wohnungs- und Siedlungswesen

Die sich verbreiternde finanzielle Basis eröffnete vor allem für die städtische Bauplanung einen gewissen Handlungsspielraum. Allerdings gelang es nicht, den deutlichen Mangel an Wohnungen, der seit Ende des 1. Weltkriegs in Aalen herrschte, zu beseitigen. Tatsächlich war ein Leben in ge-

Ansicht und Grundriss des Kleinhauses der Wohnungsbau Aalen GmbH, Mai 1935.



*Blick auf das Baugelände
Zebert. Am linken Bildrand
die Kunstwollefabrik
Gebrüder Walker, in der
Bildmitte die Firma Stützel-
Sachs, 1937.*



sunden Verhältnissen, das zu schaffen der neue Rathauschef als kommunalpolitisches Ziel formuliert hatte, am ehesten im Wohngebiet Zebert gegeben. Ab Dezember 1935 konnte hier ein großer Teil der 13 neuen Wohnhäuser bezogen werden. Bis zum Juli 1936 wurden insgesamt 34 Eigenheime erstellt, 4 weitere sollten das neue „kleine Stadtviertel, das durch eine herrliche sonnige und gesunde Lage besonders begünstigt ist“ abrunden. Die Kocherzeitung pries den Plan „den deutschen Arbeiter durch Eigenheimschaffung mit Grund und Boden zu verwurzeln“ als „Sozialismus der Tat“. Freilich verschwieg sie, dass die Wohnungsbau GmbH einen Zwischenkredit von 30.000 RM aus der Stadtkasse erhalten hatte, um die Handwerkerrechnungen zu begleichen.²² Die Darlehen der Kreissparkasse bzw. der Württembergischen Landeskreditanstalt konnten erst nach hypothekarischer Sicherstellung ausbezahlt werden, wodurch sich zwangsläufig eine Zeitspanne ergab, die überbrückt werden musste.

Auch die neue Siedlung im Greut, die ab Juli 1936 in unmittelbarer Nachbarschaft der Ziegelwarenfabrik entstand, sollte ein „Leben in Licht, Luft und Sonne“ ermöglichen. Ohne unvorhergesehene Mehrkosten war auch dieses Ziel nicht zu erreichen. Die Planer der Wohnungsbau GmbH hatten übersehen, dass der lehmhaltige Baugrund keine Sickergruben zuließ. Für den Bau einer Kanalisation waren zusätzliche 7.000 RM erforderlich, die von der Stadt übernommen wurden. Hinzu kamen weitere 30.000 RM als

verlorener Zuschuss für den Einbau von je 2 Dachzimmern in den 10 Doppelwohnhäusern. Da die Baugesellschaft an den veranschlagten Baupreis von 3.500 RM gebunden war, andererseits aber dringend neuer Wohnraum in Aalen benötigt wurde, entschied der Bürgermeister, die Mittel zum weiteren Ausbau zur Verfügung zu stellen. Ursprünglich sollten die Haushalten nur jeweils eine Wohnküche, ein Eltern- sowie ein Kinderschlafzimmer im Erdgeschoss aufweisen und der Einbau weiterer Zimmer im Dachgeschoss den neuen Eigentümern für später überlassen bleiben.

Wie der subventionierte Komplettausbau der neuen Siedlungshäuser ist auch der Erhalt der maroden Wohnbaracken auf dem alten Turnplatz ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die „eklatante Wohnungsnot“ in Aalen nicht entspannte. Die Holzhäuser stammten noch aus der Umbauzeit des Krankenhauses in den Jahren 1919 – 1921. Nach dem Abschluss der Arbeiten hatte man ihre Umfassungswände mit Schlacken und Sand gefüllt und das Dach mit einer doppelten Lage Dachpappe versehen, um zusätzlichen Wohnraum zu gewinnen. Auch auf die Baracken im sogenannten „Schlauch“, die 1926/28 am Fuß des Rönenbergs errichtet worden waren, konnte nicht verzichtet werden.²³ Das „schlechte Ansehen der Bewohner bei den Vermietern“ in Aalen, das nach Meinung von Dr. Schübel völlig zu Unrecht bestand, erwies sich jedoch als hinderlich bei dem Versuch, die Holzhäuser freizubekommen, um sie als erste Unterkunft für die neuen Arbeitskräfte der Industriebetriebe gebrauchen zu können.

Weitere Versuche der Stadtverwaltung, den Eigenheimbau zu stimulieren, stießen auf noch größere Hindernisse. Nach einer Entschließung des Bürgermeisters erhielt die Wohnungsbau GmbH ab 1. August 1937 für jedes neue Haus einen Zuschuss von 500 RM aus der Stadtkasse.²⁴ Dadurch wurde zunächst der bisher geforderte Eigenkapitalanteil der Bauwilligen von 2.000 auf 1.500 RM gesenkt. Um - wie es offiziell hieß - die Erfahrung der Aalener Architekten zu nutzen, tatsächlich jedoch um die Baukosten noch weiter zu senken, schrieb die Stadt außerdem einen Wettbewerb für 13 Kleineigenheime aus, die zwischen der Remonte und dem Kocher errichtet werden sollten. Doch selbst wenn sich die Baulustigen für die billigeren Häuser dieses „neuen Typs“ entschieden und „falls sie nicht über das notwendige Geld verfügten“ sich den Eigenkapitalanteil in Form eines Arbeitgeberdarlehens beschaffen wollten, war längst noch nicht gewährleistet, dass der Bau der Häuser planmäßig ablaufen konnte. Immer stärker machten sich auch in Aalen der Facharbeiter- und Baustoffmangel bemerkbar. Bauen wurde zunehmend zu einer Rechnung mit mehreren Unbekannten. Es ist bezeichnend für die schwierige Situation des Wohnungsbaus in Aalen, wenn Dr. Schübel im Frühjahr 1938 in öffentlicher Sitzung feststellte, dass 300 Wohnungen benötigt wurden und ein Jahr später erst knapp 1/10 des Bedarfs abgedeckt war.²⁵

„Im Greut“ hinter der Ziegelwarenfabrik wurde im August 1936 mit dem Bau von Volkswohnungen für die „Schichten der werktätigen Volksgenossen mit geringem Lohn Einkommen“ begonnen.



Das Richtfest für die 20 Volkswohnungen im Greut und die Siedlung an der Remontestraße konnte erst im März 1939 gefeiert werden. „Mit mancherlei Verzögerungen, die nun einmal im Zuge der Zeit liegen“, wie die Kocherzeitung feststellte. Solche Umschreibungen waren vieldeutig, aber jeder Leser, der mit offenen Augen durch die Stadt ging, konnte ein Jahr lang bei jedem Sonntagsspaziergang kurz vor der Markungsgrenze in Richtung Unterkochen erkennen, wohin die Baumaterialien geliefert wurden, die im Greut fehlten. Auch von einem Arbeitskräftemangel war bei dieser Baumaßnahme mit hoher Priorität nicht sehr viel zu spüren. Innerhalb von 12 Monaten wurde die neue Pflambachsiedlung bezugsfertig.²⁶

Schon im Februar 1939 rollten die ersten Möbelwagen mit dem Hab und Gut der 50 Bergarbeiterfamilien an. Sie sollten hier ihre neue Bleibe finden und in Aalen die Vorgaben des Vierjahresplans erfüllen, die Adolf Hitler 1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg verkündet hatte. Im Zusammenhang mit der Rohstoffbeschaffung für die Rüstungsindustrie aus heimischen Erzvorkommen rückte auch die Aalener Grube am Burgstall wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Sie war 1887 geschlossen worden.

Bereits am 29. Juni 1937 hatten die Schwäbischen Hüttenwerke ihre Betriebsabteilung „Erzgrube“ an ihren Mutterkonzern GHV verpachtet.²⁷

Hierzu zählten auch die Stollenanlagen am Brautenberg in Wasseralfingen. Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen war seit 1921 mit dem württembergischen Staat paritätischer Gesellschafter der SHW und zählte neben Siemens, Krupp und Rhein Stahl zum Quartett der vier größten Rüstungsbetriebe in Deutschland. Bei einer Besprechung, die im Dezember 1937 im Aalener Oberamtsgebäude stattfand, herrschte Einigkeit zwischen



Die 10 Siedlungshäuser in den Wasseralfinger Kocherwiesen am Fuß des Birkles (heute Bürgele) waren nach 15 Monaten Bauzeit im Oktober 1935 bezugsfertig.



*Blick auf das Pflaumbach-
gelände zwischen
Wäldchen und Härtsfeld-
bahntrasse, 1937.*

dem GHH-Vorstandsmitglied Dr. Reusch, dem Präsidenten der Landeskreditanstalt Dr. Aichele, Kreisleiter Koelle, Landrat Engel und den Vertretern der Kommunen Unterkochen, Wasseralfingen und Aalen, dass die räumliche Nähe zwischen Wohnort und dem zukünftig als „Faber du Faur-Stolln“ firmierenden Arbeitsplatz ein wichtiger Standortvorteil war, um nach 50 Jahren wieder Bergleute nach Aalen holen zu können.²⁸ Ähnlich wie ihre Kollegen im Stufenerzbergwerk Geislingen-Altenstadt konnten sie ihre „Volkswohnung“ für 6000 RM erwerben. Die Finanzierung übernahm in der Hauptsache die Kreissparkasse Aalen. Zusätzlich standen Reichsdarlehen bis zu einer Höhe von 1500 RM zur Verfügung. Auch die GHH wollte 1000 RM pro Haus zuschießen. Ein großer Teil der Gesellschafter der Wohnungsbau war aber dagegen, die Bauträgerschaft allein und falls doch, dann nur ohne finanzielle Beteiligung zu übernehmen. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden.

Um das Vorhaben nicht zu gefährden, gründeten Stadt, Kreis und Wohnungsbau GmbH am 30.3.1938 die Siedlungsbau GmbH.²⁹ Die städtische Beteiligung an der neuen Bauträgergesellschaft, die mit 33.000 RM weit über den Einlagen der Kreisverwaltung (12.000 RM) und der Wohnungsbau (5000 RM) lag, verdeutlicht den wirtschaftlichen Stellenwert, den Dr. Schübel der Reaktivierung des Bergbaus in Aalen zumaß. Dabei stützte er sich auf Prognosen der GHH, die von einer positiven Entwicklung der Erzförderung ausgingen und einen Ausbau der Siedlung auf 150 Gebäude vorsahen. Wenn auch ein Teil davon zukünftig auf Unterkochener Markung stehen würde, so war der mehrfache Nutzen für die Stadt Aalen schon jetzt deutlich zu erkennen. Hierzu zählte für den Rathauschef auch, dass er Behauptungen wie sie noch im Oktober 1936 in der Stadt kursierten nicht mehr zu widersprechen brauchte. Damals war ihm vorgeworfen worden, er würde sich „nur um Soldaten und nicht um Arbeiter kümmern“.³⁰

Militärbauten

Dass die Heeresbaustellen, die nördlich und südlich der Innenstadt geplant waren, ab Januar 1936 zum Tagesgespräch in Aalen wurden, lag auf der Hand. Vergleichbare Projekte dieser Art und Größe hatte es in der Kocherstadt bisher noch nicht gegeben. Nach dem ersten Spatenstich auf dem ehemaligen Riegergelände, den das im Hammerwerk Schneider (Erlau Nr. 4) untergebrachte Baubüro der Heeresverwaltung auf den 13. Januar 1936 festgesetzt hatte, ging es zügig voran. Planungsgemäß wurde zunächst mit dem Bau der Stallungen begonnen. Drei Wochen später erfolgte der Aushub für die beiden Mannschaftstrakte und das Verwaltungsgebäude. Rund 500 Arbeiter waren auf der Baustelle im Brühl beschäftigt. Weitere 500 arbeiteten auf dem Areal des zukünftigen Versorgungsmagazins.³¹

Wie Baumeister Aißlinger beim Richtfest am 20. 5. 1936 feststellte, funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Aalener Bauunternehmern und den Großfirmen aus der Landeshauptstadt reibungslos. „Man sei in Stuttgart mit den Aalener Leistungen [durchaus] zufrieden“, hob er hervor. Zugleich waren sich alle Beteiligten auch einig darüber, dass sich „das Gelände des stillgelegten Rieger-Werks als besonders günstig für die neue Anlage erwies, weil die Neubauten der Reithalle, der Ställe, der Mannschaftshäuser und des Verwaltungsgebäudes eine geschlossene Einheit bildeten und sich trefflich in das Landschaftsbild einfügten“. Damit war die neue städtebauliche Entwicklung Aalens einen deutlichen Schritt vorangekommen. Noch vor der Einweihung der „Wehrkreis Fahr- und Reitschule“ im Oktober 1936 wurden mit der Grundstücksabtretung für eine Feldzeugmeisterei (Heeresnebenzeugamt) weitere Maßnahmen im militärischen Bereich eingeleitet. Gleichzeitig nahm auch die Idee, einen neuen und vor allem wesentlich größeren Stadtgarten anzulegen, konkretere Züge an.



Grünanlagen vor den Mannschaftsgebäuden und der Kommandantur sollten den „großzügige Eindruck“ der weitläufigen Remonteschule unterstreichen.

Der neue Stadtgarten

Die Ratsherren hatten keine Einwände, als Bürgermeister Dr. Schübel in der Sitzung am 24. September 1936 vorschlug, eine weitere Erholungszone in der Nähe der Aalener Innenstadt zu schaffen. Der neue Stadtgarten sollte die alte Anlage hinter der „Neuen Welt“ ergänzen und zwischen Eberhardstraße (heute Curfußstraße) und Kocherbogen liegen. Die entsprechende Fläche hatte die Stadt bereits größtenteils von der Erbgemeinschaft Seifferer erworben, sodass einer Überplanung nichts mehr im Wege stand.³² Im Dezember 1936 stellten die Gartenarchitekten Aldinger aus Stuttgart und Kurz aus Ulm ihre Entwürfe vor. Letzterer erhielt den Zuschlag, wurde aber bei der Vergabe gebeten, auch die zwischenzeitlich getätigten Grundstückserwerbungen in sein Konzept mit einzubauen und den Musikpavillon mit seiner vorgesehenen Winkelform nochmals zu überdenken. Aus Kostengründen musste im Februar 1937 nach nochmaliger Beratung auf den Spielplatz verzichtet werden. Insgesamt stellte das Stadtbauamt für die neue Gartenanlage 12.410 RM zur Verfügung.

Ein halbes Jahr später titelte die Kocherzeitung: „Aalens Stadtgarten vor der Vollendung, ein Schritt weiter zum modernen Aalen“. Ab sofort verfügte auch die Kocherstadt über eine „grüne Lunge“. Mit Musik und Illumination wurde am 11. August 1937 in Gegenwart Tausender Bürgerinnen und Bürger von Aalen die Einweihung der Anlage gefeiert.

„Die Massen drängten sich schon auf allen Wegen, als mit Beginn der Dämmerung die ersten großen Scheinwerfer zwischen den einzelnen Baumgruppen aufstrahlten und sie in hellgrünes Licht versetzten. Lange Reihen bunter Lampions waren über den Wegen zwischen den Bäumen und in den Laubengängen aufgehängt und ein allgemeines staunendes Ah wurde hörbar, als plötzliche ihre Lichter entbrannten und sie einen magischen Schein über die in den Garten sinkende Dunkelheit und die wartende und wandelnde Menge verbreiteten. Der Musikpavillon flammte auf in hellem Licht und zeigte die schlanke aufstrebende Form seines in schönen Maßen gehaltenen Runds; der Holzbau war eben am Tage erst fertig geworden. Und nun konnte auch die Musik beginnen, die das Programm der Einweihung bestritt.“³³ Aufmerksam verfolgten die Zuschauer die Ausführungen von Bürgermeister Dr. Schübel, der die Bedeutung des Freizeit- und Erholungswerts der neuen Anlage für die Bevölkerung in den Vordergrund stellte „und darauf verwies, dass genau dies die Ziele des Nationalsozialismus seien“. Nach der zeitgenössischen Auffassung im Städtebau dürfe, so der Rathauschef weiter, „eine Stadt nicht allein aus Häusern bestehen, sondern muss von einem schönen Grüngürtel durchzogen sein“. Dies war im Prinzip nicht falsch, aber äußerst unpräzise im Hinblick auf die ideologische Zuordnung.



Der Wegzeiger des Wasserralfinger Holzschnitzers Volk wies Besuchern in der Bahnhofstraße die Richtung zum Stadtgarten.

Blick vom Musikpavillon aus in den Stadtgarten, August 1937.



Das Schlagwort „Zurück zur Natur“ war ebenso wenig eine Erfindung des Nationalsozialismus wie der sogenannte „Heimatstil“, der bereits vor 1914 den Rückgriff auf die „Schönheit ländlicher Bautraditionen“ propagiert und auch in der Aalener Innenstadt wie z.B. am Gasthaus „Zum Lamm“ seine Spuren hinterlassen hatte. Wie noch zu zeigen sein wird, gab es ganz pragmatische Gründe für die Stadtverwaltung, „alten Wein in neue Schläuche zu füllen“. Einer davon war, mit möglichst wenig Aufwand „eine weitere freundliche Note in das Stadtbild von Aalen zu bringen“.

Freundliches Fachwerk

Mit dieser Zielsetzung wurden im März 1937 zum ersten Mal ein Preisgeld für die 10 schönsten Fachwerkhäuser ausgelobt und Mittel für die Freilegung der Balkenkonstruktion zur Verfügung gestellt. Nach sechs Monaten war an den Gebäuden Hirschstraße 7, 11, 13 und 15 der Putz entfernt. Noch vor Abschluss der Arbeiten berichtete die Kocherzeitung enthusiastisch über die „neue Fachwerkstraße in Aalen“: „Da unsere Umgebung so herrliche Naturschönheiten aufweist, darf auch etwas getan werden, dass die Stadt in ihrer Mitte sich ihnen anpasst und einfügt, ohne aus dem Rahmen zu fallen. Eine solche freundliche Note wird von nun an auch die Hirschstraße an sich tragen, denn ihre ganze nach Süden blickende Häuserfront mit Ausnahme des letzten Hauses Nr. 19, der Verbrauchergenossenschaft gehörig, wird nach den Ausbesserungsarbeiten, die immer noch rege im Gang sind, Fachwerk tragen. Auch beim zweiten zum „Rad“ gehörenden Haus ist unter dem Verputz Fachwerk zum Vorschein gekommen; allerdings besitzt es lange nicht die feine Gliederung und den kunst-



Mit finanzieller Förderung der Stadtverwaltung wurde die Hirschstraße (heute Radgasse) 1937 zur „neuen Aalener Fachwerkstraße“.



vollen Aufbau wie das eigentliche Gasthaus; mehrere Balken waren auch beschädigt, nach ihrer Ausbesserung wird man davon nichts mehr merken. Auch die übrigen Häuser auf der linken Seite haben ein neues Kleid bekommen, teilweise sind die noch eingerüstet. Das Gerber Krauss'sche Haus, das sich des schönsten Fachwerks rühmt und vor allem durch den aus dunklem Gebälk gebildeten eigenartig über die Ecke vorspringenden Erker ausgezeichnet ist, wurde nach außen ganz erneuert. Statt dem Jahresdatum der früheren Erneuerung im Jahr 1891 steht jetzt in schöner Zierschrift neben dem „Erbaut 1565“ „Erneuert 1937“. Aalen hat in der Hirschstraße eine Fachwerkstraße bekommen (dass sie nur auf einer Seite Fachwerkhäuser hat, ist ein kleiner Schönheitsfehler, aber glücklicherweise ist es die Seite, die als Fortsetzung des Marktplatzes im eigentlichen Blickfang ist); ihren glücklichen Abschluss bildet das interessante Bäcker Aißlingersche Haus; hoffen wir, dass sie nicht die einzige bleiben wird.³⁴

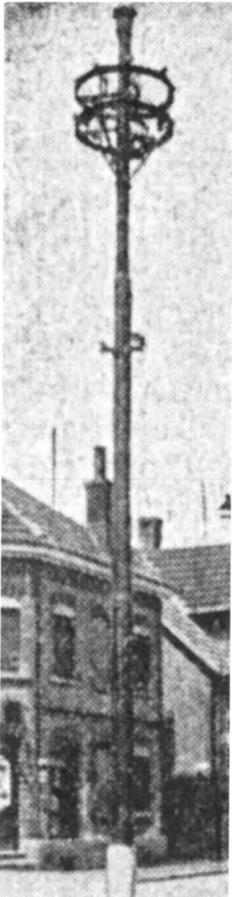
Dieser Wunsch ging schnell in Erfüllung. Bis zum August 1938 folgten die Gebäude Nr. 12, 14 und 16 der Spitalstraße sowie die Häuser Helfersraße Nr. 8 und 10. Am östlichen Eingang zur Hauptstraße hatten auch die Schwarz'schen Erben bzw. Kaufmann Wilhelm Stutzmann ihre Gebäude auffrischen lassen.³⁵ Im Interesse einer „klaren Platzgestaltung“ wurde im Frühjahr 1938 der Abbruch des „Ellwanger Torhauses“ beschlossen. Die Mieterin, Witwe Waitzmann, die bislang in dem kleinen Gebäude eine Obst- und Gemüsehandlung betrieben hatte, wollte krankheitshalber das Mietverhältnis mit der Stadt lösen und das Gebäude räumen.³⁶

Allerdings war es mit einem Abriss nicht getan. Auch die angrenzenden Häuser sollten sich nach den Plänen der Baubehörde verändern. Nach Auffassung von Stadtbaumeister Burkhardt war es unter anderem notwendig, dass der Eigentümer der Wirtschaft „Zur Rose“ den Dachaufbau auf der Ostseite beseitigte und das Äußere des Gebäudes neu gestaltete. Auch die Südseite des Ladenanbaus von Hutmacher Simon sollte so hergerichtet werden, „dass ein anständiges Bild entsteht“. Diese Verschönerungsmaßnahmen gingen Hand in Hand mit den Planungen, die Stadt verkehrstauglicher zu machen.

Blick in die Spitalstraße mit dem bereits freigelegten Fachwerk des städtischen Altersheims (heute „Begegnungsstätte“) und des Gebäudes Nr. 12, Sommer 1939.



Verbesserte Verkehrsführung: Die neue Fackelbrücke kurz vor der Fertigstellung im Januar 1939; der bereits 1937 entfernte Strommast Ecke Wilhelm- und Gmünderstrasse.



Verkehrshindernisse beseitigen

Viele Möglichkeiten für einen Abfluss des spürbar angestiegenen Autoverkehrs aus der Innenstadt gab es freilich nicht. Bereits seit Herbst 1936 wurde in der Stadtverwaltung über den Abbruch des Fürgang'schen Hauses nachgedacht, um den westlichen Stadtgraben zu verbreitern und den Zugang zum Gmünder Torplatz von Norden her zu ermöglichen. Ratsherr Dr. Stützel führte denkmalschützerische Gründe gegen den Abriss an. Befürchtungen, dass mit der Öffnung des Westlichen Stadtgrabens auch zunehmend die „hässlichen Rückseiten der Gebäude der Hirschstraße“ sichtbar würden, versuchte Bürgermeister Dr. Schübel zu entkräften, indem er auf die anstehende Renovierung der Gebäude verwies.³⁷ Eine weitere Diskussion erübrigte sich jedoch vorerst, da die Verhandlungen über den Gebäudekauf durch die Stadt in den folgenden Monaten erfolglos blieben.

Angesichts der Fahrzeugzahlen, die aus dem Jahr 1937 vorliegen, erscheint dies zunächst von geringerer Bedeutung.³⁸ Im Oberamtsbezirk Aalen wurden 487 Pkws und 628 Krafräder gezählt. Auf die Bevölkerungszahl bezogen entfiel ein Fahrzeug auf 77 Personen. Bei den Zweirädern bestand ein Verhältnis von 1:60. Wenn auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt (PKWs 1:52, Zweiräder 1:42) ein erheblicher Aufholbedarf bestand, so hatte doch die Zahl der Krafräder im Oberamt Aalen seit 1932 um 38% und die Zahl der Personenkraftwagen immerhin um 58% zugenommen. Steigerungsraten dieser Art konnte die Stadtverwaltung nicht einfach ignorieren. Während es vorerst unmöglich war, die Pläne im Bereich des Gmünder Torplatzes zu realisieren, gab es im Bereich der westlichen Vorstadt noch genügend andere Verkehrshindernisse.

Seit dem Jahr 1913 standen z.B. die Leitungsmasten für das Niederspannungsnetz an der Ecke Weidenfelder/Gmünder Straße (heute Ecke Bischof-Fischer-Straße/Julius-Leber-Straße) und stadtauswärts in der Lange Straße (heute Stuttgarter Straße) „über 1 m in die Straße herein“ und bildeten eine Gefahr für die motorisierten Fahrzeuge. Die Technischen Werke Aalen beseitigten im Sommer 1937 eine ganze Reihe von Masten und ersetzten sie durch Dachständer. Nach dieser Maßnahme wurden die Aalener Straßen „nun bedeutend geräumiger und optisch breiter, freizügiger und gefälliger“ empfunden.³⁹

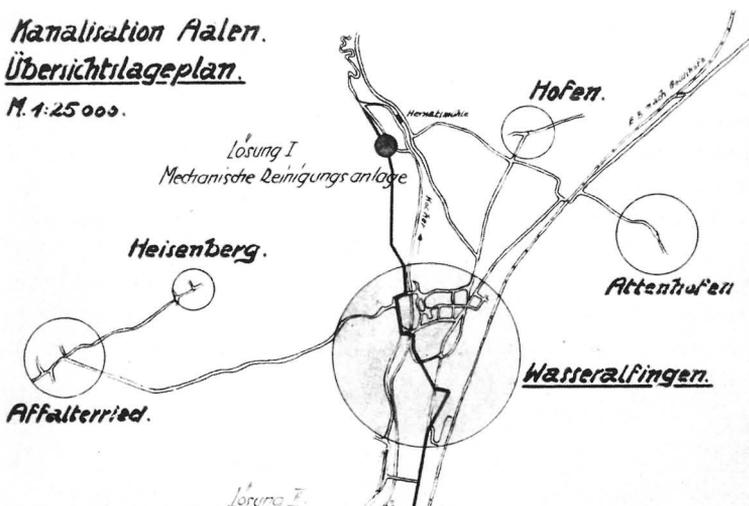
Kommunale Arbeitsfelder III: Sanierungs- und Hygienische Maßnahmen

Weniger erkennbar waren vorerst die weitreichenden Überlegungen der Stadtverwaltung zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in Aalen. Der Aufbau einer „staubfreien Müllabfuhr“ wurde zügig vorangetrieben. Ab Juli 1937 kam der städtische Müllwagen jeweils freitags und samstags. Mit großem Nachdruck verfolgte Dr. Schübel außerdem die Erweiterung des Kanalnetzes und den damit verbundenen Bau einer Kläranlage.⁴⁰ Das System der Abwasserdolen stammte aus dem Jahr 1907 und hatte sich bereits Anfang der 1930er Jahre in großen Teilen als unzureichend erwiesen. Größtenteils nahm noch immer der Kocherkanal, der die Altstadt im Westen und Norden umfloss und dessen Wasserspiegel außerordentlich hoch lag, das Schmutzwasser auf. Zum Bau eines „Sammelkanals vom Nördlichen Stadtgraben durch die Weidenfelder Straße bis ins „Unterwasser des Ensslinschen Stauwehrs“ war es noch Oberbürgermeister Schwarz gelungen, Mittel aus dem sogenannte Reinhardt-Programm zu erhalten. Mit dem Darlehen in Höhe von 124.000 RM konnte der 1. Bauabschnitt in Angriff genommen werden. Die Baumaßnahme war zudem als „Notstandsarbeit“ anerkannt worden, d.h. zahlreiche Arbeitslose hatten hier eine Verdienstmöglichkeit gefunden. Sieben Jahre später stand nun der 2. Bauabschnitt an. Der Abwasserkanal sollte vom Sägewerk Ensslin bis zur zukünftigen Kläranlage weitergeführt werden. Die Stadtverwaltung hatte Regierungsbaumeister Karl Becker in Stuttgart mit der Konzeption des Reinigungswerks beauftragt. Nach eingehender Prüfung verwarf dieser jedoch die Planungen des Jahres 1931 und erklärte das Vorhaben, eine Kläranlage im Hassennest, also zwischen Wasseralfingen und Aalen zu bauen, als sinnlos. Stattdessen arbeitete er den mit dem Aalener Rathauschef abgestimmten Vorschlag einer Gemeinschaftskläranlage aus, die in den Wiesen vor der Heimatsmühle die Abwässer beider Kommunen aufnehmen sollte.

Kanalisation Aalen.

Übersichtslageplan.

M. 1:25 000.



Plan für die gemeinsame Kläranlage Aalen-Wasseralfingen bei der Heimatsmühle, 1937.



*Blick auf das „Hasennest“
zwischen Wasseralfingen
und Aalen vom Braunen-
berg aus.*

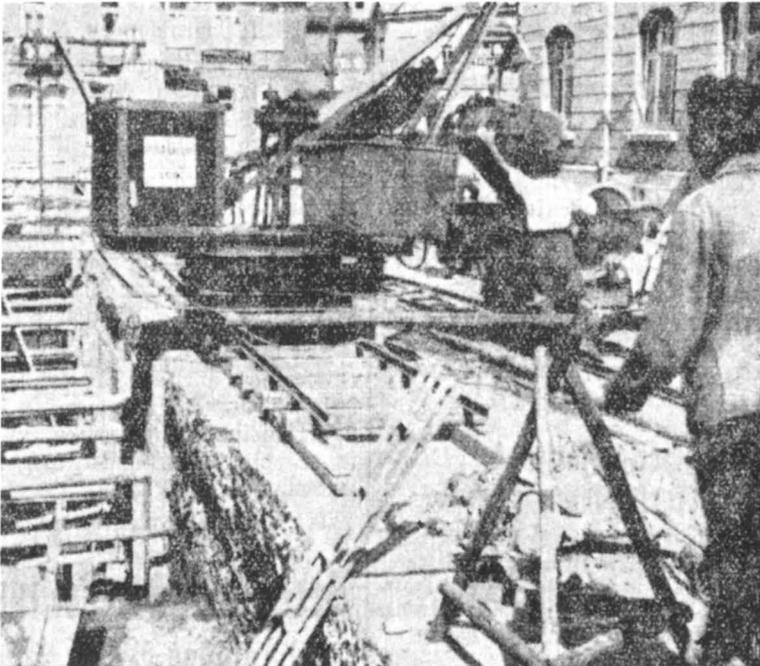
Dass der Gedanke in Wasseralfingen mit großer Skepsis, um nicht zu sagen mit Argwohn aufgenommen wurde, hatte mehrere Gründe. Zum einen gab es ein Gegengutachten des im technischen Landesamt zuständigen Oberbaurats Brehm. Er riet Bürgermeister Kopfmann aus Kostengründen von der Errichtung einer gemeinsamen Kläranlage ab. Andererseits ist einer Aktennotiz des Aalener Bürgermeisters vom 1. Juli 1937 über ein Gespräch mit Brehm zu entnehmen, dass der Oberbaurat wiederum von den Vorbehalten Dr. Schübels gegenüber einer Einzellösung wusste. Er hielt sie schlichtweg für unnötig, da er davon ausging, dass „mit einer späteren Eingliederung der Nachbargemeinde nach Aalen gerechnet werden müsse“. Ob nun Brehm dem Wasseralfinger Bürgermeister diese Information zuspitzte oder Kopfmann direkt aus Aalen von dieser Einschätzung der Lage erfuhr, ist im Grunde unerheblich. Beide Möglichkeiten liefen auf dasselbe hinaus: die seit dem Jahr 1906 in Wasseralfingen virulente Furcht vor dem Verlust der kommunalen Eigenständigkeit erhielt plötzlich wieder neuen Auftrieb.

Damals hatte der Vorschlag des Königlichen Oberamts, die Stadt Aalen und die nördlich gelegene Gesamtgemeinde sollten sich aus wirtschaftlichen Erwägungen zusammenschließen, im Wasseralfinger Gemeinderat für helle Empörung gesorgt.⁴¹ Auch der geplanten Neugliederung der Oberamtsbezirke, die Ende der 1920er Jahre von Reichssparkommissar Saemisch angestoßen worden war, hatte man nichts abgewinnen können. Wie sich jetzt herausstellte, war der Verzicht der Landesregierung im Jahre 1931 auf den „Bezirksumbau“ lediglich ein Aufschub gewesen.

Seit Februar 1936 war die „Reichsstelle für Raumordnung“ in Berlin die für die gesamte Reichs- und Landesplanung zuständige Behörde.⁴² Sie entwickelte Modelle und Vorgaben mit dem Ziel, die „bestmögliche Verteilung von Menschen“ in einem bestimmten Gebiet zu erreichen oder prüfte unter dem Blickwinkel zentralstaatlicher Raumordnung die „zweckmäßigste Nutzung der Gegebenheiten einer Region“. Behörden wie die „Landesplanungsgemeinschaft Württemberg“ sollten in den ehemaligen Ländern bzw. NS-Gauen für die Ausführung der Maßnahmen sorgen - mit dem Ziel die „Unordnung der zeitgenössischen Raumstrukturen aufzuheben“. Spätestens seit September 1936 arbeiteten die Stadtverwaltung Aalen und die Landesplanungsgemeinschaft in Stuttgart eng zusammen. Bei seinem Besuch in der Kocherstadt im Spätsommer hatte sich Landesplaner Bohnert persönlich davon überzeugt, dass Aalen für seine „Ausdehnung dringend weiteren Platz benötigte“.⁴³ Wie Dr. Schübel den Ratsherren in öffentlicher Sitzung kurz darauf eröffnete, hatte man bei diesem Besuch bereits Pläne für eine Stadterweiterung erörtert. Als weiteres Ziel strebte die Planungsgemeinschaft nach Aussage des Rathauschefs eine Veränderung der Aalener Markungsgrenzen gegenüber Unterkochen und Wasseralfingen an, da diese „ja ganz unvernünftig verliefen“.

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus nachvollziehbar, dass am Fuß des Brauenbergs die Alarmglocken schrillten und der raumgreifende Ansatz der Kläranlagenpläne sowie die von Dr. Schübel immer wieder betonte „zukunftsweisende Zweckmäßigkeit“ des Projektes Nervosität und inhalten den Widerstand hervorriefen. Bürgermeister Kopfmann setzte auf eine Verzögerungstaktik, ließ die Pläne wiederholt und in verschiedenen Details prüfen und holte sich die bereits erwähnte Schützenhilfe in Stuttgart. Die Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Baumaterialien ab 1937 immer deutlicher zu spüren waren sowie der Arbeitskräftemangel im Baubereich taten ein übriges, dass bis zum August 1939 die Angelegenheit nicht vorankam.

Die Anschlussmöglichkeiten in Aalen, d.h. der Kanalabschnitt zwischen Nördlichem Stadtgraben und Finanzamt, mit dem man im Zuge der Verbreiterung der Bahnhofstraße bereits im August 1938 begonnen hatte, konnten dagegen bis zu diesem Zeitpunkt gerade noch fertig gestellt werden.⁴⁴ Ab 22. Juni 1939 stand dem Verkehr die Hauptstraße durch Aalen wieder zur Verfügung. Alle Hoffnungen, die Nachbargemeinde Wasseralfingen doch noch zu einer „zukunftsweisenden“ Gemeinschaftslösung bewegen zu können, mussten dagegen mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 auf unbestimmte Zeit verschoben werden.



Grabarbeiten für die neue Kanalisation der Strecke Nördlicher Stadtgraben-Bahnhofstraße, September 1938.



*Philipp Schiele,
Bürgermeister in
Unterrombach 1931-1938.*

Auf Expansionskurs

Von den kommunalpolitischen Zielsetzungen Dr. Schübels zeigten sich jedoch nicht alle Bürgermeisterkollegen beunruhigt. Insbesondere die Gemeinde Unterrombach teilte im Grundsatz seine Ansicht, dass es notwendig sei, im Hinblick auf die kommunalen Entwicklungsmöglichkeiten die Kleinteiligkeit des Aalener Raumes zu überwinden und neue, d.h. raumplanerisch zweckmäßigere Strukturen zu schaffen.

In diese Richtung zielte zunächst auch der Antrag von Bürgermeister Schiele, der Anfang Februar 1937 beim Oberamt einging. Die Bezirksbehörde sollte die Veränderung der Markungsgrenze zu Aalen genehmigen, damit Unterrombach einen Anschluss an die Remsbahn erhielt und „ein kleines Industriegebiet aufbauen könnte“.⁴⁵

Mehr als einen Heiterkeitsausbruch bewirkten die Pläne bei den Aalener Ratsherren indes nicht. Sie wussten, dass nach dem Konzept der Landesplanungsgesellschaft die Kocherstadt als eine Art neues Gravitationszentrum der Region „mit einer Entwicklungsmöglichkeit nach Westen“ vorgesehen war. Insofern ist ihre Reaktion weniger überheblich als selbstbewusst einzustufen.

Bemerkenswerterweise akzeptierte auch Bürgermeister Schiele die Entgegnung seines Amtskollegen sehr schnell.⁴⁶ Dr. Schübel wies in derselben Sitzung darauf hin, dass von den 520 Arbeitern, die in Unterrombach wohnten, allein 440 in Aalen beschäftigt seien und somit „die Gemeinde Unterrombach tatsächlich eine Wohngemeinde der Stadt Aalen ist“. Daher wäre es nur konsequent, wenn bei Kommunen in Abstimmung mit der Landesplanungsgemeinschaft so schnell wie möglich Verhandlungen über eine Eingemeindung Unterrombachs aufnehmen würden.

Diese erwiesen sich als nicht sonderlich schwierig. Bereits am 9. Juli 1937 sprach sich auch Bürgermeister Schiele unter der Voraussetzung für eine Eingemeindung aus, dass die ländliche Eigenart des Dorfes gewährleistet bliebe, die hier ansässigen Bauern eine Absatzmöglichkeit für ihre landwirtschaftlichen Produkte in Aalen erhielten, eine Geschäftsstelle im Rathaus eingerichtet und sämtliche Gemeindevorrichtungen mit den Bediensteten erhalten bleiben würden.

Reichsstatthalter Murr, der am 28. September 1937 die Auflösung der Gemeinde Unterrombach verfügte, zeigte sich allerdings von diesen Wünschen wenig beeindruckt. Die Markungen Forst, Rauental und Vogelsang wurden der Gemeinde Essingen zugeschlagen. Die Markung Hammerstadt fiel an Dewangen. Nur hier sah man in Stuttgart den ländlichen Charakter als erhaltenswert an. Der Protest der Bewohner von Hammerstadt gegen diese Regelung wurde abgewiesen.

Zum einen hieß es, Aalen würde diese Bereiche zu Siedlungszwecken

nicht benötigen. Zum anderen sollte der Bereich zwischen Oberrombach und Forst samt dem Schwalbenhof nur so lange bei Essingen verbleiben, bis im Zuge der geplanten Neueinteilung der Gemeindebezirke im Kreis Aalen eine endgültige Regelung gefunden war. Auch hier konnte die Gemeinde Dewangen mit weiterem Zuwachs rechnen.

Bei dem feierlichen Eingliederungsakt am 1. April 1938 begrüßte Oberbürgermeister Dr. Schübel die Einwohner der Restgemeinde als „voll- und gleichberechtigt“ und wünschte, „dass sie sich bald wohl und heimisch fühlten“. Die Freude war umso größer, da sich Aalen an diesem Tag auch in südlicher Richtung ausbreitete.

Der Gebietsteil „Untere Wiesen“ der ursprünglich zur Markung Unterkochen gehört hatte, zählte ab sofort zur Kocherstadt. Am 28. Juli 1938, erfolgte die Eingliederung der Unterkochener Gebietsteile Grauleshof und Himmlingen.⁴⁷ Damit war das Korsett der historischen Stadt- und Markungsgrenzen im wesentlichen beseitigt.

Der räumlichen Neugliederung im Weichbild von Aalen entsprach auf staatlicher Ebene die neue Landeseinteilung. Statt wie bisher 62 sollte es ab 1. Oktober 1938 nur noch 37 Kreise in Württemberg geben. Durch die Zusammenlegung mit den Kreisen Ellwangen und Neresheim rückte der neue Kreis Aalen nach dem Flächengehalt mit 107.906 ha an die erste Stelle.⁴⁸ Mit 66 Gemeinden belegte er ab sofort den sechsten bzw. mit 81.629 Einwohnern den zehnten Platz in Württemberg.

Dem Antrag von Bürgermeister Dr. Schübel, Aalen den Titel „Kreisstadt“ aufgrund der Tatsache zu verleihen, dass sie damit „wirtschaftlicher, geistiger, kultureller sowie staatlicher und politischer Mittelpunkt des Gebiets am Oberlauf von Kocher, Jagst und Härtsfeld geworden sei“, wurde jedoch bis zum Beginn des Krieges nicht mehr entsprochen.



Mit einer Fläche von nahezu 108.000 Hektar war der neugebildete Kreis Aalen der größte in Württemberg.



Projektiertes Alaufstiegs
der neuen Reichsautobahn
bei Kirchheim/Teck.

Vergebliche Bemühungen

Wie charakteristisch das raumorientierte Denken für die kommunalpolitischen Zielsetzungen der Aalener Stadtverwaltung war, dokumentieren nicht zuletzt die Bemühungen von Dr. Schübel, die verkehrsgünstige Lage der Kocherstadt besser zu nutzen. Als im September 1936 über die Trassenführung der Reichsautobahn von Heidelberg nach München diskutiert wurde, informierte man auch die ostwürttembergischen Gemeinden und Städte über die beiden Planvarianten. Wie bei der Konferenz in Welzheim deutlich wurde, sah die Variante 1 vor, die neue Autobahn über Ludwigsburg, Backnang, Gschwend und Adelmansfelden zu führen. Nach Variante 2 sollten lediglich Heilbronn, Hall und Crailsheim von der neuen Verkehrsader profitieren. Zusammen mit Backnang und Marbach wollte sich Dr. Schübel für die Planvariante 1 einsetzen, was aber erfolglos blieb.⁴⁹

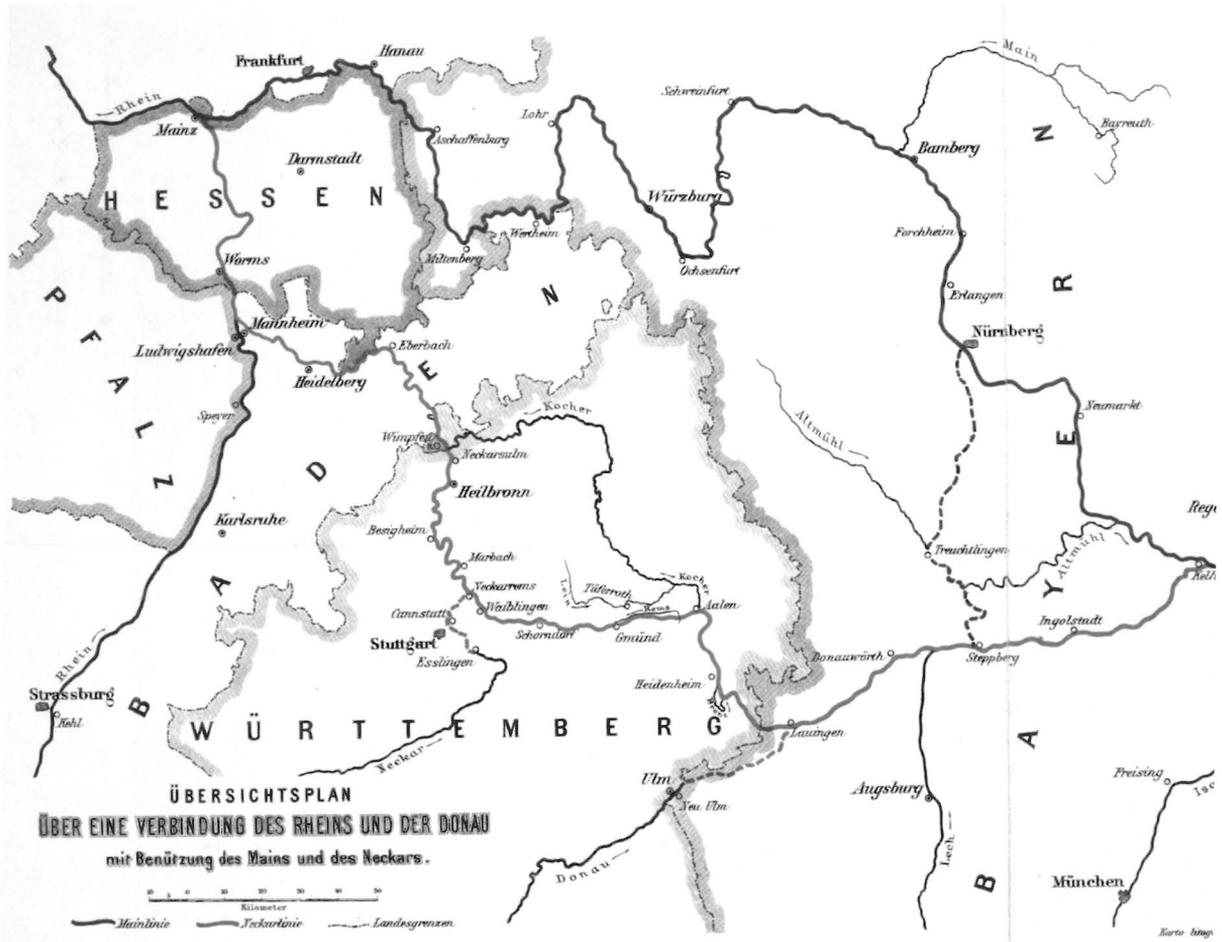
Ein weiteres Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt Aalen und der Landesplanungsgemeinschaft ist die Wiederbelebung eines Projekts, das bereits vor dem 1. Weltkrieg diskutiert wurde: die Verbindung von Rhein und Donau mit einem Kanal durch das Rems-, Kocher- und Brenztal. Auf Initiative Dr. Schübels gründete sich im Dezember 1936 eine Arbeitsgemeinschaft interessierter Anrainergemeinden, um das „Projekt konkreter zu planen und an maßgebender Stelle auf den Bau hin zu wirken.“ Bis zum Juli 1937 entwickelte Oberbaurat Groß in Stuttgart 2 Projektvarianten, die mit dem Landesplaner abgestimmt werden sollten. Für die Streckenführung zwischen Neckarrems, Aalen und Lauingen an der Donau wurden Kosten in Höhe von 320 Millionen RM veranschlagt. Immerhin sollten auf dem Kanal 1.200 Tonnen-Schiffe verkehren können. Nach der Variante 2 sollte die Wasserstraße über Geißlingen und Ulm führen, wobei ein Albbasistunnel von 26 km Länge angedacht war.

Nachdem sich der altehrwürdige „Südwestdeutsche Kanalverein“ für dieses Projekt aussprach, begann ein jahrelanges Tauziehen hinter den Kulissen.⁵⁰ Sowohl der Verein wie die Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Aalener Verwaltungschefs versuchten, durch Gutachten und die Pflege besonderer Beziehungen von den staatlichen Baubehörden bis zur Landesplanung und bis hin zum Gauleiter Boden für die eigene Variante gut zu machen. Noch im Juli 1939 ging man davon aus, durch planerische Verbesserungen die Linienführung eines Kocher-Brenz-Kanals wesentlich verkürzen und dadurch Kosten einsparen zu können. Wie die Kocherzeitung berichtete, galt es nun fast als sicher, dass die Rhein-Main-Donau-Verbindung bis zum Jahr 1945 fertiggestellt werden sollte. „Das ist eine Tatsache, mit der wir zu rechnen haben. Sie braucht uns aber nicht pessimistisch zu stimmen, weil die Rhein-Neckar-Donau-Verbindung nach Auffassung des Reichsverkehrsministers neben der Rhein-Main-Donau-Verbindung ihre

Vorderberechtigung besitzt. [...] Es ist auch nicht so, dass die Führung des Neckarkanals über Plochingen hinaus nach Ulm eine beschlossene Sache ist, wie es von interessierter Seite so gerne hingestellt wird.⁷⁵¹

Abgesehen davon, dass mit einer Entscheidung in absehbarer Kürze gar nicht zu rechnen war, machte bereits wenige Wochen später der Kriegsbeginn allen Spekulationen ein Ende. Die Chance, jemals die Vision der Hafenstadt Aalen umsetzen zu können, rückte damit nach einer weiteren Phase beharrlichen Bemühens endgültig in unerreichbare Ferne. Andere Projekte dagegen, deren Anfänge ebenfalls bis in die frühe Amtszeit von Oberbürgermeister Schwarz zurückreichten, waren zu diesem Zeitpunkt längst mit Erfolg weiterentwickelt worden.

Die Planung für eine „Großschiffahrtsstrasse“ zwischen Rhein und Donau mit einer „Hafenstadt Aalen“ nahm ab 1910 erstmals konkretere Züge an.



Ohne Werbung kein Aufstieg

Die „Wiederbelegungen“ im Bereich Tourismus, Kultur und Traditionspflege verfügten über das richtige Maß an Originalität, das notwendig war, um der Zielvorgabe Dr. Schübels zu entsprechen. Für den Rathauschef stand außer Frage, dass „eine Stadt nur dann eine Aufwärtsentwicklung nehmen kann, wenn sie draußen im Land bekannt ist oder wird. Dies ist nur durch Werbung zu erreichen“.⁵² Zum Vergleich: In seiner Funktion als Amtsvweser hatte Ortsgruppenleiter Karl Barth die seiner Ansicht nach völlig unnötige Mitgliedschaft Aalens im Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern e.V. gekündigt.

„Achtung – wir senden aus der Post in Aalen“



Für seine Sendung „Historische Gaststätten“ ist der Reichssender Stuttgart am 15. 4. 1937 zu Gast in Aalen. Vor der „Krone-Post“ erzählt Bürgermeister Dr. Schübel dem Reporter Carl Struve die Geschichte vom „Aalener Spion“. Nach der Aufnahme werden die Wachsplatten im Aufnahmewagen abgespielt. Über den Lautsprecher in der Autowand (oberes Bild, Mitte) ist die „Ursendung“ zu hören.

Untere Bilder von der Aufnahme des Reichsenders Stuttgart im Rathaus in Aalen.

Der Wiedereintritt im Juli 1935 belegt genauso wie die Gründung des städtischen Verkehrsamtes drei Monate später, dass der neue Rathauschef ganz anders dachte. Pragmatisch und zweckorientiert weckte er den Verschönerungsverein aus seinem langjährigen Winterschlaf und sorgte für die Wiederbelebung der Aalener Fastnachtstradition.

Bei der erneuerten Annäherung an Christian Friedrich Daniel Schubart griff er auf über dreißig Jahre alte Traditionen zurück. Nach den Bewertungskategorien der „neuen Zeit“ stand freilich mehr das „Heldische Moment“ seiner Gefangenschaft im Mittelpunkt des Interesses. In Kombination mit neuen Marketingideen und den modernen Medien der Zeit, Film und Fotografie, entstand ein attraktiver Mix, der Aalen voranbringen sollte.

Kulturstadt in schöner Landschaft

Noch im Sommer 1935 wurde ein großer Foto-Preiswettbewerb ausgeschrieben, um „Aalens Stadt- und Landschaftsbild unter neuen Gesichtspunkten“ zeigen zu können. Die ersten Probeabzüge des neuen und ausführlich illustrierten Werbeprospektes für die Stadt, der auf der Basis des eingereichten Materials konzipiert worden war, lag dem Verkehrsverein im Mai 1936 zur Ansicht vor. Außerdem war daran gedacht, einen touristischen Werbefilm drehen zu lassen. Der Name des Dichters und Komponisten Christian Friedrich Daniel Schubart sollte dafür sorgen, dass Aalen auch von den kulturell interessierten Kreisen im Land wahrgenommen wurde. Nach ersten Gesprächen mit dem Geschäftsführer des württembergischen Museumsverbands Dr. Schmid im Landesamt für Denkmalpflege sowie dem Gaukulturwart Dr. Schmückle Anfang Dezember 1935 stand der Wiedereöffnung des 1907 gegründeten und 1926 geschlossenen Heimat- und Schubartmuseums im Alten Rathaus nichts mehr im Wege. Allerdings war daran gedacht, nur noch die wichtigsten Stücke auszustellen, worüber der Konservator des Württembergischen Landesmuseums, Dr. Walzer, befinden sollte. Am 25. Juli 1936 wurden die neu hergerichteten Räume im Spionenrathaus feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Das „auserlesene Programm“ des Schubartabends, der aus Anlass der Eröffnung im Löwenkellersaal stattfand, sollte „in Dichtung, Musik und Vortrag die Gestalt unseres berühmten Schubart verherrlichen“. Hierfür sorgte vor allem die prominente Besetzung. Während Gaukulturwart Dr. Schmückle in seiner Festansprache die künstlerische Bedeutung des Dichters vor Augen führte, trugen die Sopranistin Irma Roster vom Staatstheater in Stuttgart sowie der aus dem Rundfunk bekannte Bariton Hans Hofele ausgewählte Schubartlieder vor.⁵³ Das Orchester der Ludwigsburger Schlosskonzerte unter Leitung von W. Krämer begleitete die Solisten. Außerdem rezitierte



Der Aalener Künstler Fritz Nuß gestaltete im Auftrag des Verkehrs- und Verschönerungsvereins den neuen zwölfseitigen Stadtprospekt, der 1936 erschien.



*Aller Anfang ist schwer:
Die Bevölkerung in der
Innenstadt beteiligte sich
im Juli 1937 nur zögernd
am ersten städtischen
Blumenschmuck-
wettbewerb.*

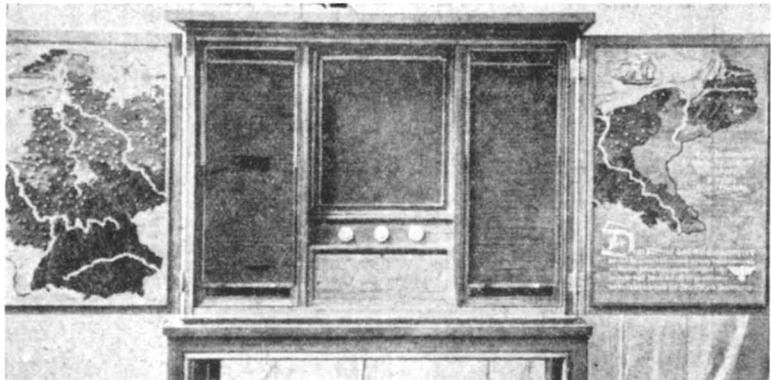
Walter Schwarz Gedichte. Der Evangelische Kirchchor Aalen sowie Musikdirektor Witte mit dem Streichorchester der Stadtkapelle trugen nicht nur zum ungewohnten Glanz des Abends bei, sondern unterstrichen gleichsam, dass Aalen ab Juli 1936 zur Recht den Beinamen „Schubart-Stadt“ führte.

Blumenschmuck und Kaffefahrt

Auf diesem Fundament ließ sich mit weiteren Aktionen gut aufbauen. Der Blumenschmuckwettbewerb, der erstmals 1937 durchgeführt wurde, forderte die Bewohner der Stadt auf, zur Verschönerung ihrer Häuser beizutragen und damit für eine größere Attraktivität Aalens zu sorgen. Ob der Reichssender Stuttgart über die „historische Gaststätte“ im Rathaus berichtete oder ob die lokale Mundart im sogenannten „deutschen Lautdenkmal“ in der Reichshauptstadt Berlin verewigt wurde „all dies stand genauso für die neue Art der Aalener Fremdenverkehrswerbung wie die Fahrt des Stuttgarter Kaffee-Sonderzugs am 4. November 1937 in die Kocherstadt.

In Zusammenarbeit mit der Reichsbahndirektion, die einen ähnlichen Tagesausflug wenige Wochen zuvor nach Metzingen unternommen hatte, sorgte die Aktion des Verkehrsamtes und des Verschönerungsvereins für einen bislang nicht gekannten Hochbetrieb. Wie die Kocherzeitung berichtete, „entströmten nach dem pünktlichen Eintreffen des Sonderzugs Massen den Wagen, die nicht mehr zu halten waren. [...] Ausschussmitglieder des Verkehrsvereins hatten die Führung der 18 Gruppen übernommen, die durch Täfelchen kenntlich gemacht waren. Auch die Bevölkerung hatte sich in großer Zahl schon zum Empfang am Bahnhof eingefunden. Unter den Klängen der Stadtmusik bewegte sich der unabsehbare Zug der über 1.200, die schon in bester Stimmung waren zum Stadtgarten.“

*Die „Deutsche Beamten-
schaft“ beschenkte
den „Führer Adolf Hitler“
an seinem 48. Geburtstag
mit einem „Lautdenkmal
reichsdeutscher
Mundarten“. Auf einer der
300 Schallplatten war auch
der Aalener Dialekt
festgehalten.*





Hier äußerten die Gäste aus der Großstadt viel Lob und Bewunderung über die neue Grünanlage. Für ihre reiterlichen Darbietungen erhielten die Soldaten der Wehrkreis-Remonte-Schule ebenfalls begeisterten Beifall. Über die neue „Fachwerkstraße“ ging es anschließend zurück auf den Marktplatz, wo das Heimat- und Schubartmuseum als nächstes „reklamefähiges Objekt“ auf die Besucher wartete. Erst nach Kaffee, Kuchen und Tanz im Spritzenhaussaal und der Bohlschulen-Turnhalle fuhren die Tagesgäste in den späten Abendstunden wieder nach Stuttgart zurück. Zusammenfassend stellte die Kocherzeitung fest, dass es gelungen war, „eine Bresche in die Mauer der Vorurteile und falschen Vorstellungen“ zu schlagen. „Denn man musste sehen, von Stuttgart ist es nicht weit nach Aalen, und dort, nämlich hier in Aalen, ist die Welt nicht gerade mit Brettern vernagelt. Die Kaffeetanten und Onkel werden wieder kommen und andere zum Kommen veranlassen; viele haben es uns noch als letztes zugerufen: Beim Aalener Fasching sehen wir uns wieder.“⁵⁴

Reichsstädtische Zunftgeschichte: Im Juli 1936 wurde das „Heimat- und Schubartmuseum“ im 1. Stock des alten Rathauses mit dem Spion wieder eröffnet.

Prinz Karneval regiert

Bereits im Februar 1936 lockte die „Wiederbelebung der Alt-Aalener Faschingstradition“ Massen von Menschen aus der engeren und weiteren Umgebung nach Aalen. Wie Bürgermeister Dr. Schübel in der Ratsherrensitzung am 4. 3. 1937 rückblickend feststellte, konnte es „den kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der Stadt Aalen nur förderlich sein, wenn dieses volksverbundene Brauchtum in Gestalt des Aalener Volksfasching“ auch in den nächsten Jahren weitergepflegt wurde. Bis zum Frühjahr 1939 sorgten Faschingsprinzen, Gardien, Bälle und Umzüge für ständig steigende Besucherzahlen.



Neben zahlreichen privaten Bällen, folgt der fastnächliche „Veranstaltungsreigen“ des Verkehrsvereins 1936 bis 1939 folgendem Schema: Der Eröffnungsredoute am Samstag im Spritzenhaussaal mit Thronbesteigung durch den Karnevalsprinzen folgt am Sonntag der Kinderumzug mit anschließendem Ball. Am Rosenmontag findet die Eröffnungsredoute statt. Den Höhepunkt bildet schließlich ist der große Festumzug am Faschingsdienstag. Linke Seite : (oben links) Seine Tollität Max I., Karnevalsprinzen 1938, (Mitte links) Prinz Adolar I. mit Zeremonienmeister Maxe und der Prinzengarde, 1939; (Mitte rechts), Motivwagen „Spielwarenfabrik Westhausen“ 1939. (Unten links) Rosenmontagsredoute im Spritzenhaus 1939. (unten rechts) „Narro-Jugend“ beim Kinderumzug 1938. Rechte Seite: (oben links) „Wagen der Bräute für den Bürgermeister“, 1936; (oben rechts) „Straßenbahn Groß Aalen“, 1938; (Mitte links) Für die Dekoration im Spritzenhaussaal sorgt der Aalener Künstler Wilo Rall; (Mitte rechts) „Verreisen mit dem Ätherwellenexpress“ 1938; (unten) Maskenprämierung 1937.





Buchstaben statt Bronze

*Anderweitig beschäftigt:
Für den Festzug der
auslandsdeutschen im
September 1937 in
Stuttgart fertigte der
Bildhauer und Assistent an
der Akademie der Bilden-
den Künste, Fritz Nuß, eine
„Riesenstatue Friedrich
Schillers“, die von sechs
Pferden gezogen wurde.
Weitere Beiträge aus seiner
Hand waren die Monu-
mentalfigur „Die Wissen-
schaft“ sowie die
Darstellung
„Das schwäbische
Volklied in aller Welt“
(Bild).*



Mit dem Ziel, die Touristenzahlen aus Stuttgart zu steigern, nahm im Sommer 1937 ein interessanter Gedanke konkretere Gestalt an. In der Landeshauptstadt sollte ein neues Schubart-Denkmal an den Dichter und damit auch an die Stadt erinnern, in der er aufgewachsen war. Offenbar hatte Stuttgart Interesse an dem Projekt bekundet, so dass die Aalener Ratsherren die Ausführungen Dr. Schübels dazu mit großer Freude zur Kenntnis nahmen.⁵⁵ Die Plastik sollte bei der sogenannten Bollwerksanlage in der Gartenstraße aufgestellt werden. Auf dem benachbarten Friedhof beim Spital war Schubart am 12. Oktober 1791 beerdigt worden.

Schnell bestand Einigkeit darüber, dass der Bildhauer Fritz Nuß und die Aalener Künstlerin Elsbeth Schönbohm-Keller Entwürfe einreichen sollten, bei denen man vor allem „das Wesen der Persönlichkeit in möglichst umfassenden Maße“ erkennen konnte. Offenbar kam die Bildhauerin dieser Vorstellung am nächsten. Wie die Kocherzeitung anerkennend vermerkte, stellte sie „Schubart als den kämpferischen Menschen“ dar, „den genialen, urwüchsigen und trotzigen, der sich auflehnt gegen alle Missbildungen seiner Zeit“. Der Entwurf zeige den Dichter in Lebensgröße und in Begleitung zweier Genien, der Musik und des „Schrifttums“.

Ob die vorgesehenen Dimensionen des Denkmals tatsächlich den Rahmen sprengten oder gar Geschmacksfragen den Ausschlag gaben, muss offen bleiben. Jedenfalls erschien der von der Stadt Stuttgart zur Verfügung gestellte Platz plötzlich zu klein und die Ratsherren plädierten dafür, das Bronzedenkmal in der Anlage am Bohlschulplatz zu errichten.⁵⁶ Dass Bürgermeister Dr. Schübel aber gleichzeitiger darauf bestand, für den Entwurf der Bildhauerin vor einer Auftragserteilung noch einmal eine Beurteilung von Prof. von Grävenitz in Stuttgart einzuholen, lässt aufforchen.

Bedauerlicherweise sind die Hintergründe auch hier nicht bekannt. Genauso erstaunlich ist aber, dass statt des erwarteten Gutachtens am 16. Sept. 1938 ein Schreiben des Bildhauers Walter Wolf aus Berlin-Grunewald beim Bürgermeisteramt einging. Dieser machte darauf aufmerksam, dass der Entwurf von Frau Schönbohm eine solch deutliche Ähnlichkeit mit dem geplanten Beethoven-Denkmal des Berliner Bildhauers Georg Kolbe für die Stadt Frankfurt aufwies, dass man von einem groben „Plagiat“ ausgehen müsse. Nach einem brieflichen Kontakt mit dem Berliner Künstler zeigte sich Frau Schönbohm-Keller bereit, den eigenen Entwurf zu verändern. Eine dritte Genie sollte Schubart zur Seite gestellt werden, das Denkmal also vier statt wie bisher drei Figuren aufweisen. So einfach ließen sich die Probleme aber doch nicht lösen. Wie Kolbe schrieb, wollte er zwar seiner Aalener Kollegin „eine bewusste Kopie seines Denkmal-Entwurfs“ nicht unterstellen, ein Plagiat bliebe es aber trotzdem. Nachdem die Künst-



Für das von der Stadtverwaltung in Stuttgart angeregte lebensgroße Schubartdenkmal legte die Aalener Künstlerin Elsbeth Schönbohm-Keller 1937 einen Entwurf vor. Er zeigte Ch.F.D. Schubart „als kämpferischen Menschen, geleitet von den Genien der Dichtung und der Musik“.

lerin ohne die Stadt zu verständigen, selbst eine vierte Figur „dem für gut empfundenen Entwurf hinzugefügt hatte“, sah wiederum der Rathauschef „das Vertrauensverhältnis gestört“.

Noch komplizierter wurde die Situation, als sich Mitte November 1938 Gaukulturwart Dr. Schmückle in die Angelegenheit einschaltete. Er teilte der Stadtverwaltung mit, dass die Bildhauerin, „ganz offensichtlich um ihren Auftrag kämpfen will“ und bei ihm vorgesprochen habe. Ohne das Kolbe-Denkmal im Detail zu kennen, habe er Frau Schönbohm auf die „peinliche Ähnlichkeit Schubarts mit Beethoven in Stellung und Haltung hingewiesen“. Zwar kenne auch er - so Schmückle weiter - den ergänzten Schubart-Entwurf nicht, jedoch wolle er der Stadt Aalen den Rat geben, sich äußerst zurückhaltend zu verhalten.

Das war ein Warnsignal, das Dr. Schübel sofort verstand. Gegenüber seinen Ratsherren argumentierte der Bürgermeister, dass ohne Befürworten des Gaukulturwarts schon gar nicht mit einer Zustimmung des Reichsstadthalters zu rechnen sei, der über die Errichtung von Denkmälern letztlich entschied: „Unter diesen Umständen wird es das beste sein, um die Sache aus der Welt zu schaffen, von der Errichtung eines neuen Schubart-Denkmal in Aalen Abstand zu nehmen“.

Statt Bronzeguss und Genien blieb es also bei der alten Büste, die seit 1932 vor der Bohlshule stand. Im März 1939 griff der Chefredakteur der Kocher-Zeitung, Dr. Alfred Edenhofer, zur Feder, um dem Dichter zu seinem 200. Geburtstag wenigstens ein „Schriftdenkmal“ zu errichten mit einem bemerkenswerten Zwischenton. „Wir wollen nicht nur sein Andenken, sondern auch sein Werk wieder aufleben lassen, denn was er auch litt und stritt, es war auf seine Weise für das ewige Deutschland. Das danken wir ihm heute.“⁵⁷ Ein Abgesang auf den „Werbeträger Schubart“ war dies zwar noch nicht, doch konnte auch der Laudator nicht ganz verhehlen, dass ein gewisses Gefälle zwischen dem Interesse am „Opfer der Fürstenwillkür“ und dem Bekanntheitsgrad seiner literarischen Hinterlassenschaft bestand.

Ein komplexes Verhältnis

Konnte nun der Aalener Bürgermeister schalten und walten wie er wollte oder hatte „wie der Fall des neuen Schubartdenkmals zeigt“ doch grundsätzlich die Partei das letzte Wort? Wie bereits festgestellt, waren die Ratsherren als örtliche Repräsentanten der NSDAP durchaus bereit gewesen, den Vorgaben des Verwaltungschefs als „allein verantwortlichem Führer auf Ortsebene“ zu folgen.

Fragen ergeben sich auch im Hinblick auf die Gestaltungsspielräume, die bei der Erledigung staatlicher Aufgaben sowie im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung sichtbar wurden. Sie scheinen eindeutig als das Ergebnis der in der Deutschen Gemeindeordnung etwas abstrakt umschriebenen „kommunalen Selbstverwaltung“. Das hieße, sie wären vornehmlich auf die Professionalität der Stadtverwaltung zurückzuführen. Aber war diese nicht wiederum an die Qualität des Personals gekoppelt, bei dessen Auswahl die DGO „dem politischen Beauftragten der NSDAP“ ein entscheidendes Mitspracherecht in die Hände gegeben hatte? Das Verhältnis von Partei und Verwaltung muss also näher beleuchtet werden, um hier klarer zu sehen und möglicherweise Ausdrucksformen des Nationalsozialismus in Aalen zu erkennen, die außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der NSDAP lagen. Folgt man den Ausführungen von Bürgermeister Dr. Schübel bei der Amtseinstellung der Ratsherren am 9. Sept. 1935, so scheint dies zunächst recht einfach zu sein.⁵⁸ Nach Ansicht des Rathauschefs war dieses Verhältnis „bestimmt durch den Grundsatz der Einheit von Partei und Staat“. Ebenso schien ihm selbstverständlich, dass „der Bürgermeister, in enger Fühlung mit den Parteidienststellen zu bleiben [hat], weil nur auf diese Weise eine fruchtbare Kommunalpolitik betrieben werden kann“. Aufhorchen lässt allerdings die Überleitung zu einem pauschalen Lob auf die Partei. Sie verkörpere so Dr. Schübel „das dynamische Element im Staats- und Gemeindeleben. Ohne diese Dynamik müsste die mehr auf Statik eingestellte Verwaltung allmählich in Erstarrung geraten.“ Nach allem bisher Bekannten war dies eine offensichtliche Verdrehung der Tatsachen. Wenn von einem „statischen Element“ in der Kocherstadt die Rede sein konnte und das schon in den 100 Tagen der Amtszeit des neuen Bürgermeisters, dann war das die NSDAP.

Der Verdacht, es mit einer Art Ablenkungsmanöver zu tun zu haben, ver-dichtet sich bereits mit dem nächsten Satz des neuen Verwaltungschefs. Bezeichnenderweise sah Dr. Schübel die Aufgabe eines verantwortlichen Leiters der Gemeinde darin, „Dynamik und Statik in das richtige Verhältnis“ zu bringen. Den hiermit zum Ausdruck gebrachten Führungsanspruch so gut wie möglich zu verpacken, schien gegenüber den Adressaten dieser Ansprache durchaus angebracht.

*Der neu gestaltete
Sitzungssaal im Aalener
Rathaus, 1937.*



Neben Kreisleiter Adolf Kling waren die 12 Männer, die ab sofort auf der Basis der DGO als ehrenamtliche Berater des Bürgermeisters tätig sein sollten, fast alle dem Zirkel der maßgeblichen Parteifunktionäre in der Stadt zuzurechnen. Zu ihnen zählten der Ortsgruppenleiter und Bezirksbauernführer Karl Barth, wie der rassenpolitische Kreisbeauftragte Wilhelm Grossmann oder der Kreisamtsverwalter des NS-Lehrerbundes und Leiter der Parkschule Alfred Haug. Der Gauschulungsbeauftragte der NSV, Ernst Mutschler, der gewesene NS-Hago-Leiter Wilhelm Ruck, der frühere Ortsgruppenleiter Rudolf Schleicher, Ortsbauernführer Ernst Wiedmann und Obersturmbannführer bzw. Kreispersonalamtsleiter Friedolin Schmid waren neben dem Architekten Hermann Käser, dem Kaufmann Reinhold Kiesel sowie dem Fabrikanten Dr. Hermann Stützel ebenfalls Mitglieder des Gremiums. Außerdem wurden am 17. Oktober 1935 Dr. Oskar Honold, Zahnarzt und Führer der Aalener SA sowie der Kreisamtsleiter der NSV in Aalen, Karl Frank als ehrenamtliche Beigeordnete mit der Bezeichnung Stadträte ernannt. Diesem massiven Aufgebot lokaler Parteiprominenz begegnete Dr. Schübel einerseits mit der notwendigen Behutsamkeit: „Sie sehen also, meine Ratsherren, dass ihre Stellung sehr bedeutsam ist. Wenn auch die letzte Entscheidung beim Bürgermeister liegt, so wird dieser doch nicht ohne zwingenden Grund eine Entscheidung fällen, der berechtigte Einwände der Ratsherren entgegenstehen.“ Andererseits ließ er aber auch keine Zweifel darüber aufkommen, wer letztlich in Gemeindeangelegenheiten das Sagen hatte: „Allerdings kann es Fälle geben, wo es notwendig ist, dass der Bürgermeister auch entgegen der Meinung der Ratsherren entscheiden muss.“ Am Ende setzte er mit einem ebenso bemerkenswerten Schwenk ins Verbindliche einen weiteren Akzent: „Der Nationalsozialismus ist der Boden, auf dem wir gemeinsam wetteifern wollen zum Wohle unserer schönen Stadt Aalen und damit zu Wohle unseres geliebten Deutschen Vaterlandes, dass unter unserem herrlichen Führer Adolf Hitler sich in einer machtvollen Entwicklung befindet.“

Hier wird erkennbar, dass der Aalener Bürgermeister im Hinblick auf die Ratsherren und somit auch auf die Partei mindestens von einem zweiseitigen, wenn nicht sogar von einem Verhältnis der Konkurrenz ausging. Erste Erfahrungen, wie sich zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zur Aalener NSDAP in der Praxis gestalteten, hatte Dr. Schübel bereits hinter sich.

Schlagabtausch mit der DAF

Von den Konsolidierungsmaßnahmen, die der neue Bürgermeister schon kurz nach seiner Amtseinsetzung einleitete, waren auch die Arbeiter in den städtischen Betrieben betroffen. Als Betriebsführer des Gaswerks und des



Dr. Oscar Honold, Zahnarzt und SA-Sturmbannführer, sowie Karl Frank, Friseur und Kreisamtsleiter der NSV, wurden am 20. 10. 1935 von Bürgermeister Dr. Schübel für die Dauer von sechs Jahren zu ehrenamtlichen Beigeordneten mit dem Titel „Stadtrat“ ernannt. Am selben Tag feierte die NSDAP-Ortsgruppe Aalen ihr 10jähriges Jubiläum im Sitzungssaal des Rathauses.



*Blick auf den Gaskessel
und die technischen
Betriebe der Stadt Aalen
am Fuß des Galgenbergs,
1935.*



Elektrizitätsbereichs hatte er entschieden, dass eine „künftige Bezahlung von Überstunden nicht mehr in Frage kommt“.⁵⁹ Darüber war der NS-Betriebszellenobmann Reutter so verärgert, dass er sich mit einem Brief bei DAF-Kreisverwalter Sauerborn beschwerte und behauptete, „es herrsche unter der Gefolgschaft der städtischen Betriebe große Erregung und Erbitterung“. Sauerborn wiederum meldete sich am Vormittag des 4. Juli 1935, telefonisch bei Dr. Schübel und verlangte umgehend Auskunft über den Fall. Wie der Bürgermeister am Abend in der Sitzung des Gemeinderats berichtete, geschah dies „in einem Ton, wie er sonst im allgemeinen nicht üblich ist“. Erst durch dieses Gespräch erfuhr der Rathauschef von einer angeblichen „Erbitterung“ in den städtischen Betrieben. Zu Recht zeigte er sich erstaunt, auf diesem Wege davon zu hören.

Erst nach „lebhafter Auseinandersetzung“ wollte der Kreiswalter wiederum zugeben, dass der Betriebsobmann den falschen Weg gegangen war. Dass Dr. Schübel aus dem verbalen Schlagabtausch als eindeutiger Sieger hervorging, zeigt nicht zuletzt die schriftliche Bestätigung, die er noch am selben Tag über den Eingang der Beschwerde von der DAF erhielt. Bei der Verlesung des Papiers während dem Betriebsappell, meldete sich nicht nur niemand, um seiner Enttäuschung vor versammelter Mannschaft Luft zu machen, auch die Arbeiter zeigten sich überrascht von dem Alleingang Reutters. Bloßgestellt musste schließlich auch dieser zugeben, dass sich tatsächlich niemand bei ihm beklagt hatte. In völliger Verkennung der Situation, bestritt er allerdings, jemals seine Parteiverbindungen gegen den neuen Verwaltungschef genutzt zu haben.

Diesem war der Schlagabtausch mit der DAF gar nicht so unrecht, bot er doch Gelegenheit, auch gegenüber den noch amtierenden NS-Gemeinderäten deutliche Worte zu gebrauchen und damit die eigene Position zu stärken. Der gesamte Vorfall sei eine „üble Machenschaft“ und lasse „eine

Methode, wie sie früher bei der KPD und SPD üblich gewesen sei“ erkennen. Es würde gerade den neuen Staat auszeichnen, so der Bürgermeister, dass man solche Verhältnisse nicht mehr dulden müsse. Er schlug daher vor, nach der dienstlichen Abmahnung Reutters, diesen als Betriebsobmann abzulösen. Damit hatte Dr. Schübel ein wichtiges Ziel erreicht: der „kurze Draht“ der DAF, der bislang an ihm vorbei und in die städtischen Betriebe geführt hatte, war unterbrochen. Entlassen wurde Reutter nicht, er blieb bis Dezember 1938 bei den Technischen Werken der Stadt Aalen, um schließlich im folgenden Jahr einen eigenen Transportbetrieb aufzubauen. Dass noch in derselben Sitzung der Aalener SA-Führer Dr. Honold sowie der Führer der SA-Standarte 247 Fridolin Schmid den Gasmacher Josef Schmid als Nachfolger Reutters vorschlugen, bestätigt die bereits angesprochene „besondere Situation“ zwischen Stadtverwaltung und den Parteigliederungen. Schmid war seinerseits „alter Kämpfer“ und kam aus den Reihen der SA, die jetzt ihren Kandidaten unterzubringen suchte. Ob dies gelang, ist aus dem Protokoll nicht zu ersehen. Doch unabhängig davon hatten die Vertreter der Parteigliederungen in der Stadt und im Kreis eines verstanden: der neue Bürgermeister ließ sich in dienstrechtlichen Angelegenheiten das Heft nicht aus der Hand nehmen. Wie sich schon bald herausstellte, war dies bei wichtigen personalpolitischen Entscheidungen genauso der Fall.

Vorrang der Qualifikation

Um die volle Funktionsfähigkeit der Verwaltung wieder herzustellen, hatte Dr. Schübel schon kurz nach seinem Dienstantritt mit einschneidenden Veränderungen im Personalbereich begonnen. Dabei fällt auf, dass die Einstellung neuer Mitarbeiter bis Oktober 1937 abgeschlossen war und die Frage der Parteizugehörigkeit bis zu diesem Zeitpunkt gegenüber Qualifikation, Einsetzbarkeit und nicht zuletzt persönlichen Verbindungen deutlich in den Hintergrund trat. Dies gilt im übrigen auch für Beförderungen und Umsetzungen der Beamten im Hause.⁶⁰

So übernahm Oberrechnungsrat Krauß im Juli 1935 den Geschäftsbereich von Ratsschreiber Wahl, der nach 40jähriger Dienstzeit in den Ruhestand ging. Seit dem Vorjahr in der NSV trat der neue Stelleninhaber erst zum 1.5.1937 in die NSDAP ein. Dies gilt auch für Obersekretär Rebmann, der im Juli 1935 aus Tuttlingen nach Aalen kam. Weit wichtiger als die zwei Jahre später beantragte Parteianwartschaft war, dass Dr. Schübel den Verwaltungsfachmann während seiner Lehrtätigkeit an der Höheren Verwaltungsschule in Stuttgart kennen gelernt hatte. Er warb ihn vom Oberamt Tuttlingen förmlich ab, um ihm ab Oktober 1935 die Stadtpflegergeschäfte zu übergeben.

Oberrechnungsrat Eugen Krauß, Jahrgang 1892, war bereits seit 1919 bei der Stadtverwaltung Aalen beschäftigt.





*Erwin Heinrichsen,
Jahrgang 1909.*

Wie bereits angesprochen, waren im Bereich der Finanzverwaltung erhebliche Defizite zu beheben. Ab 1. April 1936 wurden alle Kassen zur neuen Stadtkasse vereinigt und die gesamte Rechnungsführung bei der Stadtpflege zusammengefasst. Wie Dr. Schübel feststellte, war dadurch endlich auch in Aalen „ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Verwaltungsführung geschaffen“, das es „bereits seit Jahren in anderen Städten des Landes“ gab.⁶¹ Stadtpfleger Schönlin, der diese Entwicklung eindeutig versäumt und sich mit seiner Ablösung durch Rebmann „dienstunfähig“ gemeldet hatte, wurde am 1. Mai 1936 in den Ruhestand versetzt.

Der zweite „Verwaltungsschüler“ des Bürgermeisters trat im Oktober 1935 seine Stelle in Aalen an. Erwin Heinrichsen war Dr. Schübel im Kurs 1933/34 aufgefallen und danach noch für kurze Zeit beim Oberamt Ravensburg beschäftigt gewesen. Wie sein neuer Chef besaß auch er seit 1. März 1933 das Parteibuch. Dagegen erhielt der 2. Verwaltungspraktikant, Heinz Stiefel aus Aldingen, der ab Dezember 1935 seinen Dienst in der Stadtverwaltung Aalen aufnahm, erst zum 1. 11. 1938 den Status des NSDAP-Anwärters. Davor sind lediglich seine Mitgliedschaft in der NSV bzw. im Reichsluftschutzbund bekannt.

Der Fall Off

Durch die personellen Veränderungen im Bereich der Stadtpflege konnte sich auch Rechnungsprüfer Fauth wieder verstärkt um sein eigentliches Aufgabengebiet kümmern, woraus sich allerdings unangenehme Folgen für Stadtbaumeister Herrmann Off ergaben. Anfang September 1935 ordnete der Bürgermeister an, dass der bisherige Vorstand der Bauabteilung unverzüglich Stellung und Aufgaben mit dem bisherigen Bauinspektor Hägele zu tauschen hätte - was im Grunde einer Suspension gleichkam.

Die Revision hatte Eigenmächtigkeiten Offs sowie Unregelmäßigkeiten bei den Abrechnungen für städtische Dienstleistungen zu Tage gefördert. Auch die Lieferung von Baustoffen für private Zwecke auf Kosten der Stadtkasse war ein prekäres Thema. Als wenige Wochen später dem Rathaus über das Oberamt Aalen ein Erlass der Hochbauabteilung des Innenministeriums zuzuging, in dem festgestellt wurde, dass für die Handhabung von Baugesuchen ganz offensichtlich bei der Stadtverwaltung „nicht genügend sachverständige Kräfte vorhanden seien“ war das Maß voll.⁶²

Dr. Schübel sah sich veranlasst, den Empfehlungen aus Stuttgart zu folgen und die „straffe Zusammenfassung der Baupolizei in städtebaulicher, baukünstlerischer und technischer Hinsicht unter einem hierfür befähigten Bauverständigen, die dringend geboten erscheint, voranzutreiben“. Während die Suche nach einem neuen „tüchtigen Regierungsbaumeister“



*Karl Heinz Stiefel,
Jahrgang 1914.*

begann, ließ sich Off krank schreiben und erschien für die nächsten zwei Jahre nicht mehr im Rathaus. Nur nach massivem und langwierigem Protest – der Fall Schönlin wirkte noch nach – stimmte die Pensionskasse für Körperschaftsbeamte in Stuttgart im Mai 1937 der Entlassung des 50jährigen „wegen Dienstunfähigkeit“ zu. Auch wenn die Kreisleitung mithalf, die „goldene Brücke“ in den frühen Ruhestand zu bauen - von einem Verlust des Arbeitsplatzes aus politischen Gründen kann keine Rede sein.

Schlagendes Argument gesucht!

Bemerkenswerter noch als die bislang angeführten Fälle sind die Anstellung des Diplomingenieurs Heinz Groß als neuer Leiter der Technischen Betriebe sowie des neuen Stadtbaumeisters Walther Burkhardt.

Nachdem Betriebsleiter Rettig zum 15. Februar 1936 zu den Stadtwerken Düsseldorf gewechselt war, sollte die Stelle möglichst schnell wieder besetzt werden. Neben 19 weiteren Bewerbern hatte auch Max Schaupp, Dipl.-Ing. und Betriebsleiter bei den Technischen Werken in Stuttgart, seine Unterlagen eingereicht, wohlwollend begleitet von Empfehlungen der NS-Gauleitung und des Landesarbeitsamtes in Stuttgart. Dr. Schübel interessierte sich jedoch nicht für den Parteikandidaten, sondern favorisierte neben einem weiteren Elektrofachmann den auf die Gaswirtschaft spezialisierten Diplomingenieur Heinz Groß.

Der Rathauschef betrachtete es außerdem als reizvoll, den Sohn des langjährigen Leiters der Wasserversorgung in Württemberg, Oskar Groß, nach Aalen holen zu können. Wie aus einem internen Aktenvermerk vom 9. Jan. 1936 hervorgeht, sollte deshalb geprüft werden, „ob schlagende Argumente zu finden sind, die es gestatten, einen der beiden genannten Bewerber zum Zuge kommen zu lassen“. Damit war auch das Ziel klar formuliert: die Empfehlung der Gauleitung sollte umgangen und der eigene Kandidat durchgesetzt werden.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die Bemerkung des Bürgermeisters in der Beratung mit den Ratsherren am 6. Februar 1936 über die Stellenbesetzung richtig einordnen zu können. Neben seiner guten fachlichen Eignung und seinen glänzenden Zeugnissen betonte Dr. Schübel vor allem, dass Groß „unter sämtlichen Bewerbern der älteste Kämpfer der NSDAP sei“.⁶³ Genau das war das gesuchte, das „schlagende Argument“. Erwartungsgemäß nickten die Ratsherren die Entscheidung ab, ebenso wie es zuvor der Kreisleiter getan hatte. Groß war im September 1931 in die NSDAP eingetreten und im Oktober 1934 von der SA zum NSKK gewechselt.

Nachweislich sah sich zu diesem Zeitpunkt der staatlich geprüfte Baumeister Walther Burkhardt, dessen zunächst privatrechtliche Anstellung

*Dipl. Ing. Heinz Gross,
Jahrgang 1906.*



*Baumeister
Walther Burkhardt,
Jahrgang 1908.*



*Obersturmbannführer und
Kreispersonalamtsleiter
Fridolin Schmid*



Dr. Schübel den Ratsherren in derselben Sitzung bekannt gab, enger mit der Partei verbunden, als sein Kollege bei den Technischen Werken. Seit Oktober 1931 in der NSDAP, hatte er sich zudem aktiv als SA-Scharführer in Pforzheim betätigt. Dies ist insofern von Interesse, als die beiden anderen Mitbewerber, die auf der Rangliste von Dr. Schübel Position eins und zwei einnahmen, in ihren Bewerbungsschreiben jeweils die Gründe erläuterten, weshalb sie nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörten. Andererseits verfügte Walter Burkhardt über eine Empfehlung des Innenministeriums, die auf seine einwandfreie fachliche Qualifikation abhob. Die Behörde drängte im Zusammenhang mit der problematischen Amtsführung von Stadtbaumeister Off auf eine „neue Handhabung der Baupolizei“ in Aalen. Ob das schließlich ausschlaggebend für den Bürgermeister war, ist nicht zu belegen. Auffallen muss jedoch, dass er sich für Baumeister Burkhardt entschied und gegenüber den Ratsherren die Übereinstimmung bei der engeren Auswahl der Kandidaten mit dem Innenministerium betonte, obwohl er ihn selbst auf Position drei gesetzt hatte. Dieselbe Einigkeit nach außen bestand angeblich auch mit dem Kreisleiter, der ja wie im Fall Groß gemäß §6 DGO an den Personalentscheidungen beteiligt war. Wenn sich diese offensichtlichen Widersprüche wegen fehlender Quellen aus der Aalener Parteizentrale auch nicht mehr auflösen lassen, so ist doch die besondere Situation in der Sitzung am 6. Februar 1936 unübersehbar. Weder vorher noch später jemals wieder sah sich Dr. Schübel veranlasst, eine Personalentscheidung durch ähnliche Begründungen zu rechtfertigen. Die Ratsherren nahmen dies auffallend kühl zur Kenntnis und stimmten den Entschlüssen zu. Zumindest gilt das für die Anwesenden. Dass Ernst Mutschler als „Mann der ersten Stunde“ sowie Ortsgruppenleiter Barth schon seit Monaten den Beratungen fernblieben, ist als weiteres Indiz dafür zu werten, dass sich die Atmosphäre im Gremium verändert hatte. Wie aus einem Bericht der Kocherzeitung eine Woche später hervorgeht⁶⁴, gab es für all diese Ungereimtheiten eine plausible Erklärung: die neuen Wellen, die der Fall Fridolin Schmid schlug, sorgten nicht nur für erhebliche Erschütterungen in der Aalener NSDAP, ihre Ausläufer hatten mittlerweile auch das Rathaus erreicht.

Fridolin Schmid demontiert sich selbst

Weder die eidesstattliche Erklärung, die Schmid's Mutter im Mai 1934 auf Betreiben des Sohnes vor einem Notar in Schwäbisch Gmünd abgegeben hatte, noch das offizielle Gutachten der „Reichsstelle für Sippenforschung“, das seit September 1935 vorlag, erfüllten ihren Zweck. Die Gerüchte um die nichtarische Herkunft des Obersturmbannführers ließen

sich nicht abstellen. Vor allem der Betriebsleiter der Firma Wilbader, O.W. Gaupp, sorgte für zusätzlichen Auftrieb, da er noch eine persönliche Rechnung mit Schmid offen hatte.⁶⁵ Bis 1932 selbst NSDAP-Mitglied, war er mit dem Vorwurf, er wolle einer neuen „Bonzokratie“ keinen Vorschub leisten, aus der Partei ausgeschieden und in den Monaten nach der Machtergreifung als Abtrünniger von der SA zeitweise in „Schutzhaft“ genommen worden. Als zwei Jahre später die Expertise aus Berlin eintraf, die den Kreispersonalleiter und Aalener Ratsherrn „bis zum Beweis des Gegenteils als frei von jüdischem und farbigem Blutanteil“ erklärte, sah Gaupp die Chance zur Revanche.

In einem Privatgespräch äußerte er, persönlich den Eintrag des Winzinger Pfarrers im Kirchenbuch zur unehelichen Geburt des Obersturmbannführers mit dem Zusatz „Vater Israelit“ gesehen zu haben. Es dauerte nicht lange, bis Schmid davon Kenntnis erhielt. Am 1. Oktober 1935 reichte er bei der Staatsanwaltschaft in Ellwangen Klage „wegen übler Nachrede“ ein.

In der Hauptverhandlung am 13. Februar „also eine Woche nach den Auffälligkeiten in der Ratsherrensitzung“ beeidigte die Mutter Fridolin Schmid ihre notariell beglaubigte Versicherung, mit der Folge, dass O.W. Gaupp zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Wie die Kocherzeitung im Auftrag der Kreisleitung feststellte, sei durch das Urteil des Schöffengerichts nicht nur die „einwandfreie arische Herkunft“ des Klägers festgestellt, sondern „der jahrelangen Hetze gegen die NSDAP selbst endlich der Boden entzogen“. Dass „alte Kämpfer“ während der Verhandlung jedoch ausgesagt hatten, der Konflikt sei ausschließlich persönlicher Natur, wurde in dem Artikel nicht einmal erwähnt. Wie sich schon bald zeigen sollte, mit fatalen Folgen, denn Schmid stand aufgrund seines selbstherrlichen Auftretens auch bei anderen Aalener Parteigenossen in der Kritik. Diese sahen sich durch den Artikel zwangsläufig auf die Seite Gaupps gestellt oder als Gegner der Partei abqualifiziert. Zu welchen Verwerfungen dies führte, verdeutlicht nicht zuletzt die Anklage gegen den Ortsgruppenleiter und Ratsherren Karl Barth sowie drei weitere Pgs. vor dem Gaugericht der NSDAP in Stuttgart im Oktober 1936. Zuvor nahm jedoch der Fall Schmid einen unerwarteten Verlauf. Rechtsanwalt Dr. Arnulf Klett legte zunächst Berufung für seinen Mandanten ein. Auf der Grundlage des Straffreiheitsgesetzes vom 23. April 1936 wurden sowohl das Urteil wie auch alle weiteren Schritte gegen Gaupp nicht vollstreckt. Die Gefängnisstrafe war somit hinfällig. Von einer Beruhigung der Situation konnte aber dennoch keine Rede sein. Vielmehr eröffnete Dr. Klett in Stuttgart den Gegenzug und zeigte die Mutter Fridolin Schmid wegen Meineids an. Die Sensation war perfekt, als der Obersturmbannführer und Ratsherr am 5. Juni 1936 mit dem Verdacht auf Anstiftung zur Falschaussage verhaftet wurde.

In der Hauptverhandlung vor dem Gericht in Ellwangen am 20. Juli 1936



*Otto Wilhelm Gaupp,
Geschäftsführer der
Schockoladenfabrik
Wilbader, um 1950.*

Fridolin Schmid freigesprochen

Ellwangen, 21. Juli. Nach eingehender Verhandlung vor dem Schwurgericht Ellwangen wurde gestern abend 7^{1/2} Uhr das Urteil in dem Meineidsprozeß gegen Frau Maria Weber und ihren Sohn Fridolin Schmid gefällt. Frau Maria Weber wurde unter Zuhilfenahme eines Eidesnotstandes wegen Meineids zur Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Die 4^{1/2} Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

Der Mitangeklagte Fridolin Schmid wurde von der Anklage wegen Anstiftung zum Meineid freigesprochen.

Beide Angeklagten wurden auf freien Fuß gesetzt. (Bericht folgt.)

*Kurzmeldung der Kocher
und Nationalzeitung vom
21. 7. 1936.
Ein ausführlicher Bericht
folgte am nächsten Tag.*

war Maria Weber geständig. Sie gab zu, dass ihr verstorbener Mann nicht der leibliche Vater war. Allerdings wurden ihr ein Eidesnotstand zugebilligt und „Erinnerungstäuschungen nicht ausgeschlossen“. Im Fall des unehelichen Sohnes ging das Gericht davon aus, dass er seine Mutter nur deshalb zu einer eidlichen Aussage gedrängt habe, um ihre Aussagen zu bekräftigen „deren Richtigkeit er voraussetzte und um die gegen ihn in Umlauf gesetzten Gerüchte zum Verstummen zu bringen“. Fridolin Schmid wurde am 20. Juli 1936 freigesprochen - in der Nacht um 23.30 Uhr und unter Ausschluss der Öffentlichkeit.⁶⁶ Damit war zwar der Schein mühsam gewahrt, der Ruf des Obersturmbannführers und Ratsherrn jedoch unwiederbringlich ruiniert. Sein Kollege im Gremium, Karl Barth, und einige andere Parteigenossen pflichteten der Äußerung Dr. Kletts bei, er sei „Zeuge der größten Rechtsbeugung geworden, die er jemals erlebt habe“. Vier Tage nach dem Freispruch erklärte Barth, er würde nicht mehr an den Sitzungen im Rathaus teilnehmen, sollte Schmid jemals wieder im Ratssaal erscheinen.

Wie blank die Nerven mittlerweile auch bei der SA lagen, zeigt der erste öffentliche Wutausbruch von Sturmhauptführer Baur, der während der feierlichen Eröffnung des Schubartmuseums die Ehrengäste – immerhin Vertreter aus Regierung und Gauleitung – als „Spießergesellschaft“ beschimpfte. Außerdem stand für ihn außer Zweifel, dass „die Stadtverwaltung den SA-Geist bekämpfte“, seitdem Verwaltungspraktikant Heinz Stiefel die Gliederung aufgefordert hatte, einen städtischen Platz zu räumen. Nach 3-maliger mündlicher Aufforderung war der Räumungsbefehl schriftlich gestellt und ein Ziel von 18 Tagen gesetzt worden. Dass die Stadtverwaltung schließlich auch die Forderung des SA-Reitersturms zurückwies, eine neue Reitbahn im Stadtpark einzurichten, wollten die Parteisoldaten nicht verstehen. Noch lauter als im Sommer forderte Baur daher während des weih-

nachtlichen Kameradschaftsabends der Polizei „in den Gemeinderat gehört hineingeschossen“.⁶⁷ Zu diesem Zeitpunkt lief das bereits erwähnte Verfahren vor dem NS-Gauegericht in Stuttgart gegen Karl Barth, Notar Faistenauer, Albert Bieg und Anton Bühler schon fast ein Vierteljahr. Fünf Wochen nach dem Freispruch Schmid war der Brauereibesitzer von seiner Funktion als Ortsgruppenleiter zurückgetreten und Ratsherr Frank hatte am 1. September 1936 als provisorischer Leiter die Aalener Parteiabteilung neben seinen Funktionen als Beigeordneter und NSV-Kreiswarter übernommen.⁶⁸ Der Verursacher dieser erdrurtschartigen Vorgänge absolvierte seinen letzten Auftritt in der Öffentlichkeit am 24. Oktober 1936. Fotografien zeigen Fridolin Schmid während der feierlichen Eröffnung der Wehrkreis Fahr- und Reitschule. In seiner Uniform als Obersturmbannführer ist er vor dem Rednerpult zu sehen, von dem aus Kreisleiter Kling die gerade eingrückten Soldaten begrüßte. Zu diesem Zeitpunkt dürfte er schon den Entschluss gefasst haben, Aalen zu verlassen. Am 23. 11. 1936 gab Dr. Schübel bekannt, dass die Familie Schmid in Richtung Stuttgart verzogen und daher der Ratsherrenposten neu zu besetzen sei.⁶⁹ Parteigenosse Bullinger sollte am 4. Februar 1937 vereidigt werden. Wie Fridolin Schmid war auch Ernst Mutschler zum letzten Mal Anfang März im Aalener Rathausaal erschienen. Seine Aktivitäten während des Spätsommers 1936 eröffnen einen weiteren Blickwinkel auf das komplexe, von zunehmender Distanz gekennzeichnete Verhältnis zwischen Kommunalverwaltung und Partei. Da die Amtseinführung Bullingers zugleich die letzte offizielle Handlung des „politischen Beauftragten der NSDAP“ Adolf Kling war, nutzte Dr. Schübel die Gelegenheit für eine Generalabrechnung. Der langjährige Kreisleiter sollte sich ab sofort ausschließlich seinen Aufgaben als Gauamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt in Württemberg widmen.

Rückblick im Zorn

Gleich nach der Vereidigung Bullingers und dem vorbereitenden Hinweis, Kreisleiter Kling habe ihn nach Aalen gebracht und in die hiesigen Verhältnisse eingeführt, setzte der Rathauschef zu seiner Kritik an. Von 12 Ratsherren seien lediglich 9 in der Sitzung erschienen. Seit Frühjahr letzten Jahres hätten nicht nur die Herren Barth, Schleicher und Ernst Mutschler die Beratungen gemieden. Letzterem sei vielmehr auch eine „gröbliche Verletzung der Amtspflichten“ anzulasten, da „er hinterrücks die Verlegung der Zentrale des HJ-Banns von Aalen nach Heidenheim betrieb“.⁷⁰

Der beschwichtigende Zwischenruf Klings, er „würde diese „Irrungen und Wirrungen anders“ sehen und vermuten, dass sich Ratsherr Mutschler auf schriftliche Anregung des Bürgermeisters sicherlich ganz seinen Verpflich-



Seinen letzten öffentlichen Auftritt absolvierte Sturmbannführer Fridolin Schmid am 24. 10. 1936 im Rahmen der Remonteeinweihung.

HJ-Gebietsführer Sundermann.





*Zentraler Eröffnungsausschuss
der Schwäbischen Hitler-
jugendlager am
15.07.1936 im Feizeitlager
des Banns 123 auf Burg
Niederalfingen.
Der Reichssender Stuttgart
übertrug die Ansprache von
Gebietsführer Sundermann.*

tungen bei der NSV widmen wollte, zeigte keine Wirkung. Stattdessen verwies Dr. Schübel auf das Schreiben des NSV-Gauamts vom 4. 8. 1936, durch das ihm überhaupt erst klar geworden sei, dass – bezeichnenderweise während einer Reise des Kreisleiters – Verhandlungen zwischen Mutschler und der HJ liefen. Nur weil er alle Hebel in Bewegung gesetzt habe, sei der Gebietsbefehl für die Verlegung des Banns „zum Glück“ bis zur Rückkehr Klings noch nicht unterzeichnet gewesen.

Solche massiven Vorwürfe in öffentlicher Sitzung gegen den ältesten Funktionsträger der Partei in Aalen und die „Staatsjugend“ vorzubringen, musste Kling auch als Kritik an seiner Führung betrachten. Entsprechend deutlich fiel seine ungewohnt ironische Antwort aus: „Die Öffentlichkeit wird sich sicherlich darüber freuen, wenn wir uns streiten um Dinge, die in der Öffentlichkeit keine Bedeutung haben“. Neben dieser indirekten Rüge erdeutlichen die Unmutsäußerungen anderer Ratsherren, wie verfahren die Lage tatsächlich war. Stadtrat Dr. Honold klagte darüber, er würde zur Zeit „von den Jugendverbänden regelrecht geschnitten“. Das Verhältnis war also ähnlich gespannt wie zur SA. Ratsherr Käser verwies darauf, dass man den Neubau des Hauses der Jugend trotz großer Vorbehalte in der Bevölkerung mitgetragen hätte. „Wenn jetzt die HJ dagegen ist, dann ist das nichts anderes als Verrat“.

Damit war offensichtlich das richtige Stichwort gefallen, um Kling zumindest ein wenig aus der Reserve zu locken. „Die Öffentlichkeit wird zu uns halten, wenn wir einig sind“, erklärte er apodiktisch. Unter dieser Voraussetzung sei es „ein Leichtes, Renitente, die nicht Nationalsozialisten, sondern Egoisten sind, zum Schweigen zu bringen“. Verärgerung über die Verwerfungen der vergangenen Monate schwang in diesen Worten ebenso mit wie die Sorge um das zukünftige Erscheinungsbild der Partei in der Kocherstadt. Um das „Komplott Barth“ zu zerschlagen, hatte sich der „politische Beauftragte“ zeitweise mit dem Gedanken getragen, die Ortsgruppe kurzer Hand aufzulösen.⁷¹

Mittlerweile bot jedoch die neue Verordnung zum Tierhandel, die Reichslandwirtschaftsminister Darré am 25. Januar 1937 erlassen hatte und mit der , die systematische Ausgrenzungspolitik des NS-Staats gegenüber den jüdischen Bürgern eine weitere Stufe erreichte, der Aalener NSDAP eine zweckmäßigere Grundlage, um Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Gerade vor dem anstehenden Wechsel nach Stuttgart, musste dem scheidenden Kreisleiter an einem Ablenkungsmanöver gelegen sein, mit dem die offen zu Tage tretenden Risse im Parteigefüge kaschiert werden konnten.

Aber auch der Rathauschef benötigte eine Bestätigung für seine „politische Zuverlässigkeit“. Erst am 22. Januar 1937 hatte Dr. Schübel vor dem Kreisgericht der NSDAP eine Verleumdungsklage gegen sechs Parteigenossen

angestrengt, die sich nicht von der Behauptung abbringen ließen, er sei in Stuttgart vor seinem Eintritt in die Partei am 1. Mai 1933 sowohl Mitglied als auch Rechtsberater der SPD gewesen. Ob Klings Bemerkung über Renitenze und Egoisten auch auf diesen Fall gemünzt war, ist heute nicht mehr festzustellen. Es lag jedoch in der Natur der Sache, dass dieses bis Oktober 1937 laufende Verfahren, nicht ohne Auswirkung auf die kommunalpolitischen Entscheidungen des Rathauschefs wie auch auf sein Verhältnis zu den Repräsentanten der NSDAP bleiben konnte.

Ein Signal mit symbolischem Wert

Die Verordnung Darrés auszuführen, war Aufgabe der Außenstelle des Viehwirtschaftsverbandes Württemberg in Heidenheim. Ihr Geschäftsbereich deckte sich mit dem der Kreisbauernschaft Ost und unterstand der Leitung des Bezirksbauernführers Rösler. Ab 25. Januar 1937 galt für alle Betriebe, die mit Nutz, Schlacht- oder Zuchtvieh handelten, eine Genehmigungspflicht. Die Vergabe der neuen Gewerbescheine zählte ebenso zu den Aufgaben der Verbandsstelle, wie sie die angeordnete Trennung von Handel und Fleischerhandwerk voranzutreiben hatte. Dabei sollte sie insbesondere prüfen, ob die bisherigen Inhaber der Konzessionen überhaupt die „persönliche Eignung“ für ihre berufliche Tätigkeit besaßen. Wie die Kocherzeitung erläuterte, waren die „neu geordneten Verhältnisse“ ausschließlich mit solchen „einwandfreien Volksgenossen“ herzustellen, welche „die Aufgaben der Ernährungswirtschaft auch von sich aus mit allen Mitteln“ unterstützten.⁷²

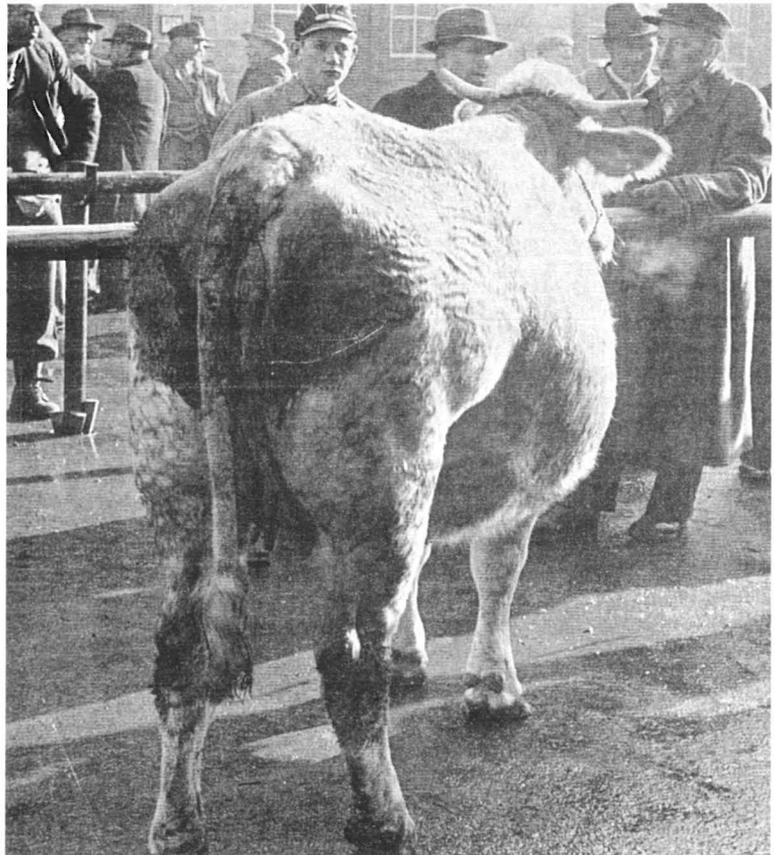
Worauf diese verschleierte Formulierung hinauslief, verdeutlichte die Schlagzeile: „Der Vieh Jude kommt nicht wieder“. Diese Formulierung der NS-Kreisleitung umschrieb nicht nur das angestrebte Ergebnis der anlaufenden „Berufsbereinigung“. Sie war zudem der Startschuss für eine landesweite Propagandaaktion, zu der vor allem die Kommunen ihren Beitrag zu leisten hatten. Sie sollten ein Zeichen setzen gegen die sogenannte „Verjudung der Viehmärkte“ und damit die administrative Schreibtischarbeit des Handelsverbandes öffentlichkeitswirksam unterstützen. Um die „Fälle“ abzuarbeiten, d.h. den jüdischen Händlern die Konzession zu entziehen und dadurch ihre Existenzgrundlage rücksichtslos zu vernichten, wurde Zeit benötigt. Außerdem handelte es sich dabei um einen abstrakten Vorgang, dessen einschneidende Ergebnisse Nichtbetroffenen gegenüber möglichst schnell sichtbar gemacht werden sollten. Durch den Ausschluss der jüdischen Viehhändler von ihren angestammten Märkten in Württemberg wurde ihnen schon Anfang März im wahrsten Sinne des Wortes der Boden für die Ausübung ihres Berufes entzogen.

*Walter Darré,
Reichsminister für
Ernährung und
Landwirtschaft und
Reichsbauernführer.*



Wie den Äußerungen der Aalener Ratsherren in der Sitzung vom 25. Februar 1937 zu entnehmen ist, hielt die Kreisleitung diese Vorgehensweise aber nicht nur deshalb für dringend geboten, weil die Gauleitung die Aktionen veranlasst hatte.⁷³ Wenn Pg. Grossmann, zugleich Kreiswalter für Rassenpolitik, in der Sitzung „einen besonderen Appell“ forderte, der sich an die einheimischen Bauern richten sollte, „dass sie nicht das Jungvieh von Ellwanger Juden kaufen, die den Aalener Viehmarkt beschicken“ und Ratsherr Ruck den Standpunkt vertrat, dass der „Großteil der Bauern und Landwirte noch nicht begriffen habe, wie schädlich es sei, „sich mit Juden in Geschäfte einzulassen“, meinten beide dasselbe. Die Menschen in Aalen und im ländlichen Umland zeigten noch immer kein NS-konformes Kaufverhalten und sollten im Sinne der Partei diszipliniert werden. Auch der Plan von Stadtrat Frank verfolgte dieses Ziel. In seiner Funktion als Kreiswalter der NSV wollte er veranlassen, dass „alle deutschen Geschäfte besonders gekennzeichnet werden, um das Landvolk auf das schändliche Treiben der Juden hinzuweisen“.

Mit ihren Forderungen bestätigten die Ratsherren, was Kreisleiter Kling nur angedeutet hatte: in Aalen wies die Beziehung zwischen NSDAP und Be-



Der Aalener Viehmarkt fand auf dem Spritzenhausplatz statt.

völkerung erhebliche Defizite auf. Den Ausschluss der Ellwanger und Oberdorfer Viehhändler zu betreiben, hieß daher nicht nur, eine weitere Maßnahme des NS-Staates zur Ausgrenzung seiner jüdischen Bürger umzusetzen, viel mehr wurde damit auch eine willkommene Gelegenheit genutzt, um Stärke zu demonstrieren und die Verwerfungen innerhalb der Partei einigermaßen zu überdecken.

Sicherlich gab es ähnliche Bestrebungen auch in anderen württembergischen Städten.⁷⁴ Die besondere Aalener Variante bestand jedoch darin, dass die Aktionsbereitschaft, welche die Parteigenossen nach außen demonstrieren wollten, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auflösungserscheinungen stand, von denen erst in der Ratsherrensitzung am 4. Februar 1937 die Rede gewesen war. Wie die Anfrage von Dr. Schübel beim württembergischen Gemeindetag belegt, wollte er zunächst ohne Anweisung der staatlichen Innenverwaltung oder zumindest ohne eine Orientierungshilfe des Kommunalverbandes die Forderungen der Partei nicht erfüllen. Sein Amtskollege Koelle im benachbarten Ellwangen - in Personalunion auch Kreisleiter für das dortige Oberamt -, hatte bereits 1934 Maßnahmen für den „Kalten Markt“ und die übrigen Tiermärkte in der Stadt veranlasst. In Schwäbisch Gmünd erfolgte der Ausschluss der jüdischen Viehhändler am 23. Februar 1937.⁷⁵ Wenn nun der Aalener Bürgermeister nur zwei Tage später den Ratsherren gegenüber feststellte, „das angeforderte Material des Gemeindetags“ liege immer noch nicht vor, und er deshalb ein „längeres Zuwarten nicht mehr für angängig“ hielt, lässt dies auf einen erheblichen Druck der Partei schließen, auch ohne Rechtsgrundlage aktiv zu werden. Darüberhinaus erscheint die weitere Vorgehensweise des Rathauschefs als sehr ungewohnt.⁷⁶ Mit der knappen Feststellung „die Juden sind unser Unglück“ forderte Dr. Schübel in der Sitzung vom 25. Februar 1937 „seine Ratsherren“ zu Vorschlägen auf, wie in dieser Angelegenheit verfahren werden sollte. Er überließ den Beratern das Feld und sorgte damit für eine völlige Umkehrung der gewohnten Verhältnisse.

Anders als sonst machte der Bürgermeister keinerlei Vorgaben. Ob seine Bemerkung sich an das NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ oder an den bis 1918 wohl populärsten deutschen Historiker Heinrich von Treitschke anlehnte, muss offen bleiben. Klar erkennbar ist jedoch, dass der Bürgermeister ein Zitat gebrauchte und im Gegensatz zu den Ratsherren im Unverbindlichen blieb, also tatsächlich nur ein Zitat gebrauchte.

Dem entsprach auch die letztlich getroffene Entschließung. Zum nächsten Aalener Viehmarkt sollten Schilder mit der Aufschrift „Juden sind uner-

Aalen, 8. März. (Marktbericht.) Dem Viehmarkt wurden 255 Stück zugeführt und zwar Ochsen 2 Stück, Farren 12 Stück, Rühe 93 Stück, Kalben und Jungvieh 136 Stück, Kälber 12 Stück. Verkauft wurden 149 Stück und zwar Ochsen 2 St. zu 592 bis 610 RM., Farren 8 Stück zu 280-470 RM., Rühe 54 Stück zu 285 bis 565 RM., Kalben und Jungvieh 78 Stück zu 130-580 RM., Kälber

7 Stück zu 60-115 RM., Fettvieh wurde zu den Richtpreisen verkauft.

Wagen mit Vieh gingen ab: Richtung Stuttgart 8 mit 44 Stück, Ulm 3 mit 4 Stück, Crailsheim 1 mit 5 Stück, Nördlingen 2 mit 10 Stück, zusammen 14 Wagen mit 63 Stück. Der Markt war gut befahren; der Handel war gut. Nächster Viehmarkt am 12. April 1937.

Aalen, 8. März. (Schweinemarkt.) Zufuhr 141 Stück Milchschweine und 4 Stück Läufer. Preise für 1 Paar Milchschweine 24-42 RM., für 1 Paar Läufer 72 RM. Verkauft wurden 107 Stück Milchschweine und 2 Stück Läufer. Handel lebhaft.

*Marktbericht
vom 8. 3. 1937.*

wünscht“ aufgestellt werden. Wie das Landratsamt Aalen 1938 auf Anfrage der Geheimen Staatspolizei Stuttgart in die Landeshauptstadt meldete, wurde damit von der Stadt Aalen im Gegensatz zu den größeren Nachbarkommunen ein „ausgesprochenes Verbot nicht erlassen“.⁷⁷

Zum Vergleich: In Bopfingen begründete das Bürgermeisteramt seine ebenfalls Ende Februar herausgegebene ortspolizeiliche Vorschrift mit dem Verweis auf §38 des Polizeistrafgesetzes. Das Erscheinen jüdischer Viehhändler, so wurde argumentiert, könnte große Teile der Bevölkerung „in Unruhe versetzen“ und somit „Streitigkeiten und eventuelle Tötlichkeiten“, auf jeden Falle eine Störung der öffentlichen Ruhe, wenn nicht sogar eine Bedrohung von „Leben, Sicherheit und Gesundheit von Menschen“ heraufbeschwören. Derartige Konstruktionen gab es in Aalen nicht. Hier entsprach der Bürgermeister scheinbar den Forderungen der Ratsherren und traf eine Entschließung im Sinne der NS-Ideologie, die von vornherein keine Rechtsverbindlichkeit haben sollte. Nur vor dem Hintergrund des bereits erwähnten NS-Kreisgerichtsverfahrens wird eine solche Vorgehensweise nachvollziehbar. Das Hauptziel Dr. Schübels bestand darin, keine weiteren Zweifel an seiner politischen Zuverlässigkeit aufkommen zu lassen. Um den schmalen Grat zu den „Renitenten und Egoisten“, die der Kreisleiter angesprochen hatte, nicht zu überschreiten, war ein Signal gefordert, das seine scheinbare Einigkeit mit der Partei dokumentierte.

Es gab aber noch einen weiteren Grund für den pragmatischen Verwaltungsjuristen und „Macher“, seinen ansonsten eher gebieterischen Habitus etwas zurückzunehmen. Und dies hatte mit den Punkten eins und vier der Tagesordnung vom 25. Februar 1937 zu tun, die bereits in seinem Sinn erledigt, d.h. ohne Widerspruch angenommen worden waren.

*Pharmazirat und
Gauschulungsbeauftragter
der NSV, Ernst Mutschler,
legte noch im Februar 1937
sein Amt als Ratsherr
nieder.*



Weitreichende Veränderungen

Die Vereidigungszeremonie für den Kreisbeauftragten der DAF, Pg. Sannwald, am Anfang der Sitzung hatte den schon seit Monaten schwelenden Konflikt zwischen Dr. Schübel und dem Ratsherrn Ernst Mutschler offiziell beendet.⁷⁸ Wie der Bürgermeister dem Gremium mitteilte, war das von Kreisleiter Kling empfohlene Verfahren angewandt worden. Auf seine schriftliche Empfehlung hin hatte der „alte Kämpfer“ sein Amt mit der Begründung, es mangle ihm an Zeit, zur Verfügung gestellt.

Dass der Rathauschef diesen Triumph durchaus auskostete, belegen zwei Bemerkungen, die vor allem die älteren Ratsmitglieder kaum missverstehen konnten. So wünschte er sich für den abwesenden Ernst Mutschler, dass dieser in Zukunft auch ohne seine Funktion „jederzeit rückhaltlos für die Interessen der Stadt eintrete“. Sein Amtsnachfolger bekam zu hören, er

solle sich in seiner neuen Funktion nicht als ein „Gegner der Stadt“ erweisen. Der junge Bürgermeister hatte sich gegen den „alten Kämpfer“ Ernst Mutschler durchgesetzt - diese Botschaft dem Gremium vor Augen zu führen, war vor allem im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt 4 sehr wichtig.⁷⁹

Wie Dr. Schübel den Ratsherren mitteilte, hatte der Reichsführer SS und Chef der Polizei Heinrich Himmler für 1. April 1937 überraschend die „Entstaatlichung der Polizeiamter Aalen, Ravensburg und Geislingen“ angeordnet. Die Kocherstadt sollte zwanzig Planstellen und die Bezahlung des lokalen Polizeichefs übernehmen. Damit rollte eine Kostenwelle auf Aalen zu, für die noch keine Deckungsmittel im Haushalt vorgesehen waren. Hatte die Stadtverwaltung bislang einen Zuschuss in Höhe von 40.600 RM an das Land für das Polizeiamt bezahlt, so rechnete der Rathauschef mit einer drastischen Erhöhung der Kosten um einen Betrag von mindestens 60%. Um den erwarteten Aufwand in Grenzen zu halten, sollte das vom Staat gemietete Gebäude Schubartstraße 8 nicht übernommen werden. Stattdessen lief bereits die Planung, um die Kanzleiräume mit überschaubarem Aufwand im Erdgeschoss des Rathauses unterzubringen (Bereich des heutigen Cafe Podium).

Eine deutliche Einsparung von Personalkosten wurde dadurch angestrebt, dass die neuen Aufgaben - zu diesen zählten Kriminal- und Schutzpolizei, genauso wie das Einwohnermelde- oder Ordnungswesen - zukünftig mit dem übernommenen Mitarbeiterstab und einem Verwaltungsleiter erledigt wurden, der dem Bürgermeister unterstellt war. Damit wurde der Bürgermeister auch Chef der Polizei. Es ist fraglich, ob die Ratsherren, bereits zu diesem Zeitpunkt die Folgen in ihrer letzten Konsequenz erfassten. Die von Dr. Schübel geplante Stelleneinsparung sah vor, den bisherigen Amtsvorstand und Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, Polizeirat Dirie, überflüssig zu machen. Dies hieß, die Übernahme der Polizeigewalt durch die Stadtverwaltung hatte nicht nur finanzielle und organisatorische, sondern auch erhebliche politische Auswirkungen.

Bereits eine Woche vor der Sitzung hatte Dr. Schübel über das Landratsamt Informationen vom Polizeichef zum Stellenplan und zur Organisationsstruktur seiner Behörde angefordert. Erst nach scharfer Mahnung lag die Zusammenstellung am 6. März 1937 vor. Das Drängen des Verwaltungschefs wie die zögerliche Haltung Diries, sind deutliche Hinweise darauf, dass es hier um mehr ging, als nur den Erlass der Behörde Himmlers auszuführen. Nach dem Ausscheiden Ernst Mutschlers drohte die NSDAP einen weiteren „alten Kämpfer“ zu verlieren, der zudem noch als Aalener Polizeichef eine Schlüsselposition inne hatte. Aus der Perspektive des Bürgermeisters sollte nichts unternommen werden, um ihn zu halten - ganz im Gegenteil. Neben den persönlichen Problemen des Bürgermeisters mit sei-

Polizeirat Dirie (dunkle Uniform), neben Kreis- und NSV-Gauamtsleiter Adolf Kling, 1936.



nen Parteigenossen gab es einen weiteren Grund, den Ratsherren gegenüber in der Frage der Viehhändler Entgegenkommen zu zeigen.

Ein schwachvoller Abgang

Entsprechend frostig war die Atmosphäre während der kleinen Übernahmefeier der Polizei durch die Stadt Aalen am 1. April 1937.⁸⁰ Auf Anweisung des Innenministeriums nahm Landrat Knapp an der Sondersitzung im Ratsaal teil. Auch Polizeirat Dirie, der nicht geladen war, erschien. Dr. Schübel sprach vor allem über das Thema Pflichterfüllung, „auf das er bekanntlich großen Wert lege“. Außerdem versicherte er, dass auch als Bestandteil der Stadtverwaltung „die Polizei Freund und Helfer der Volksgenossen“ sein werde. Vergeblich wartete Polizeirat Dirie auf ein Wort der Anerkennung oder des Dankes.

In der Sitzung am 23. März hatte sich insbesondere der Repräsentanten der Wirtschaft im Gremium, Ratsherr Dr. Stützel bestürzt gezeigt, über die tatsächlich eingetretene Verdoppelung der Kosten. Auch die übrigen Ratsherren forderten die schnelle Einleitung von Schritten zur Senkung des Aufwands, was ja „eigentlich Sinn der Entstaatlichung gewesen sei“. Insofern konnte die pragmatische Lösung des Problems nicht überraschen, die der Rathauschef gegen Ende seiner Ausführungen bekannt gab. „Die Oberleitung der Polizei liegt ab heute in meinen Händen. Mein Beauftragter zur Wahrnehmung der von der Stadt zu erledigenden polizeilichen Angele-



Das Gebäude Schubartstraße 8 (heute Parkplatz) war bis 1936 Sitz des Staatlichen Polizeiamts Aalen.

genheiten ist Rechnungsrat Rebmann". Wie Polizeirat Dirie 4 Tage später in seinem Schreiben an Gauleiter Wilhelm Murr in Stuttgart mitteilte, fühlte er sich nicht nur vom Verlauf der Feier, sondern insbesondere durch die Tatsache „zutiefst beleidigt“, dass ein junger Verwaltungsmann ab sofort seinen bisherigen Geschäftsbereich übernahm.⁸¹ „Es dürfte wohl einzig dastehen, dass ein Amt an eine andere Körperschaft feierlich übergeben wurde, bei der der Vorstand des zu übergebenden Amtes von Teilnahme an der Feier wie ein Verbrecher ausgeschlossen worden ist. Da der Herr Landrat während der Feier das Wort nicht ergriffen hat, war Bürgermeister Dr. Schübel Übergebender und Übernehmender in einer Person. In seiner Ansprache hat er mich mit keiner Silbe erwähnt, indirekt mich aber fortgesetzt gekränkt und beleidigt. Am Schluss seine Ansprache ließ er den 26 Jahre alten Rechnungsrat Rebmann vortreten und machte ihn den Beamten als seinen Beauftragten bekannt, der von heute ab außer ihm allein berechtigt sei, Befehle an die Polizei zu erteilen. Auf brutalere Weise konnte man keinen Menschen seine Amtes entkleiden, als dies Bürgermeister Dr. Schübel mir gegenüber getan hat.“

Dass die Probleme, die beide Amtsinhaber miteinander hatten nicht nur persönlicher Art, sondern auch grundsätzlicher Natur waren, wollte Dirie „seinem Gauleiter“ ebenfalls nicht vorenthalten. „Als alter Parteigenosse und Träger des Ehrenzeichens kann ich mir dies in dem nationalsozialistischen Staate, für den ich seit 1922 kämpfte und stets mein Leben und das Wohl meine Familie einsetzte, nicht gefallen lassen, und dies dazu noch von einem Bürgermeister, der erst nach der Machtergreifung den Weg in unsere Reihen gefunden hat, zu einer Zeit, als bei den Nationalsozialisten nichts mehr zu verlieren, aber viel zu gewinnen war.[...] Durch die mir von Bürgermeister Dr. Schübel angetane Schmach wurde nicht nur ich für meine Person betroffen, sondern auch die übrigen alten Kämpfer in Aalen und die gesamte Partei. Aber nicht nur die Parteigenossen sind empört, sondern fast die ganze hiesige Bevölkerung. Ich kann mich nicht auf der Straße sehen lassen, ohne fortgesetzte Fragen aus der Bevölkerung ausgesetzt zu sein, ob denn die Partei gar nichts mehr zu sagen hätte, oder weshalb hier nicht von höherer Parteistelle aus eingegriffen wird.“

Wenn auch die Gegendarstellung des Rathauschefs dazu führte, dass Dirie seine Beschwerde zurücknahm, so ist doch seine Klage gleich in mehrfacher Hinsicht bezeichnend. Sie dokumentiert die Gefühlslage vieler Parteigenossen in Aalen gegenüber dem „Märzgefallenen“ Dr. Schübel. Zugleich ist sie eine weitere Bestätigung für das zunehmende Auseinanderdriften von Stadtverwaltung und NSDAP in Aalen.

Dirie trat am 4. Juni 1937 seine Stelle als Polizeichef in Geislingen an und war hier nach der Zusammenlegung mit dem Kreis Göppingen ab 1938 der 1. Hoheitsträger der Partei.⁸²



Seit Juni 1936 war der Reichsführer SS Heinrich Himmler auch Chef der Deutschen Polizei.

Prompte Retourkutsche

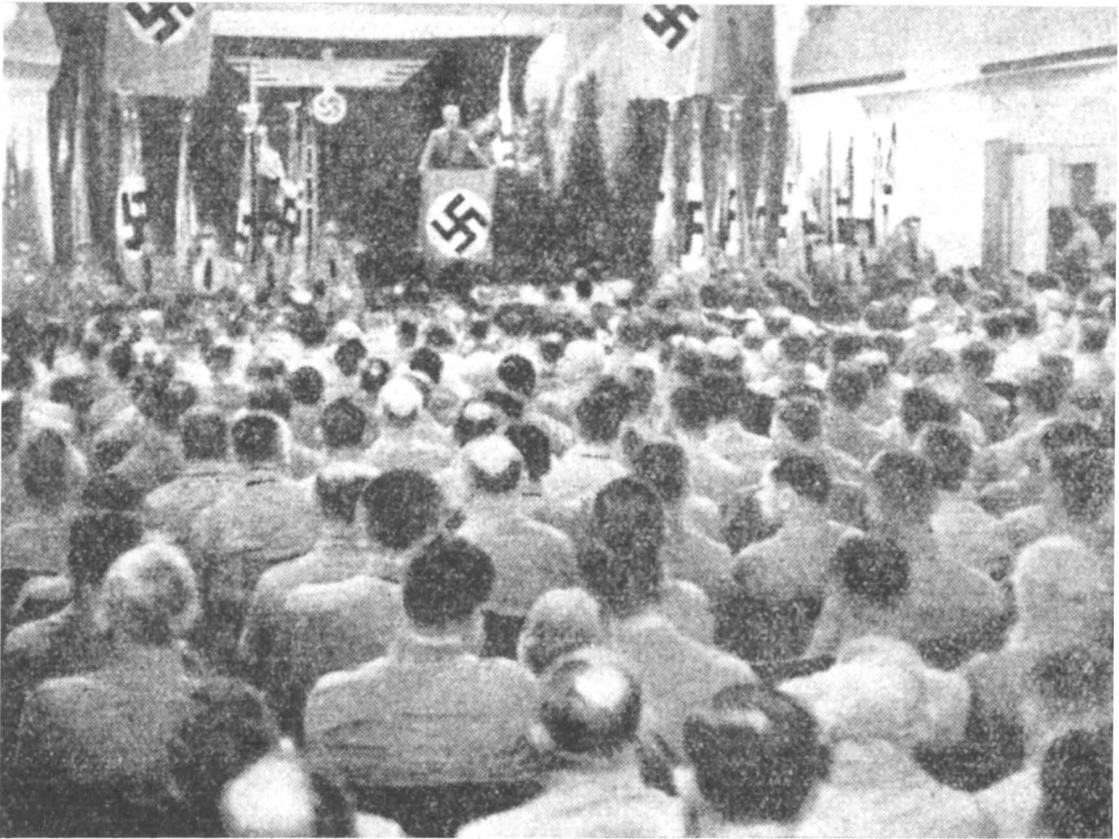
Die zur Einsparung weiterer Personalkosten getroffenen Entscheidungen zur Neuorganisation der Stadtverwaltung, traten am 1. Juni 1937 in Kraft. Dr. Schübel versetzte seinen engsten Mitarbeiter wieder in den Kämmerereibereich. Ab sofort sollte Oskar Rebmann als Amtsvorstand der Stadtpflege tätig sein und die Leitung der Polizei seinem Kollegen Carl Simon überlassen.⁸³

Als Leiter des Wohlfahrtsamtes war Rechnungsrat Simon bisher für die Bereiche Fürsorge, die Kranken- und Altersheimverwaltung sowie die Arbeiter- und Angestelltenversicherung zuständig gewesen. 1888 geboren, trat er 1912 in die Stadtverwaltung ein. Während des 1. Weltkriegs war er zusammen mit dem Ingenieur und späteren Kreisleiter Adolf Kling in Frankreich eingesetzt. Dieser hatte auch dafür gesorgt, dass Simon am 1. Mai 1933 in die NSDAP eintrat.

Während die übrigen Umsetzungen von den Ratsherren anstandslos zur Kenntnis genommen wurden, erhob der Kreispersonalleiter und Ratsherr Bullinger jedoch Einwände gegen die Neubesetzung der Polizeileitung. Simon sei „wegen politischer Bedenken, besonders wegen der ihm in diesem Amt zukommenden Strafgewalt“ nicht tragbar. So erstaunlich die Kritik am designierten Polizeileiter vor dem Hintergrund seiner alten Verbindungen zum NSV-Gauamtschef Kling erscheinen mag, angesichts der Personalie Dirie wird sie nachvollziehbar.

Ob Bullinger mit seinem Widerspruch tatsächlich den Kandidaten selbst meinte oder eine „Retourkutsche“ gegen Dr. Schübel fuhr, ist heute allerdings nicht mehr festzustellen. Immerhin gab es zwischen dem Stadtoberhaupt und Simon gewisse Parallelen, was die Zugehörigkeit zur Partei betraf. Die Versetzung der Rechnungsrats zur Stadtpolizei ist aber auch deshalb von Interesse, weil die Reaktion von Dr. Schübel den Eindruck bestätigt, dass der Graben zwischen den Ratsherren und dem Verwaltungschef zunehmend breiter wurde.

Der Bürgermeister wies laut Sitzungsprotokoll ausdrücklich darauf hin, dass „nach der Gemeindeordnung für ihn keinerlei Verpflichtung [bestand], beamtenrechtliche Fragen mit den Ratsherren zu diskutieren“. Damit war die Grenze erst einmal im Innenverhältnis klar und deutlich abgesteckt. Es gab aber auch eine Botschaft mit Außenwirkung, wenn Dr. Schübel abschließend die abgekanzelten Parteifunktionäre „um Vertrauen [bat], dass er als Bürgermeister gerade in Fragen der Beamtenorganisation allein das fachmännische Urteil abgeben könne“. Dies war eine kaum getarnte Spitze gegen den neuen Leiter des eben erst geschaffenen Parteigroßkreises Aalen. Seit 23. Mai 1937 unterstanden dem Ellwanger Kreisleiter Koelle die NSDAP-Bezirke Aalen, Ellwangen und Neresheim. An seiner Befugnis,



Im Rahmen einer feierlichen Kundgebung wurde die „Schaffung des Großkreises Aalen“ auf Parteiebene am 21. 5. 1937 im Löwenkellersaal verkündet. Zugleich war dies die Abschiedsfeier für Kreisleiter Adolf Kling. Den um Ellwangen und Neresheim vergrößerten NSDAP-Bezirk übernahm der Ellwanger Bürgermeister und Kreisleiter Koelle.

als politischer Beauftragter der NSDAP insbesondere in Personalfragen der Kommunen mitzuentcheiden, hatte sich im Prinzip nichts geändert. Die Kompetenz hierzu, sprach ihm der Aalener Rathauschef jedoch mit seiner Bemerkung rundweg ab.

Insofern markiert die Bekanntgabe der neuen Verwaltungsstruktur am 10. Juni 1937 auch den Beginn einer weiteren Etappe des immer komplexer werdenden Verhältnisses zwischen der Stadtverwaltung und der NSDAP. Mit seinen „Wünschen“, das „1000-jährige Reich“ auch in Aalen baulich zu verewigen, sollte Kreisleiter Koelle bald weiteres Öl ins Feuer gießen.

Auf die lange Bank geschoben

Es dauerte nur 5 Wochen, bis die Stadtverwaltung mit der ersten Forderung in dieser Richtung konfrontiert wurde. Wie der Bürgermeister im nichtöffentlichen Teil der Ratsherrensitzung am 29. Juli 1937 mitteilte, hatte der neue NSDAP-Chef aus Ellwangen deutlich sein Missfallen über das „Braune Haus“ am „Adolf-Hitler-Platz“ geäußert. Das ehemalige Hotel Harmonie sei der Partei unwürdig, hätte Koelle ihm gesagt und damit gleich die Forderung nach einem Neubau verbunden. Die Drohung, „wenn Aalen weiterhin Sitz der Kreisleitung bleiben wolle, müsse die Stadt schließlich auch etwas für die Partei tun“, sollte den Worten den offenbar notwendigen Nachdruck verleihen.⁸⁴

100 Zimmer für die Partei

Die Ratsherren waren konsterniert. „Die Zeiten sind noch gar nicht so fern, wo die NSDAP den Bau von Palästen für die Versicherungen verurteilt“ hat, bemerkte Ratsherr Ruck und entsprach damit dem Tenor der übrigen Äußerungen. Tatsächlich war kaum ein Jahr vergangen, dass man auf Wunsch von Kreisleiter Adolf Kling, das Zollamt verlegt und stattdessen „sämtliche Gliederungen der NSDAP einschließlich der deutschen Arbeitsfront“ im ehemaligen Hotel „Zur Harmonie“ zusammengefasst hatte. Der Mietvertrag, der für dieses „Braune Haus“ am 25. März 1936 von Gauschatzmeister Vogt in Stuttgart unterzeichnet worden war, sollte zwei Jahre gelten. Die NSDAP zahlte eine Jahresmiete von 3.600 RM, da Dr. Schübel – auf die Konsolidierung des Haushalts bedacht – nicht mehr bereit war, städtische Räume unentgeltlich den Parteigliederungen zur Verfügung zu stellen. Die-

Feier zum 1. Mai-1936 auf dem Adolf-Hitler-Platz. Rechts (mit Hakenkreuzfahne) das „Braune Haus“ der NS-Kreisleitung. Das Raumangebot des ehemaligen Hotels „Zur Harmonie“ entsprach nicht den Vorstellungen des neuen Kreisleiters Koelle.





Ansicht der neuen „Gemeinschaftsbauten der NSDAP“ am Adolf-Hitler-Platz, Entwurf der TH Stuttgart 1942.

se mit einigen Mühen getroffenen Regelungen sollten nunmehr mit einem Schlag hinfällig sein? Um die Spielräume der Stadt auszuloten, schlug Dr. Schübel verschiedene Vorgehensweisen vor. Wenn er auch persönliche Bedenken gegen den Neubau hegte, so fühle er sich doch durch die Drohung, den Kreissitz an Ellwangen zu verlieren, als Bürgermeister angesprochen, teilte er den Ratsherren mit. Ähnlich wie im Fall des Bannsitzen der HJ, konnte der Verwaltungschef schlechterdings dem Abzug nicht einfach zusehen. Er empfahl daher, weitere Gespräche zu führen. Die Ratsherren zeigten sich einverstanden, dem Kreisleiter zunächst die Möglichkeiten aufzuzeigen, die ein Verkauf der „Harmonie“ bzw. ein Neubau mit Zuschüssen aus den Altkreisen Ellwangen und Neresheim mit sich bringen würden. Viel Erfolg hatte dies allerdings nicht. Wie Dr. Schübel am 12. August 1937 den Ratsherren berichtete, hätte Koelle ihn süffisant gefragt, ob er selbst das Projekt befürworte, aber alle Ratsherren dagegen seien.⁸⁵ Von diesen Anspielungen, so der Bürgermeister, habe er sich nicht beeindrucken lassen, sondern stattdessen mit einer differenzierten Argumentation gekontert. Kölle wisse nunmehr, dass Dr. Schübel persönlich die Auffassung der Ratsherren teilte, aber es als Verwaltungschef ablehnte, an „den Anträgen der Kreisleitung und deren Auswirkung Kritik zu üben“. Die vorgebrachten Befürchtungen, die Bevölkerung könnte einen Neubau nicht nachvollziehen, habe der Kreisleiter mit dem Argument vom Tisch gewischt, „er verbeuge sich nicht vor der Straße“. Im übrigen wolle er gerne in einer Sitzung - wenn die Pläne fertig gestellt seien - die Bedenken der Ratsherren zerstreuen. Dazu sollte es infolge der nun einsetzenden Verhinderungstaktik der Stadtverwaltung nicht so schnell kommen. Sie erhob zunächst den Raumbedarf und prüfte die Finanzierungsmodelle, plante und verwarf eine Variante, um eine neue zu entwickeln und so fort. Dieses eher schleppende Verfahren hätte auch 1938 fortgesetzt werden können, wenn nicht der Kreisleiter selbst Verbündete gesucht und diese veranlasst hätte, in seinem Sinne aktiv zu werden. Am 8. Februar überstellte die Kreis-

leitung Dr. Schübel ein Schreiben des Gauschatzmeisters. In diesem wurde die angeblich zu hohe Monatsmiete für das „Braune Haus“ kritisiert. Man sei erst jetzt darauf gestoßen, dass die Kreisleitung an die Gliederungen der Partei die Räume untervermieten müsse, um den geforderten Betrag aufbringen zu können. Diese „Verhältnisse zum Vorteil der Stadt“, so der Schatzmeister, seien sofort aufzuheben, anderweitig würde der Vertrag ganz gekündigt. Solche Töne gefielen weder dem Bürgermeister noch den Ratsherren. Der Beigeordnete und NSV-Kreiswaller Frank vermutete zu Recht „gewisse Hintergedanken“. Die einzige Möglichkeit, den Vorstoß abzufangen, schien ein Verzicht der Stadt auf die Einnahmen in Höhe von 50%. Im Auftrag von Dr. Schübel sollte der 2. Beigeordnete Frank dem Gauschatzmeister, der seinen Besuch bereits angekündigt hatte, diesen Vorschlag unterbreiten. Mit der Einigung im April 1938, die Miete um 20% zu verringern und die Nebenkosten auf die Stadt zu übernehmen, wurde Kölle zumindest für die nächsten Monate der Wind aus den Segeln genommen.⁸⁶ Verärgert über diese Schlappe äußerte er im Sommer 1938 gegenüber Stadtbaumeister Burkhardt, dass die NSDAP nicht mit den Verhältnissen im „Braunen Haus“ auskommen müsste, wenn „der Bürgermeister in Aalen etwas für die Partei übrig hätte“. Nachdem der Verwaltungschef durch seinen Mitarbeiter von dem Gespräch in Kenntnis gesetzt worden war, stellte er den Kreisleiter zur Rede. Die Folgen bekam wiederum der für die Gebäudeverwaltung zuständige Beamte zu spüren. Er musste sich vom Repräsentanten der NSDAP sagen lassen, dass die Pflichten eines Parteigenossen Vorrang vor seinen dienstlichen Aufgaben hätten. Dem wollte der Stadtbaumeister allerdings nicht mehr beipflichten und legte sein Parteiamt als stellvertretender Organisationsleiter mit sofortiger Wirkung nieder.⁸⁷ Damit schienen die Fronten zunächst einmal geklärt und die Angelegenheit trat etwas in den Hintergrund. Kreisleiter Koelle indes nutzte die Zeit, um keinen geringeren als Reichstatthalter Murr als Verbündeten für sein Bauprojekt zu gewinnen. Wie der Rathauschef am 13. Juni 1939 in

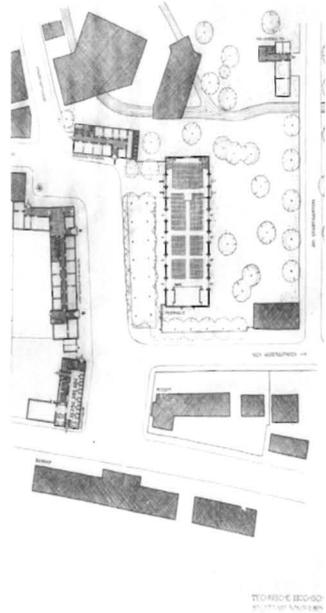


Grundrissplan für die
Neugestaltung des Adolf-
Hitler-Platzes, Entwurf der
TH Stuttgart 1942.

nichtöffentlicher Sitzung berichtete, habe dieser bei seinem Besuch in Wasseralfingen und Aalen im November 1938 ebenfalls festgestellt, dass „die derzeitigen Räume für die Partei unzureichend“ seien. Er wünsche daher ebenfalls einen Neubau. Nach einer Mitteilung des Gauamtes für Technik hielt die Parteizentrale in Stuttgart ein neues Gebäude mit 100 Zimmern durchaus für angebracht. Die Kosten sollten sich auf 280.000 RM belaufen.⁸⁸ Selbst mit dem Argument allgemeiner Baustoffknappheit ließen sich diese Bestrebungen, in Aalen auf Kosten der Stadt ein „Denkmal der Ewigkeit“ zu errichten, nicht mehr abwehren. In der Liste der Reichsregierung für dringliche Projekte belegten die Bauten der Partei mittlerweile Rang 3. Sie rangierten damit noch vor dem allgemeinen Wohnungsbau. Angeblich standen auch für diesen Bereich ausreichend Materialien zur Verfügung, so dass von einer Beeinträchtigung zumindest offiziell nicht auszugehen war. Mit Blick auf die Wohnungsbau-Häuser im Greut, wussten die Ratsherren zwar selbst, dass dieses Wunschdenken nicht der Realität entsprach. Wie es aussah, blieb jedoch nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen. Wenn dies aber schon nicht zu vermeiden war, so sollte dabei doch soviel wie möglich für die Kommune herauspringen, etwa die „Sanierung großen Stils“ am nördlichen Rand der Altstadt. Ein Geschäfts- und ein Bankhaus gegenüber dem Bahnhof erschienen wünschenswert, ebenso ein „neues Verwaltungsgebäude“, sprich ein neues Rathaus. Für den Parteibau sollten die Gebäude Beinstraße 28 bis 38a fallen. Die Ratsherren stimmten auch dem Vorschlag Dr. Schübels zu, einen Planungswettbewerb mit Preisgeldern in einer Gesamthöhe von 15.000 RM auszuschreiben. Wenige Wochen später stand jedoch schon fest, dass an eine Ausbezahlung vorerst nicht mehr zu denken war: der Kriegsbeginn verschob die von der Partei geforderte Investition auf unbestimmte Zeit.

Gedenkstätte der Bewegung

Dies traf auch auf zwei weitere Wunschprojekte des Kreisleiters zu, die bis zum Sommer 1939 „Ausführungsreife“ erlangt hatten. Ende Januar 1938 wurde von der Partei gefordert, dass die „Ehrenzeichenträger der NSDAP möglichst im Heimatort ihre letzte Ruhe finden“, um „späteren Geschlechtern Zeugen [zu] sein, dass auch in ihrem Ort einer oder mehrere der ersten Getreuen des Führers gelebt und gekämpft haben“. Als „Kraftquell“ zur „Reinhaltung der Idee“ und zur Behauptung des „völkischen Lebenswillens“ sollte ein Grabmonument errichtet werden.⁸⁹ Die Pläne, die der Gestalter des Stadtparks, Gartenbauer Kurz aus Ulm, für den Feierplatz Mitte August 1939 vorlegte, wurden zwar noch gebilligt, schon zwei Wochen später jedoch war an eine Realisierung nicht mehr zu denken.

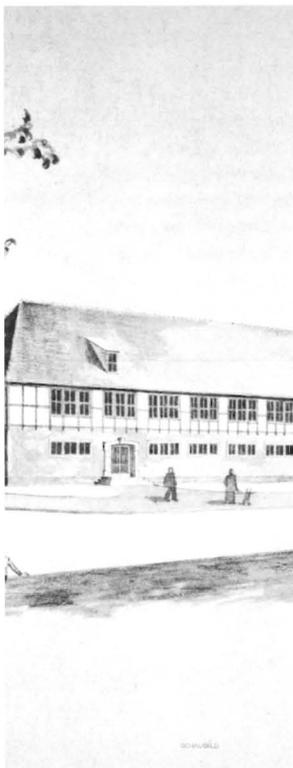


Ortsgruppenhaus, Gästehaus, Feierhalle, Gesundheitsstation und NSV-Kindergarten (oben rechts) sollten vor dem Aalener Bahnhof und Postamt errichtet werden, Entwurf der TH Stuttgart 1942.

Kein Geld für kirchliche Kindergärten

Das gleiche galt auch für den in der Nähe der Schleifbrücke geplanten NSV-Kindergarten. Bei der Durchsicht des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 1937 hatte Kreisleiter Koelle im Februar 1938 festgestellt, dass nach wie vor „ein erheblicher Betrag von der Stadt Aalen dafür verwendet wird, konfessionelle Kindergärten zu unterstützen“.⁹⁰ Dies musste seiner Auffassung nach schleunigst abgestellt werden. Der Bürgermeister erinnerte die Ratsherren in der Sitzung am 3. März 1938 noch einmal an die Grundlage seiner früheren Entschließung. Hier sei eindeutig das „Fürsorgemotiv für die Kinder“ im Vordergrund gestanden. Nachdem jedoch die Partei darauf aufmerksam geworden war, bestand nun die Möglichkeit nicht mehr, diesen sparsameren Weg fortzusetzen. Die nun beginnende Planungsphase verlief im Unterschied zu dem Gerangel um das „Braune Haus“ wesentlich ruhiger und zielbezogener. Wenn auch nicht ganz freiwillig, so machte sich die Stadtverwaltung das Projekt letztlich doch zu eigen. Für den Bau des Kindergartens wurden 92.000 RM veranschlagt, die aus Rücklagen und Überschüssen des Haushaltes 1937 schuldenfrei finanziert werden sollten. Außerdem plante Stadtbaumeister Burkhardt das Gebäude in Abstimmung mit Dr. Schübel so groß, dass hier auch die neue „Volksbücherei“ Platz hatte. Bislang wurde für diesen Zweck das Untergeschoss der Bohlschule genutzt, ein Zustand, den die Verwaltung als dringend verbesserungsbedürftig ansah. Wie die Ratsherren Ende März 1939 vom Bürgermeister erfahren, sollte in absehbarer Zukunft mit den Arbeiten für den neuen Kombinationsbau beim Stadtgarten begonnen werden. Dr. Schübel war zuversichtlich, damit in Aalen ein weiteres Projekt „mit Vorbildcharakter für das ganze Land“ vorweisen zu können.⁹¹ Baustoff- und Arbeitskräftemangel sorgten jedoch bis zum 1. September 1939 für genau die Verzögerungen, die nach offiziellem Sprachgebrauch undenkbar waren. Somit ließ sich im Gegensatz zum Vorjahr kein weiterer Prestigeerfolg für die Kocherstadt erzielen. Die Kooperationsprojekte mit dem Reichsluftschutzbund und der NS-Volkswohlfahrt waren im Juni und im August 1938 gerade noch rechtzeitig fertiggestellt und als „einzigartig im Reich“ bzw. „vorbildlich für den gesamten Gau Württemberg Hohenzollern gefeiert worden“. Sie hoben sich deutlich vom verordneten Pflichtprogramm des Kreisleiters ab und bildeten gleichsam die Kür der kommunalen Bau- und Entwicklungsplanung. Hier wurde nichts auf die lange Bank geschoben. Vielmehr trieben der Bürgermeister und „seine Verwaltung“ die Entwicklung der neuen Standortmerkmale Aalens zielstrebig voran. Insbesondere das Beispiel des Rohrwang, der sich zwischen 1936 und 1939 vom stadtnahen Waldstück zum Freizeit- und Sportareal wandelte, zeigt, wie bei jeder Etappe die städtischen Belange immer deutlicher in den Vordergrund traten.

Seitenansicht des geplanten Gebäudes für den NSV-Kindergarten samt Stadtbibliothek, 1940.



„Zum Wohle unserer schönen Stadt“

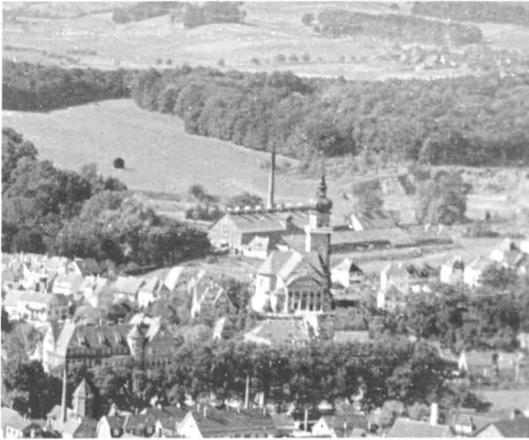
Ein multifunktionales „Haus der Jugend“

Folgt man den offiziellen Verlautbarungen der lokalen NS-Presse zur Grundsteinlegung für das „Haus der Jugend“, mit dem im September 1936 der Startschuss für die Veränderungen im Rohrwang fiel, so scheinen zunächst Zweifel an einer solchen Differenzierung berechtigt. Aus der Sicht des HJ-Gebietsführer Sundermann war das Gebäude ein „Geschenk der Stadt“, dass er „der Jugendorganisation durchaus würdig“ betrachtete.⁹² Ein Jahr später schien sich auch Bürgermeister Dr. Schübel auf dieser Linie zu bewegen, wenn er bei der Festsitzung vor der Einweihung am 2. Juli 1937 im Sitzungssaal des Rathauses feststellte, die Stadtverwaltung hätte vor allem die Absicht verfolgt, mit „dieser Stätte der harten Selbsterziehung und der Schulung zur Volksgemeinschaft einen richtungsweisenden Beitrag für die heutige Jugenderziehung“ zu leisten.

Nach dem Gesetz vom 1.12.1936 war für das Thema „Jugenderziehung“ im Sinne des NS-Staates allein die HJ zuständig. Bereits im Frühjahr 1936 hatte der zuständige Referent im württembergischen Kultusministerium, Oberregierungsrat Dr. Drück, den Bürgermeistern während einer Tagung in Stuttgart mitgeteilt, dass den Kommunen in absehbarer Zukunft die Beschaffung von Heimen für die Hitlerjugend als Pflichtaufgabe übertragen würde. In diesem Zusammenhang anzunehmen, die Stadtverwaltung hätte in vorauseilemdem Gehorsam ihre Verpflichtungen schnell und gern erfüllt, mag plausibel erscheinen, dies ist jedoch nicht richtig. Ein Blick hinter die Kulissen eröffnet vielmehr ein kaleidoskopartiges Bild. In dessen Zentrum steht nicht die Heimbeschaffung für die Staatsjugend, sondern zunächst einmal der miserable Zustand des Jugendherbergswesens in Aalen. Wie Dr. Schübel in der Sitzung am 5. Mai 1936 festgestellte, lagen „die Verhältnisse auf diesem Gebiet in Aalen sehr im Argen. Die Jugendherberge für Knaben ist auf der Galerie der Bohlturnhalle untergebracht. Von der Turnhalle selbst ist sie nicht abgeschlossen. Es fehlt an Waschräumen, an Ankleideräumen, überhaupt fehlt jede ordentliche Ausstattung. Nur so konnte es kommen, dass unsere Stadt im Verzeichnis der Jugendherbergen gestrichen werden sollte.“⁹³ Aus dem Blickwinkel des touristisch ambitionierten Bürgermeisters war es dringend notwendig „auch auf diesem Gebiet gemeindlicher Selbstverwaltung bahnbrechend zu wirken, um im Kreis der Städte des Landes nicht, wie es in den vergangenen Jahrzehnten dann und wann der Fall gewesen zu sein scheint, an letzter Stelle zu stehen.“ Dass diese Zustände – wie bereits erwähnt – dem Rats Herrn Ernst Mutschler ein willkommenes Mittel waren, um seine Verlegungspläne für den Sitz des HJ-Bannes nach Heidenheim zu betreiben, verließ der Ange-



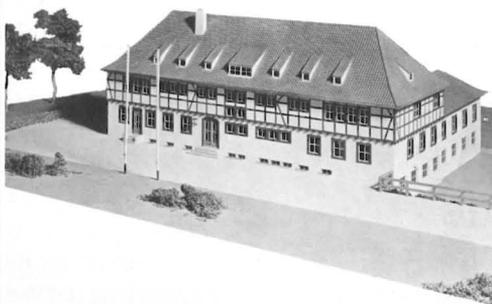
Urkunde für die Grundsteinlegung der neuen Jugendherberge im Rohrwang, 6. 9. 1936.



Das große Greut hinter der Ziegelei (oben links) war aus Sicht der Stadtverwaltung ein idealer Standort für eine neue Jugendherberge. Bürgermeister Dr. Schübel in der Uniform des Kreisbeauftragten für Kommunalangelegenheiten (Mitte links) und HJ-Gebietsführer Sundermann (Mitte rechts) bei der Grundsteinlegung. Einweihung der Jugendherberge am 4.07.1937 im Rahmen des Banntreffens der HJ (unten).

Rechte Seite: Ehrengäste bei der Eröffnung (von links): K.J. Müller (ehemaliger Bannführer), Oberbannführer Uhland, Kreisleiter Koelle, Bannführer Schairer, Landrat Knapp (im Anzug), Kreisamtsleiter Frank, Gauamtsleiter Kling, Oberst Poel, Kreisamtsleiter Starz. Schlafraum, Ansicht und Modell der neuen Jugendherberge.





legenheit eine politische Dimension. Wenn Aalen nachweislich nichts für die „Jugenderziehung“ im allgemeinen unternahm, schien im besonderen der Abzug der HJ-Zentrale für Ostwürttemberg mehr als gerechtfertigt. Es gehörte zu den Pflichten des Bürgermeisters, alles zu versuchen, um diesen Ansehensverlust für die Stadt zu vermeiden.

Nicht übersehen werden sollte aber auch, dass der Rathauschef aus eigenem Interesse die Vorwürfe der HJ kaum ignorieren konnte. Wenn er nichts gegen die angeprangerten Mängel unternahm, dann war dies Wasser auf die Mühlen seiner Kritiker unter den Parteigenossen, die dem „Märzgefallenen“ im Gefüge der Aalener NSDAP ohnehin mit Misstrauen begegneten. Anfang Juli 1937 war das Beleidigungsverfahren vor dem Kreisgericht der NSDAP noch immer nicht erledigt. Ob sich möglicherweise schon zu diesem Zeitpunkt erste Ansätze des Vergleichs abzeichneten, der dann am 7. Oktober 1937 zu Stande kam, ist nicht festzustellen.

Gleichwohl bestätigt das Ergebnis, was seit der Einreichung der Klage im Januar 1937 von erheblicher Bedeutung war: Der Vorgang besaß für den Aalener Bürgermeister eine existentielle Dimension. So kam Anfang Oktober zwar der Verdacht einer „marxistischen Einstellung“ vom Tisch. Hierfür hatte jedoch Dr. Schübel eine „Ehrenerklärung“ abzugeben, sämtliche Kosten des Verfahrens zu übernehmen und seine Funktion des Kreisamtsleiters für Kommunalpolitik niederzulegen.

Ob der kolportierte Freispruch der Beklagten tatsächlich stattfand, kann aufgrund fehlender Unterlagen genauso wenig überprüft werden, wie die Mitgliedschaft des Bürgermeisters in der Sozialdemokratischen Partei. Im Ergebnis ging der Vergleich jedoch so deutlich zu seinen Lasten, dass der Eindruck entsteht, besagte Parteigenossen hätten gleichsam die verwundbare Stelle Dr. Schübels aufgetan.⁹⁴ Gleichwohl und entgegen den eingangs zitierten Erwartungen von Gebietsführer Sundermann dachte der Aalener Bürgermeister gar nicht daran, der HJ „eine Stätte harter Selbsterziehung“ zu schenken. Für die 14 Büroräume im Untergeschoss hatte die NS-Jugendorganisation eine Jahresmiete von 600 RM zu entrichten. Dagegen überließ die Stadt die restlichen 95% des 100 Betten-Baus dem Deutschen Jugendherbergsverband unentgeltlich. Der DJH unterstand zwar seit 1933 auch dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach, bildete aber dennoch einen eigenständigen Zusammenschluss.

Im übrigen verlief auch die Namensgebung anders, als es sich die Aalener Parteigenossen vorgestellt hatten. Auf Initiative Dr. Schübels wurde das Gebäude nicht nach einer NS-Größe benannt, sondern der Landesverbandsleiter der württembergischen Jugendherbergen, Otto Schairer, taufte das neue Haus bei der Schlüsselübergabe auf den Namen „Schubart-Jugendherberge“. Es liegt auf der Hand, dass diese Schlappe auch die Mitglieder des NSDAP-Kreisgerichts registriert haben dürften, denn und das ist als er-



Holzschild neben dem Eingang der neuen Jugendherberge, 1937.

stes Ergebnis festzuhalten - Dr. Schübel agierte so weit es ging selbständig und nur scheinbar im Einklang mit den örtlichen Parteivertretern. Zu „Tarnen und zu Täuschen“, um damit nicht zuletzt die Möglichkeiten der Selbstverwaltung im Sinne der Stadt ausschöpfen zu können, zahlte sich aus. Waren im Jahr 1936 noch 536 Übernachtungen in der Bohlschule gezählt worden, so schnellte ihre Zahl allein im zweiten Halbjahr 1937 auf 8804 Gäste hoch.

Für das Jahr 1938 wies das Deutsche Jugendherbergswerk 18.600 Personen aus, die aus ganz Europa nach Aalen kamen. Ausgehend vom Landesdurchschnitt, der bei den HJ-Gruppen bei 46% lag und dem 5. Rang, den das Haus unter den württembergischen Herbergen belegte, dürfte sich die Übernachtungsquote der „Staatsjugend“ bis Kriegsbeginn zwischen 30% und 40% gelegen haben. Für eine weitere Belegung sorgten Klassen aus der Landeshauptstadt und ihrer Umgebung, die im Rohrwang ihren Landeschulheimaufenthalt gestalteten.⁹⁵

Dass auch die NS-Volkswohlfahrt ab der zweiten Jahreshälfte 1937 als regelmäßiger Nutzer der Anlage im Rohrwang in Erscheinung trat, ist wiederum bemerkenswert. Vergleicht man die Verlautbarungen zum Aufgabenkatalog der Organisation und zur intensivierten Kinderlandverschickung mit der eingangs zitierten Aussage Dr. Schübels, einen städtischen Beitrag zur Jugenderziehung und zur „Volksgemeinschaft“ leisten zu wollen, so sind interessante Parallelen festzustellen. Unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 kamen 140 Kinder aus Wien zur Erholung nach Aalen. Ein Teil wohnte in der Jugendherberge. Weitere Kinder folgten aus Oppeln und dem Sudetenland. Die Kocherzeitung pries diesen

*„Ferienkinder“ der NSV
nahmen während ihres
Aufenthalts in Aalen auch
an den Kinderfesten teil,
1938.*



Dienst „an der durch den Führer mit der Rückführung der Ostmark ins Reich gegründeten größeren Volksgemeinschaft“ als „schönste Tat des wahrhaften, phrasenlosen Sozialismus“.⁹⁶ Bereits in früheren Veröffentlichungen hatte die NSV immer wieder auf den besonderen Aspekt ihrer Arbeit abgehoben, „den Einzelnen zur Selbstkontrolle zu erziehen, zum Menschen, der guten Willens und Gewissens ist“.

Bei der Schulungstagung der NSV-Jugendhilfe des Kreises Aalen im Frühjahr 1939 betonte der Referent einmal mehr, dass eine „seelische und weltanschauliche Haltung“ nötig sei, um im Interesse der „Volksgemeinschaft nicht nur unterstützend“, sondern leitend eingreifen zu können.

Es ist genau diese Überzeugung, einer „höheren Sache“ zu dienen, die auch in der Aufgabenstellung Dr. Schübels für das „Haus der Jugend“ wie für die gesamt Stadtverwaltung zu Tage tritt. Dass sich diese „Haltung“ weniger in den von Taktik und Konfrontation geprägten Auseinandersetzungen mit den örtlichen Parteivertretern und dem Kreisleiter niederschlug, sondern sich wesentlich authentischer in der Unterstützung der sozial- und gesundheitspolitischen Arbeit der NSV äußerte, ist als zweites Ergebnis festzuhalten.

Die Schießbahn bleibt städtisch

Erst kurz vor der Rede des Bürgermeisters zum Haushaltsplan 1939, in der er darauf verwies, dass Aalen nicht zuletzt durch die Bauten in Rohrwang „im Landesvergleich aufgeholt“ habe, war die neue Schießanlage für die Sportschützen eingeweiht worden. Die Nähe zur neuen Pflaumbachsiedlung hatte einen geordneten Betrieb auf der Bahn im Zebert, die zudem technisch veraltet war, unmöglich gemacht. Im Unterschied zur Nachbargemeinde Wasseralfingen, die mit finanzieller Unterstützung durch das Hüttenwerk und die Firma Alfing ebenfalls eine neue Schießanlage errichtet und diese während der Eröffnungsfeier im November 1937 der SA übergeben hatte, sollte die neue Schießbahn in Aalen jedoch unter kommunaler Regie bleiben.⁹⁷ Sie bildete einen weiteren Bestandteil jener „großen sportlichen Anlage“, mit dessen Aufbau sich das Stadtplanungsamt seit März 1938 beschäftigte.

Sportplatzausbau für den VfR

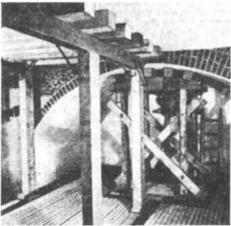
Der vorerst letzte Veränderungsschub in dem stadtnahen Waldgelände ergab sich aus dem sensationellen Aufstieg des Vereins für Rasenspiele in die höchste deutsche Fußballklasse. Wie in alle anderen Spiele zuvor war der VfR auch am 11. Juni 1939 gegen den FC Lustenau erfolgreich geblieben und hatte damit die Hoffnungen der Stadtverwaltung bestätigt, dass Aalen auch als „Sportstadt“ zusätzliches Profil gewinnen könnte.



Schlageterstadion im Sommer 1940.



Die neue städtische Schießbahn im Waldstück Bohl wurde am 12. 2. 1939 eingeweiht.



*Das bis dahin einzige
Luftschutz-Übungshaus im
Deutschen Reich wurde
am 24. Juni 1938 in Aalen
in Betrieb genommen.
(Oben) Außen- und
Innenansicht des Gebäudes
Im Bereich Mohl-/Gabels-
bergerstraße; (unten)
Schauübung der
Luftschutzkräfte und der
Feuerwehr am „Rüppel-
schen Haus“.*

Allerdings war der ehemalige Sportplatz des Arbeiterturnvereins Jahn, der 1933 im Enteignungsverfahren zunächst an das Land gefallen und schließlich von der Stadt gekauft worden war, nicht ligatauglich. Mit seiner Entschließung vom 21. Juni 1939, 50.000 Mark für den Ausbau des sogenannten „Schlageter-Platzes“ zum Stadion zur Verfügung zu stellen und den Umbau bis zum 10. Dezember 1939 trotz größter Schwierigkeiten und Kriegsbeginn weiterzuführen, lässt deutlich erkennen, wo Bürgermeister Dr. Schübel mittlerweile die Prioritäten setzte.

„Es werden ab Spätherbst Vereine wie Stuttgarter Kickers, VfB usw. hier in Aalen spielen, wobei selbstverständlich viele Menschen mitkommen werden. Die Spielberichte flattern weit über den Bereich unseres Gaues hinaus. Es steht fest, dass der Ruf unserer Stadt auch stark verbunden ist mit dem Eindruck, den die zahlreichen Gäste bei einem Besuch der Spiele in Aalen bekommen. [...] Wir sind es unserem VfR und dem Ansehen unserer Stadt schuldig, eine gute Lösung zu schaffen.“⁹⁸

Würde man auf dieser Grundlage die Entwicklung des Rohrwang allein aus den lokalen Bedürfnissen herleiten, so hieße das allerdings, etwas Entscheidendes zu übersehen. Wie Dr. Schübel in seinem Jahresbericht 1939 herausstellte, waren die kommunalen Bauprojekte auch als Beweis dafür zu werten, „dass Aalen im Zeichen des Nationalsozialistischen Aufbaus mit der Entwicklung im Reich Schritt gehalten“ habe.⁹⁹ Kurz nach dem Amtsantritt im Jahr 1935 hatte die Zielvorgabe noch gelaute: „Die Verwaltung hat zum Wohle unserer schönen Stadt Aalen und damit zum Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes zu arbeiten, das unter unserem herrlichen Führer Adolf Hitler sich in einer machtvollen Entwicklung befindet.“ Hieraus ergibt sich die Frage, welche ideellen Bezugspunkte tatsächlich für die Person als maßgeblich ausgemacht werden können, die Kraft Amtes das kommunalpolitische Geschehen bestimmte. Um so mehr, da spätestens ab Herbst 1937 die NSDAP nicht mehr dazu zählte.



Eine Art Weltanschauung

Neben der bereits angesprochenen Nähe des Bürgermeisters zur Arbeit der NSV tritt in diesem Zusammenhang seine tiefe Verehrung für Adolf Hitler in den Vordergrund. Den „Führer“ als Motor der Entwicklung Deutschlands und somit auch als „Vater des erfolgreichen Aufstiegs“ der Kocherstadt zu preisen, bildete in diesen ersten Jahren der Amtszeit nicht nur die übliche Abschlussformel aller offiziellen Reden, sondern steht vielmehr auch für einen Enthusiasmus, der durchaus kuriose Formen annehmen konnte. So wurde der Genealoge Ferdinand Ensslin im Februar 1936 beauftragt, Nachforschungen nach einem gewissen Kaspar Hitler aus Aalen anzustellen. Wie das Stadtarchiv Nördlingen mitgeteilt hatte, sollte der Mann 1495 in die Reichsstadt im Ries umgezogen sein. Die Hoffnung, Spuren der Familie Hitler bis nach Aalen verfolgen zu können, zerschlugen sich jedoch sehr schnell. Auch das Lichtermeer der über 1000 Glühbirnen, das gegen die Bedenken mancher Ratsherren die Aalener Innenstadt zum 50. Geburtstag des „Führers“ am 20. April 1939 erstrahlen ließ, sollte das normale Maß übertreffen und die besondere Dankbarkeit der Stadt zum Ausdruck bringen.¹⁰⁰ Weitere Bezugspunkte, die im Wertekanon des Rathauschefs an oberster Stelle rangierten, waren „das Reich und die Volksgemeinschaft“ sowie - als Teil davon - die Stadt Aalen, für die mit „eiserner Pflichtauffassung“ zu arbeiten war.

Insbesondere im Jahr 1938 kam die starke emotionale Verbundenheit des Bürgermeisters mit dem Deutschen Staat und „seiner großartigen Geschichte“ zum Ausdruck. Nach dem „Anschluss Österreichs“ im Frühjahr und der „Rückkehr des Sudetenlandes“ im Herbst, an der Dr. Schübel im Rahmen einer dreimonatigen militärischen Übung teilnahm, wurden jeweils „als bleibendes Zeichen der Erinnerung“ die „Wiener Straße“ ange-



Einrücken der deutschen Truppen in das Sudetenland, 1. 10. 1938.

legt sowie die Eberhardstraße (heute Curfessstraße) in „Sudetenlandstraße“ umbenannt.¹⁰¹ Die Änderung des Namens „Kanalstraße“ in „Ernst-vom-Rath-Straße“ am 17. November 1938 erfolgte dagegen weit weniger euphorisch. Im Rahmen der öffentlichen Sitzung widmeten Bürgermeister und Ratsherren dem „Vertreter des Deutschen Reiches, der bei Ausübung seines Dienstes in der Deutschen Botschaft in Paris“ 10 Tage zuvor von dem 17-jährigen Herschel Grynszpan erschossen worden war, eine Gedenkminute. Dies gehörte am Tag der Bestattung des erschossenen Staatsbeamten in Düsseldorf ebenso zur kommunalen Pflichtübung, wie die vom Reichsinnenminister angeordnete Trauerbeflaggung an allen öffentlichen Gebäuden und Schulen. Die Straßenbenennung „nach dem nunmehr zweiten Blutzeugen der Bewegung in Aalen“ musste dagegen von der Stadtverwaltung in die Wege geleitet werden.

Ob hierfür jedoch die verbal bekundete „höchste Empörung und schärfste Erbitterung gegen die Juden“ den Ausschlag gaben, muss bis auf weiteres offen bleiben. Nur eine Woche zuvor hatte zwar auch in Aalen der „spontane Volkszorn“ dafür gesorgt, dass die Schaufensterscheiben der jüdischen Geschäfte in der Bahnhofstraße zertrümmert wurden. Die Suche nach schriftlichen Quellen zum Ablauf und den Drahtziehern der Ausschreitungen, die wie andernorts auch von der Partei organisiert und von SA und SS ausgeführt worden sein dürften, konnte jedoch noch nicht abgeschlossen werden. Daher ist nicht klar zu unterscheiden, ob sich der Bürgermeister hierauf bezog, als er gegenüber den Ratsherren äußerte, die Reichsregierung hätte die notwendigen Maßnahmen ergriffen, damit „den Juden die Lust vergeht, in Zukunft weitere derartige Attentate anzuzetteln“. Von größerer Bedeutung dürfte für ihn gewesen sein, dass ein „Vertreter des Deutschen Reiches“¹⁰² - also ein Beamter im Staatsdienst und somit ein Kollege - dem Attentat zum Opfer fiel. Hierfür spricht einerseits die indifferente Haltung, die Dr. Schübel ansonsten gegenüber der antijüdischen Propaganda der Aalener NSDAP an den Tag legte sowie sein enges emotionales Verhältnis zu Werten wie „Vaterland und Volk“, „Staat und Verwaltung“ bzw. „Pflicht und Amt“. Bereits im Februar 1937 hatte er in diesem Sinne anlässlich des ersten Todestages von Wilhelm Gustloff die Umbenennung der Weidenfelderstraße mit den Ratsherren abgestimmt. Der frühere Landesgruppenleiter der NS-Auslandsorganisation in der Schweiz war im Vorjahr von David Frankfurter in Davos erschossen worden. Laut Dr. Schübel hatte vor allem das Begräbnis gezeigt, dass „die Jahre der Ohnmacht des Reichs vorbei und die Schmach in der Deutschland früher lebte, endgültig ausgetilgt“ seien.¹⁰³ Der Tod Gustloffs wäre zudem „ein klarer Beweis dafür, dass das nationalsozialistische Deutschland jedem, der zur deutschen Blutsgemeinschaft gehört, vollen Schutz für Leben und Gut“ gewähre. Von diesem Gedankengang war es nicht weit zu jener bereits sichtbar

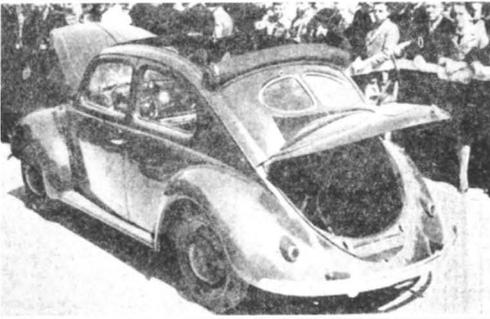
*Herschel Grynszpan im
Gewahrsam der
französischen Polizei.*

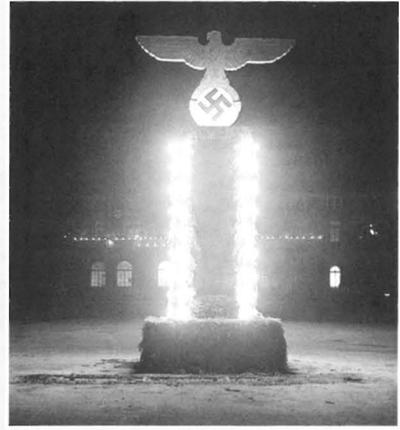




Die Fenster der Geschäfte von Moritz Thalheimer Manufakturwaren, Bahnhofstraße 23, der Gebrüder Biermann Nachf. Bahnhofstraße 18 und von Georg Löhlein Erben, Inh. Max Pfeffer, Bahnhofstraße 14, wurden in der Nacht des 9.11.1938 durch Nationalsozialisten zerstört.

gewordenen „Haltung“ des Bürgermeisters, das eigene Amt sowie die Aufgaben der Kommunalverwaltung als Dienst an „etwas Höherem“ zu betrachten. Nach den wiederholten Bekundungen Dr. Schübels gegenüber den Ratsherren sollte es sich dabei um die „Verwirklichung der nationalsozialistischen Idee“ in der Gemeinde handeln. Wer sich hiervon eine Vorstellung machen wollte, führte der Verwaltungschef in seinem Jahresbericht 1937 aus, „der muss wissen, dass das Aufgabengebiet einer Gemeindeverwaltung außerordentlich umfangreich ist. Es ist richtig, wenn man sagt, dass die Gemeinde ihre Einwohner von der Wiege bis zum Grabe betreut. Hierin erschöpft sich aber die Tätigkeit einer Gemeinde noch nicht. Sie sorgt für die nächste Generation schon lange, ehe die zur Welt kommt. Und wenn unsere Einwohner ihren Lauf auf dieser Welt beschließen, dann tritt wiederum die Gemeindeverwaltung in Funktion, indem sie für die Erhaltung und Pflege der Gräber sorgt. Dazwischen aber schafft die Verwaltung dem Einzelnen wichtige Grundlagen seiner Existenz im Guten und Bösen, gesunden und kranken Tagen. Da, wo die Kraft des Einzelnen nicht mehr ausreicht, greift in der Regel die Gemeinde ein.“ Der staats- und Verwaltungsrechtler Ernst Forsthoff prägte für diese „Leistungsträgerschaft“ der Verwaltung schon Ende der 1920er Jahre den Begriff von der kommunalen „Daseinsvorsorge“. Daran gekoppelt sah er freilich auch den Ordnungsgedanken als zweites Element staatlicher Aufgabenstellung. Die Teilhabe an einer Gemeinschaft, die den einzelnen vom „Daseinsrisiko“ entlastete, hatte nach seinem Denkmodell den Verzicht auf individuelle Freiheiten als Voraussetzung. Versorgung und Disziplinierung der Gesellschaft waren zwei Seiten derselben Medaille: „keine Ordnung ohne Vorsorge, keine Vorsorge ohne Ordnung“. ¹⁰⁴ Es war eben dieses Prinzip der zeitgenössischen Staatslehre, das Dr. Schübel den Ratsherren verständlich zu machen suchte, wenn er fortfuhr: „Es ist klar, dass die Stellung der Gemeindebeam-





Fahnen, Tannengrün und 1000 Glühbirnen benötigte die Stadtverwaltung, um die Innenstadt aus Anlass des 50. Geburtstags des „Führers Adolf Hitler“ am 20. 4. 1939 festlich zu schmücken. Als besondere Sensation galt der Besuch des KDF-Wagens auf dem Marktplatz (Mitte links).



te ihrer Natur nach nicht immer einfach ist. Die Gemeindeverwaltung ist der unterste, volksnächste Bestandteil im gesamten Verwaltungsaufbau. Der Gemeindebeamte steht gerade [...] an der Stelle, an der die vielseitigen Anforderungen des öffentlichen Wohles unmittelbar mit den Interessen einzelner Volksgenossen sich begegnen und zum Teil auch scharf aufeinanderprallen. Wir verstehen es, wenn in einem solchen Fall der betreffende Volksgenosse sich mit den Maßnahmen der Gemeindeverwaltung nicht immer ohne weiteres zufrieden geben kann und wenn er seine Interessen zu wahren sucht. Wir dürfen aber nicht übersehen „das ist ein elementarer Grundsatz des Nationalsozialismus“ dass es sich eben leider vielfach nicht vermeiden lässt, gegen den Einzelnen hart zu sein, um das Wohl des Ganzen sicherzustellen.“¹⁰⁵ Weniger die Inhalte als die „hohe Pflichtauffassung“, mit der diese Prinzipien umzusetzen seien, betrachtete Dr. Schübel als „Arbeit im nationalsozialistischen Geist“. Die subjektive Note dieser Ausführungen ist kaum zu übersehen. Sicherlich schrieb die DGO vor, dass auch die Kommune Aalen „als kleinste Zelle des Staates“ ihren Beitrag „für das größere Ganze“ und damit zum Erhalt des NS-Systems zu leisten hatte. Doch wollte der Aalener Bürgermeister nicht nur dieser Pflicht genügen. Sie war ihm darüber hinaus ein inneres Anliegen und - das muss beachtet werden - zugleich ein Synonym für seine Vorstellung vom Nationalsozialismus. Das Betätigungsfeld, auf dem diese bemerkenswerte Melange aus Beamtenethos und Prinzipientreue, Hitler-Verehrung, und aktiver Arbeit an der „Volksgemeinschaft“ zum Tragen kam, war die Stadt Aalen. Als Dr. Schübel am 22. August 1935 in der Ratsherrensitzung bekannt gab, dass er seine 2. Dienstprüfung mit Erfolg bestanden hatte, unterstrich er zugleich, dass er durchaus beabsichtigte weiterhin „den geraden Weg einzuhalten“ und eben nicht „wie der eine oder andere städtische Beamte festzustellen glaube“ eingebildet zu werden. Der „Selfmademan“, der sich aus einfachsten Verhältnissen zum promovierten Juristen und Bürgermeister heraufgearbeitet hatte, betonte in diesem Zusammenhang, welche große Freude es für ihn sei, an seinem Ziel zu arbeiten, das „Aalen, wieder Aalen und nur Aalen“ hieße. Dies sei nicht zuletzt auch deshalb der Fall, weil ihm die „Einwohnerschaft, insbesondere die werktätige Bevölkerung so großes Vertrauen“ entgegenbrächte. Griffiger formuliert laute daher seine Devise: „ich komme vom Volk, diene dem Volk und werde dem Volk verwurzelt bleiben“.¹⁰⁶ Wie gezeigt, nutzten Dr. Schübel und die von ihm geführte Stadtverwaltung bis 1939 die unterschiedlichsten Möglichkeiten, um diesen selbst gestellten Ansprüchen im Hinblick auf die Stadt Aalen und ihre Bevölkerung zu entsprechen - in einem nicht bis ins letzte entwirrbaren Geflecht aus Abhängigkeiten, Staats- und Führergläubigkeit und Selbstbehauptungsversuchen.

R. Schurig

Anmerkungen

- ¹ vgl. zum Auswahlverfahren: StA Gemeinderatsprotokoll 1934, S. 599f. u. 372, ebda. 1935, S. 33; zum Bewerbungsverfahren: StAL E 180 II, Bü 408; zu den Auseinandersetzungen zwischen Kreisleiter und Ortsgruppenleiter: STAL EL 903/1 Bü 14.
- ² vgl. Hubert Roser, Vom Dorfschultheiß zum hohen Ministerialbeamten. Georg Stümpfig, Kanzleidirektor im Württembergischen Innenministerium und Gauamtsleiter für Kommunalpolitik. In: Michael Kifener und Joachim Scholtyseck (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 683-702.
- ³ vgl. Roland Schurig, Parole Hitler. Grundlagen und Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen 1923-1934. In: Aalener Jahrbuch 2002-2004. Aalen 2005, S. 123f.
- ⁴ vgl. StA, Gemeinderatsprotokoll 1935, S. 35f.
- ⁵ vgl. (wie Anm. 1) Bü 408, /_173.
- ⁶ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 59.
- ⁷ vgl. Karl Schübel, Die rechtliche Stellung des Ortsvorstehers im Württ. Gemeinderecht. Inaugural- Diss., Tübingen 1932.
- ⁸ vgl. Friedrich Kiefer, Carl Schmid, Die Deutsche Gemeindeordnung v. 30. Januar 1935 mit Kommentar. Stuttgart, Berlin 1937.
- ⁹ vgl. auch zum folgenden (wie Anm. 4) 1935, S. 108ff.
- ¹⁰ vgl. StA, Kocherzeitung v. 1.04.1935.
- ¹¹ vgl. (wie Anm. 4) 1935, S. 141ff. u. S. 182f.; Kocherzeitung v. 11.05.1935.
- ¹² vgl. StA, Bestand Aalen Bü 2556.
- ¹³ vgl. ebda. FL 9372; zu den folgenden Datumsangaben: (wie Anm. 4) 1935.
- ¹⁴ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 649ff.
- ¹⁵ vgl. ebda., S. 653.
- ¹⁶ vgl. (wie Anm. 4) 1935, S. 125ff.
- ¹⁷ vgl. ebda., S. 174.
- ¹⁸ vgl. ebda., S. 439ff.
- ¹⁹ vgl. mit weiterführenden Literaturangaben: Katrin Holly, Gestaltungsspielräume kommunaler Steuerpolitik 1930-1945 in Augsburg und Memmingen. In: Sabine Mecking, Andreas Wirsching (Hrsg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005. (=Westfälisches Institut für Regionalgeschichte Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster, Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 53), S. 265ff.
- ²⁰ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 284f., zum Folgenden (wie Anm. 4) 1938, S. 227ff.
- ²¹ vgl. ebda. 1939, 16.05.1939, S. 238f. Die Hebesätze für Geislingen und Göppingen betragen ebenfalls 300%, der von Schwäbisch Gmünd bzw. von Schwäbisch Hall lag jeweils bei 320%. Lediglich Schwäbisch Hall erreichte auch dieses Niveau, in Heidenheim und Schwäbisch Gmünd betrug die Pro-Kopfverschuldung 100 RM, in Göppingen gar 200 RM.
- ²² vgl. (wie Anm. 4) 1935, S. 182f. u. S. 231f.
- ²³ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 455.
- ²⁴ vgl. hierzu wie im folgenden ebda., S. 456ff.
- ²⁵ vgl. (wie Anm.4) 1938, S. 233f.
- ²⁶ vgl. Kocherzeitung v. 9.02.u.16.03.1939.
- ²⁷ vgl. Uwe Fliegau, Die Schwäbischen Hüttenwerke zwischen Staats- und Privatwirtschaft. Zur Geschichte der Eisenverarbeitung in Württemberg 1803-1945. Ostfildern 2007. (=Franz Quarthal u. Gert Kollmer-von Oheimb-Loup (Hrsg.), Stuttgarter Historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 9), S. 279ff.
- ²⁸ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 621f.
- ²⁹ vgl. ebda. 1938. S. 233f.
- ³⁰ vgl. ebda. 1936, S. 637.
- ³¹ vgl.hierzu sowie im folgenden Kocherzeitung v. 20.05.1936.
- ³² vgl. StA, Bestand Aalen, Bü 751.
- ³³ vgl. Kocherzeitung v. 12.08.1937.
- ³⁴ vgl. ebda. v. 4.08.1937.
- ³⁵ vgl. ebda. v. 15.8.1938.
- ³⁶ vgl. (wie Anm. 4) 1938, S. 133.
- ³⁷ vgl. ebda. 1936, S. 624ff.
- ³⁸ vgl. Kocherzeitung v. 18.12.1933, 19.12.1934, 7.11.1936 u. 24.02.1938.
- ³⁹ vgl. ebda. v. 6.11.1937.
- ⁴⁰ vgl. StA, Bestand Aalen Bü 1181.
- ⁴¹ vgl. ebda. Bü 142.
- ⁴² vgl. Rolf Messerschmidt, Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null“. In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.) Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991, S. 122ff.

- ⁴³ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 616f.
⁴⁴ vgl. ebda. 1939, S. 8f. u. 288.
⁴⁵ vgl. ebda. 1937, S. 122f.
⁴⁶ vgl. hierzu wie zum folgenden ebda. 1937 S. 388ff.; 1938, S. 63ff. u. 265ff.; Kocherzeitung v. 2.04.1938.
⁴⁷ vgl. ebda. 1938, S. 425ff.
⁴⁸ vgl. Kocherzeitung v. 4.05. u. 4.10.1938.
⁴⁹ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 612.
⁵⁰ vgl. StA, Akten der Arbeitsgemeinschaft für die Rhein-Neckar-Donau-Verbindung
⁵¹ vgl. Kocherzeitung v. 22.07.1939.
⁵² vgl. (wie Anm.4) 1935, S. 259ff. u. Kocherzeitung v. 17.03.1937.
⁵³ vgl. zur Reaktivierung des Museums: StA, Bestand Aalen, Bü 2167 u. Kocherzeitung v. 27.07.1936.
⁵⁴ vgl. Kocherzeitung v. 5.11.1937.
⁵⁵ vgl. hierzu wie im folgenden (wie Anm. 4) 1937, S.-357ff.; 1938, S. 412 ff., S. 519ff., 544f.
⁵⁶ vgl. Kocherzeitung v. 9.7.1938.
⁵⁷ vgl. ebda. v. 25.3.1939.
⁵⁸ vgl. (wie Anm. 4) 1935, S. 198ff.
⁵⁹ vgl. ebda., S. 177ff.
⁶⁰ soweit nicht anders vermerkt, sind die Angaben zu den städtischen Mitarbeitern in den Jahren 1935-1939 den Personalakten entnommen.
⁶¹ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 649ff.
⁶² vgl. ebda. 1935, S. 274ff.
⁶³ vgl. ebda. 1936, S. 327f. u. S. 329f.
⁶⁴ vgl. Kocherzeitung v. 14.02.1936. Der Artikel liegt nur noch in Abschrift vor, siehe StAL EL 903/1, Bü 14, Anlage Nr. 43.
⁶⁵ vgl. ebda. die Ausführungen von Bezirksnotar a.D. Faistenauer zum Fall Fridolin Schmid.
⁶⁶ vgl. Kocherzeitung v. 21.07 u. 22.07.1936.
⁶⁷ vgl. hierzu (wie Anm. 4) 1937, S. 49ff.
⁶⁸ vgl. (wie Anm. 65).
⁶⁹ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 684f.
⁷⁰ vgl. ebda. 1937, S. 54ff.
⁷¹ vgl. (wie Anm. 64)
⁷² vgl. Kocherzeitung v. 17.02.1937
⁷³ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 103ff.
⁷⁴ vgl. Birgit Rettich-Mutschler, „Bravo Metzingen“!? Das Metzinger Wirtschaftsleben in der NS-Zeit. In: Rolf Bidlingmaier, Metzingen in der Zeit des Nationalsozialismus. Metzingen 2000, S. 96f.
⁷⁵ vgl. Immo Eberl, In: Ellwanger Jahrbuch 38, S. 52ff. u. Ernst Lämmle, Die Gmünder Juden. Wege und Schicksale 1861-1945.Schwäbisch Gmünd 1980 u. 1999, S. 66.
⁷⁶ vgl. (wie Anm. 73).
⁷⁷ vgl. KrOA Bestand Landratsamt Aalen, FL 4181.
⁷⁸ vgl. (wie Anm. 73), S. 89ff.
⁷⁹ vgl. zum folgenden (wie Anm.73), S. 98ff.
⁸⁰ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 203ff.
⁸¹ vgl. StA, Bestand Aalen Bü 2233.
⁸² vgl. Karlheinz Bauer, Geschichte der Stadt Geislingen an der Steige. Bd. 2 Vom Jahre 1803 bis zur Gegenwart. Geislingen 1963. S. 167.
⁸³ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 370ff. u. zu Carl Simon: StAL E 900/1 Bü 1796.
⁸⁴ vgl. ebda., S. 471ff. u. Bestand Aalen Bü 363.
⁸⁵ vgl. ebda., S. 496ff.
⁸⁶ vgl. ebda., S. 155ff.
⁸⁷ vgl. StAL, EL 902/1 Bü 3757, /_ 24.
⁸⁸ vgl. (wie Anm. 4) 1939, S. 268ff.
⁸⁹ vgl. ebda, S. 49ff.
⁹⁰ vgl. (wie Anm 4) 1938, S. 153ff.
⁹¹ vgl. ebda. 1939, S. 40ff.
⁹² vgl. Kocherzeitung v. 6.9.1936.
⁹³ vgl. (wie Anm. 4) 1936, S. 408f.
⁹⁴ vgl. hierzu StAL EL 903/1 Bü 14.
⁹⁵ vgl. StA, FL 8351. u. Kocherzeitung v. 11.07.1939.
⁹⁶ vgl. Kocherzeitung v. 6.4.1938 sowie zum folgenden 1.06.35 u. 28.3.39.
⁹⁷ vgl. ebda., v. 19.06.25 u. 11./13.2.1939.
⁹⁸ vgl. (wie Anm. 4) 1939, S. 280f.
⁹⁹ vgl. ebda., S. 229f.
¹⁰⁰ vgl. ebda., S. 179.
¹⁰¹ vgl. ebda. 1938, S. 456.
¹⁰² vgl. ebda, S. 505f.
¹⁰³ vgl. ebda. 1937, S. 64f.
¹⁰⁴ vgl. hierzu Jens Kersten, Die Entwicklung des Konzepts der Daseinsvorsorge im Werk von Ernst Forsthoff. In: Der Staat, 44. Bd., heft 4, Berlin 2005.
¹⁰⁵ vgl. (wie Anm. 4) 1937, S. 235.
¹⁰⁶ vgl. ebda. 1935, S. 189.